

**Demographischer Wandel
als Herausforderung für
Österreich und seine Regionen**

**Teilbericht 5: Zusammenfassung und
Handlungsempfehlungen**

**Peter Huber, Peter Mayerhofer, Stefan Schönfelder,
Oliver Fritz, Andrea Kunnert, Dieter Pennerstorfer**

Projektkoordination: Peter Mayerhofer, Peter Huber
Wissenschaftliche Assistenz: Andrea Grabmayer,
Andrea Hartmann, Maria Thalhammer

Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen

Teilbericht 5: Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

**Peter Huber, Peter Mayerhofer, Stefan Schönfelder, Oliver Fritz, Andrea Kunnert,
Dieter Pennerstorfer**

November 2010

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Im Auftrag der Verbindungsstelle der Österreichischen Bundesländer

Projektkoordination: Peter Mayerhofer, Peter Huber • Begutachtung: Christine Mayrhuber • Wissenschaftliche
Assistenz: Andrea Grabmayer, Andrea Hartmann, Maria Thalhammer

Inhalt

In einem größeren Forschungsprojekt für die österreichischen Bundesländer hat das WIFO die ökonomischen Effekte des demographischen Wandels auf die österreichischen Regionen analysiert. Der vorliegende Teilbericht fasst die Ergebnisse zusammen und zieht wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen. Demnach sind erhebliche wirtschaftliche Einbußen aus den derzeit absehbaren Veränderungen von Dynamik und Struktur der Bevölkerung für Österreichs Regionen wenig wahrscheinlich. Dennoch wird der ökonomische Entwicklungspfad in den Regionen (auch) dadurch bestimmt sein, wieweit es der Wirtschaftspolitik gelingt, den alterungsbedingten Wandel wachstumsoptimierend zu begleiten. Der Teilbericht grenzt daher wesentliche Handlungsfelder für eine solche Politik auf der Ebene der österreichischen Bundesländer ab und benennt sinnvolle Maßnahmen in Familienpolitik, Migrations- und Integrationspolitik, Beschäftigungspolitik, Standortpolitik und Verkehrspolitik.

Rückfragen: Peter.Mayerhofer@wifo.ac.at, Peter.Huber@wifo.ac.at

2010/425-2/S/WIFO-Projektnummer: 2609

© 2010 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 50,00 € • Kostenloser Download: http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=41130&typeid=8&display_mode=2

Demographischer Wandel als Herausforderung für Österreich und seine Regionen

Teilbericht 5: Zusammenfassung und Handlungsempfehlungen

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Übersichten und Abbildungen	III
1. Das Gesamtprojekt: Zielsetzung und Strukturierung	1
1.1 <i>Motivation und Zielsetzung</i>	1
1.2 <i>Fragestellungen und Ablauf der Studie</i>	2
2. Die Ergebnisse: Zentrale Erkenntnisse aus den Teilberichten	4
2.1 <i>Teilbericht 1: Räumliche Charakteristika des demographischen Wandels – Bevölkerung und Erwerbspotential</i>	4
2.1.1 <i>Triebkräfte des demographischen Wandels</i>	4
2.1.2 <i>Bevölkerungsdynamik und -struktur</i>	5
2.1.3 <i>Dynamik und Struktur des Erwerbspotentials</i>	6
2.1.4 <i>Intensität der demographischen Herausforderung</i>	7
2.2 <i>Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt</i>	8
2.2.1 <i>Verschiebungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebots</i>	9
2.2.2 <i>Auswirkungen der Strukturverschiebungen auf Arbeitslosigkeit und Beschäftigung</i>	11
2.2.3 <i>Veränderungen der Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung</i>	11
2.3 <i>Teilbericht 3: Alterung und regionale Wettbewerbsfähigkeit</i>	13
2.3.1 <i>Auswirkungen der Alterung auf die regionale Produktivität</i>	13
2.3.2 <i>Auswirkungen auf Sparquote und Konsumstruktur</i>	14
2.3.3 <i>Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen</i>	15
2.4 <i>Teilbericht 4: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Verkehrsnachfrage in den Regionen</i>	16
2.4.1 <i>Regional differenzierte Entwicklungen erfordern ebensolche Konzepte</i>	17
2.4.2 <i>Derzeitige Muster des Verkehrsverhaltens im Lebenszyklus</i>	17
2.4.3 <i>Mobilitätsverhalten und Verkehrsnachfrage in der Zukunft</i>	19

3. Die Empfehlungen: Handlungsfelder einer den demographischen Wandel begleitenden Politik	21
3.1 Grundlegende Überlegungen	21
3.2 Familienpolitik: Familien unterstützen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern	22
3.3 Migrations- und Integrationspolitik: Externe Ressourcen nutzen, Integrationschancen erhöhen	29
3.3.1 Maßnahmen im Bereich der Migrationspolitik	31
3.3.2 Maßnahmen im Bereich der Integrationspolitik	33
3.4 Beschäftigungspolitik: Erwerbspotentiale nutzen, Beschäftigungsfähigkeit Älterer erhöhen	36
3.4.1 Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen	37
3.4.2 Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Älteren	38
3.5 Wachstumsorientierte Standortpolitik: Produktivität steigern, Voraussetzungen für Wissensgesellschaft verbessern	44
3.5.1 Maßnahmen in der Technologie- und Innovationspolitik	46
3.5.2 Maßnahmen in der Bildungs- und Qualifizierungspolitik	48
3.6 Infrastrukturpolitik: Altersgerechte Infrastrukturen bereitstellen	53
3.6.1 Maßnahmen zur Sicherung effizienter und nachhaltiger Raum- und Verkehrsstrukturen	54
3.6.2 Maßnahmen zur alterungsgerechten Ausgestaltung von Infrastrukturen und Mobilitätssystemen	60
Literaturhinweise	64
Anhang	69

Verzeichnis der Übersichten und Abbildungen

Abbildung 1.1:	Struktur der Studie	2
Übersicht 3.1:	Anteil verschiedener Gruppen mit Migrationshintergrund an der wohnhaften Bevölkerung in Österreich nach Bundesländern und Bevölkerungsdichte	30
Übersicht A.1:	Teilziele und Indikatoren	70
Indikator A1.1:	Gesamtfertilitätsrate	74
Indikator A1.2:	Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern	74
Indikator A1.3:	Kinderbetreuungsquote der 0- bis 2-jährigen Kinder	74
Indikator A1.4:	Kinderbetreuungsquote der 3- bis 5-jährigen Kinder	75
Indikator A1.5:	Kinderbetreuungsquote der 6- bis 9-jährigen Kinder	75
Indikator A1.6:	Betreuungsschlüssel in Kinderbetreuungseinrichtungen	76
Indikator A1.7:	Gruppengröße in Kinderbetreuungseinrichtungen	76
Indikator A2.1:	Binnenwanderungssaldo	76
Indikator A2.2:	Außenwanderungssaldo	77
Indikator A2.3:	Ausbildungsnachteile von AusländerInnen	77
Indikator A2.4:	Arbeitsmarktnachteile von AusländerInnen	77
Indikator B1.1:	Erwerbspotential	78
Indikator B1.2:	Erwerbsbeteiligung insgesamt	78
Indikator B1.3:	Erwerbsbeteiligung von Frauen	78
Indikator B1.4:	Erwerbsbeteiligung von Älteren	79
Indikator B1.5:	Beschäftigungsquote	79
Indikator B1.6:	Langzeitarbeitslosenquote	79
Indikator B2.1:	Beschäftigungsquote der Älteren	80
Indikator B2.2:	Ältere Beschäftigte mit höherer Qualifikation	80
Indikator B2.3:	Weiterbildungsbeteiligung insgesamt	80
Indikator B2.4:	Altersarbeitslosigkeit	81
Indikator B2.5:	Erwerbsunfähigkeitsquote	81
Indikator B2.6:	Gesundheitsvorsorge	81
Indikator B3.1:	Ökonomisches Entwicklungsniveau	82
Indikator B3.2:	Verfügbares Einkommen	82
Indikator B3.3:	Arbeitsproduktivität	82
Indikator B3.4:	Investitionsquote	83
Indikator B3.5:	F&E-Quote	83
Indikator B3.6:	Patentquote	83
Indikator B4.1:	Ausbildungsquote	84
Indikator B4.2:	Klassengröße in Volks- und Hauptschulen	84
Indikator B4.3:	Höhere Ausbildung	84
Indikator B4.4:	Hoch qualifizierte Beschäftigte	85
Indikator B4.5:	Niedrig qualifizierte Beschäftigte	85

1. Das Gesamtprojekt: Zielsetzung und Strukturierung

1.1 Motivation und Zielsetzung

Der fortschreitende demographische Wandel wird schon auf Sicht eine der größten Herausforderungen für Österreich, Europa und viele andere entwickelten Industriestaaten sein. Aktuellen Schätzungen der EU (EUROPOP2008) zufolge wird sich die Bevölkerungsdynamik in den EU 27 bis 2030 halbieren. Gleichzeitig wird der Anteil der Älteren (65+) von derzeit etwas über 17% auf nahe 24% steigen, 100 Europäern/innen im erwerbsfähigen Alter werden dann nicht mehr 26, sondern 38 ältere Unionsbürger/innen gegenüber stehen.

Auch für Österreich lässt eine Kombination von weiter steigender Lebenserwartung und Fertilitätsraten unter dem Reproduktionsniveau eine ähnliche Entwicklung erwarten. Wesentlich beeinflusst wird sie nicht zuletzt (auch) durch internationale Wanderungsbewegungen. Alterung und Migration sind in hohem Maße verknüpft, da Migranten/Innen tendenziell jünger sind, sodass Migration erhebliche Veränderungen in der demographischen Altersstruktur auslösen kann (Poot, 2008).

In der öffentlichen Diskussion in Österreich wird die demographische Alterung derzeit vor allem unter dem Aspekt der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, namentlich des Pensions-, Gesundheits- und Pflegesystems diskutiert. Allerdings wird die Alterung die ökonomische und soziale Entwicklung Österreichs und seiner Regionen in weit umfassenderer Weise beeinflussen. Zu erwarten sind Wirkungen auf den Arbeitsmarkt, aber auch auf Siedlungsstruktur und Mobilitätsverhalten. Zu erwarten sind vor allem auch Effekte auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität und die Konsumnachfrage sowie weitergehend Einflüsse auf das Wachstumspotential und die Wettbewerbsfähigkeit auf nationaler und regionaler Ebene. Diese Effekte stehen im Vordergrund unseres Forschungsprojektes.

Zentral ist dabei, dass Alterung und Migration räumlich in unterschiedlicher Intensität auftreten, sodass auch die vielfältigen wirtschaftlichen und sozialen Effekte des demographischen Wandels nach Regionen keineswegs gleichförmig sein werden. So lösen regional unterschiedliche Entwicklungstrends in der (erwerbsfähigen) Bevölkerung ceteris paribus Unterschiede in den regionalen Produktionskapazitäten aus, und Unterschiede in der Alterung dieses Erwerbspotentials verändern die räumlichen Muster von Innovationsfähigkeit und gesamtwirtschaftlicher Produktivität. Auf der Nachfrageseite bedeutet ein ausdifferenzierter Altersprozess regionale Unterschiede in Sparverhalten und Konsumstruktur, mit entsprechenden Konsequenzen auf die Absatzchancen der regionalen Unternehmen und die Nachfrage nach öffentlichen Leistungen bzw. Infrastrukturen.

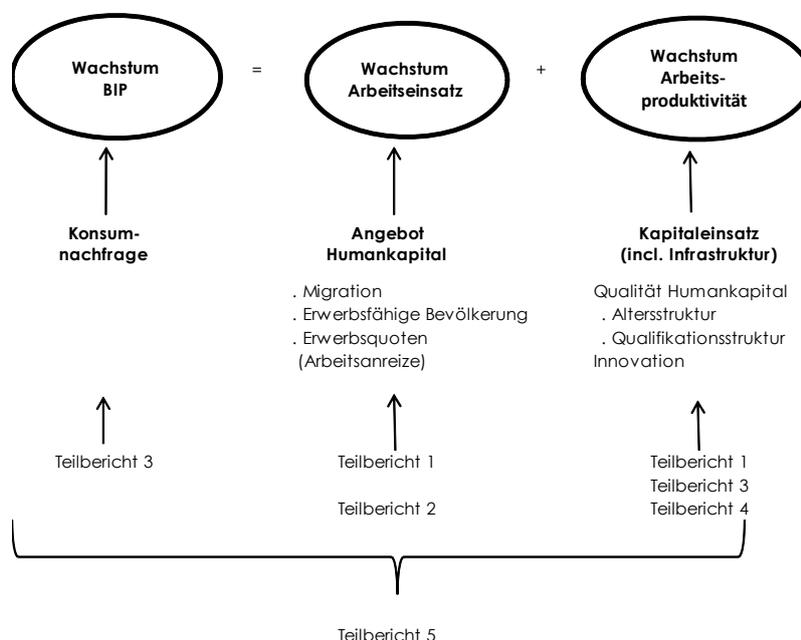
Vor diesem Hintergrund hatte die vorliegende Studie zum Ziel, die ökonomischen Effekte des demographischen Wandels auf die österreichischen Regionen nachzuzeichnen und die Bedeutung der dabei relevanten Einflussfaktoren zu identifizieren und (wo möglich) zu quantifizieren. Dies sollte es erlauben, den Problemdruck in den einzelnen Regionen abzuschätzen und jene Handlungsoptionen zu identifizieren, die der regionalen Wirtschaftspolitik zur Verfü-

gung stehen, um das ökonomische Wachstum in den Regionen trotz demographischer Alterung auf einem nachhaltig hohen Niveau zu halten.

1.2 Fragestellungen und Ablauf der Studie

Die dabei relevanten ökonomischen Wirkungsmechanismen des demographischen Wandels sind vielfältig und komplex. Zur Strukturierung unserer Analysen konnte allerdings der Umstand genutzt werden, dass sich die Funktionsweise einer (regionalen) Ökonomie bei aller Komplexität auf einen sehr einfachen Zusammenhang reduzieren lässt: Ex Post muss das Produktionswachstum einer Ökonomie der Summe aus dem Wachstum des Arbeitseinsatzes und dem Wachstum der Arbeitsproduktivität entsprechen (Abbildung 1.1).

Abbildung 1.1: Struktur der Studie



Demographische Einflüsse wirken auf jede dieser Komponenten ein. So beeinflussen auf der Nachfrageseite das Bevölkerungswachstum direkt und die Alterung (über kohortenspezifische Sparquoten) indirekt die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen und bestimmen damit den realisierbaren Wachstumspfad. Ändern sich die Präferenzen im Lebenszyklus, so führt die demographische Alterung zudem zu Veränderungen in der Konsumstruktur, was die sektorale Ausprägung dieses Wachstumspfades bestimmt.

Auf der Angebotsseite wird das Wachstum des Arbeitseinsatzes – bei gegebenen regionalen und kohortenspezifischen Erwerbsquoten (und damit Arbeitsanreizen) – notwendig durch die Entwicklung von Migration und erwerbsfähiger Bevölkerung bestimmt. Dabei ist vor allem Letztere wiederum durch Bevölkerungsdynamik und Alterungsprozess beeinflusst.

Letztlich wird das Wachstum der Arbeitsproduktivität durch Veränderungen in Kapitaleinsatz (einschließlich öffentlicher Infrastruktur) und der Qualität der eingesetzten Arbeitskräfte deter-

miniert, aber auch durch Innovationsprozesse beeinflusst. Die demographische Alterung kann hier durch ihren Einfluss auf die Innovationsfähigkeit auf die Ergebnisse einwirken, aber auch dadurch, dass sie die Alters- und Qualifikationsstruktur des Erwerbspotentials verändert, was wiederum Auswirkungen auf dessen Produktivität haben kann.

Der Inhalt der einzelnen Teilberichte unserer Studie ist entlang dieser grundlegenden Zusammenhänge strukturiert. So werden in Teilbericht 1 die räumlichen Charakteristika des demographischen Wandels herausgearbeitet und ihre Einflussfaktoren offen gelegt. Dabei steht nicht zuletzt die Dynamik und Struktur der erwerbsfähigen Bevölkerung im Vordergrund, wesentliche Determinante für Angebot und Qualität des verfügbaren Humankapitals.

Teilbericht 2 schließt mit einer Analyse der Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf den Arbeitsmarkt an. Hier werden die Folgen der demographischen Verschiebungen auf Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktdynamik thematisiert und die möglichen Auswirkungen auf die Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung beleuchtet. Anhand unterschiedlicher Annahmen zur Bevölkerungsprognose werden zudem Möglichkeiten der wirtschaftspolitischen Einflussnahme identifiziert, um den Handlungsspielraum der Wirtschaftspolitik offen zu legen.

Teilbericht 3 konzentriert sich auf die ökonomischen Effekte des demographischen Wandels im engeren Sinn. Hier stehen einerseits die zu erwartenden Änderungen in der Struktur des öffentlichen und privaten Konsums im Vordergrund, andererseits werden ökonometrische Schätzungen zur alterungsbedingten Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität auf regionaler Ebene präsentiert. Die Ergebnisse fließen in Szenarienrechnungen mit einem multiregionalen Input-Output-Modell ein, die Aufschluss über die zu erwartenden ökonomischen Gesamteffekte des demographischen Wandels auf der Ebene der Bundesländer bieten sollen.

Teilbericht 4 analysiert letztlich den Einfluss des demographischen Wandels auf die künftigen Mobilitätsstrukturen auf regionaler Ebene und leitet daraus die verkehrspolitischen Herausforderungen ab, die sich aufgrund der Entwicklung der nächsten Jahre ergeben werden. Hierzu werden aufbauend auf die zu erwartenden Veränderungen in Bevölkerungsstruktur, Regionalstruktur und individuellen Mobilitätsmustern Projektionen zu Dynamik und Struktur der Verkehrsnachfrage erarbeitet und als Grundlage für Überlegungen zu notwendigen Anpassungen in Prioritäten und Maßnahmen der regionalen Verkehrspolitik genutzt.

Der vorliegende Teilbericht 5 führt die im Projekt gewonnenen Ergebnisse zusammen und zieht wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen. Dazu werden im nächsten Abschnitt die zentralen Erkenntnisse des Forschungsprojektes dargestellt. Auf dieser Basis werden wirtschaftspolitische Maßnahmen für jene Handlungsfelder der Wirtschaftspolitik abgeleitet, die zur Sicherung des Wachstums und der Beschäftigung in einer alternden Gesellschaft besonders wesentlich erscheinen. Dabei stehen Aktivitäten in der Kompetenz der Bundesländer im Vordergrund, wo möglich wird auch auf unterschiedliche Prioritäten in einzelnen Bundesländern hingewiesen.

2. Die Ergebnisse: Zentrale Erkenntnisse aus den Teilberichten

2.1 Teilbericht 1: Räumliche Charakteristika des demographischen Wandels – Bevölkerung und Erwerbspotential

2.1.1 Triebkräfte des demographischen Wandels

Drei Triebkräfte bestimmen den "demographischen Übergang" zu einer "alternden Gesellschaft: Steigende Lebenserwartung, abnehmende Fertilität und (mit moderierender Wirkung) die zunehmende Migration.

Die Lebenserwartung hat seit 1961 auch im europäischen Vergleich stark zugenommen und wird dies in etwas abgeschwächter Form auch weiter tun. 2030 wird sie um rund 15 Jahre höher liegen als noch in den frühen 1960er Jahren, wobei regionale Unterschiede in Form eines West-(Süd-)Ost-Gefälles erheblich sind. Der weitere Anstieg der Lebenserwartung wird fast ausschließlich älteren Kohorten zu Gute kommen – mit entsprechender Wirkung auf den Pflegebedarf.

Der Rückgang der Kinderzahl (Fertilität) vollzog sich im Wesentlichen schon im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts, seither liegt die Gesamtfertilitätsrate – von zwischenzeitlichen "Baby-Booms" abgesehen – weit unter dem Reproduktionsniveau. Regionale Unterschiede haben sich seit 1961 auf ein Drittel reduziert. Bis 2030 wird sich diese Konvergenz in der Fertilität fortsetzen, der Westen wird dem Süden und Osten (ohne Wien) mittelfristig in negative Geburtenbilanzen folgen. Langfristig wird die Geburtenbilanz nur in Wien positiv bleiben, Anstrengungen der Familienpolitik zur Vereinbarkeit von Beruf und Elternschaft werden damit weitgehend flächendeckend zur Herausforderung.

Mit dem Bedeutungsverlust der natürlichen Bevölkerungsbewegung wird die Wanderungsbilanz für Bevölkerungsdynamik und –struktur zunehmend (allein) entscheidend. Seit 1961 geht ein Bevölkerungszuwachs von über 800.000 Personen in Österreich auf internationale (Zu-)Wanderung zurück, bis 2030 werden (netto) 680.000 Personen dazukommen. Seit der Jahrtausendwende hat vor allem die Attraktivität Wiens als Einwanderungsregion nochmals dramatisch zugenommen, auch die anderen Regionen konvergieren zu erheblich positiven Nettoimmigrationsraten. Auf Sicht wird sich die Sonderstellung Wiens abschwächen, die Nettoimmigrationsrate bleibt aber doppelt so hoch wie in fast allen anderen Bundesländern. Dementsprechend wichtig werden in Zukunft Personen mit Migrationshintergrund als Adressatenkreis der Wirtschaftspolitik sein. Auch die Mobilität im Inland nimmt bei stabilen Wandermustern weiter zu. Für Niederösterreich und (abgeschwächt) das Burgenland resultiert aus der Binnenmigration ein durchgängig positiver Bevölkerungsimpuls, der sich vor allem aus Suburbanisierungsprozessen im Großraum Wien speist. Dagegen liegen (neben Wien) Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg dauerhaft im Minus, mit Ausnahme von 1 bis 2 Jahren auch Tirol und Vorarlberg. Der Steiermark gelang zum Jahrtausendwechsel eine Trendwende.

Die zunehmende Dominanz der Migration dürfte Polarisierungstendenzen auf (klein-)räumlicher Ebene verstärken. Da Migranten/innen tendenziell jünger sind, korrelieren Bevölkerungsdynamik und Alterung zunehmend (negativ). Dies begünstigt eine Teilung der Regionen in demographische "Gewinner" und "Verlierer" (mit Vor- bzw. Nachteilen in beiden Dimensionen). Da Migranten/innen vor allem die Zentren und ihr Umland bevorzugen, dürfte die Trennlinie bei zunehmender Dominanz der Wanderung als Triebfeder des demographischen Wandels dabei verstärkt nach einem Zentrum-Peripherie-Muster verlaufen. Regionale Disparitäten auf kleinräumiger Ebene könnten also zunehmen.

2.1.2 Bevölkerungsdynamik und -struktur

Die genannten Triebkräfte wirken massiv, aber regional sehr differenziert auf die demographische Entwicklung ein. Grosso modo befördern sie (auch) in Österreich einen erheblichen Alterungsprozess, Phänomene einer schrumpfenden Bevölkerung werden dagegen – anders als in vielen europäischen Ländern (etwa Deutschland) – nur punktuell auf kleinräumiger Ebene auftreten.

Im Gegenteil hat sich die Bevölkerungsdynamik in Österreich seit 1990 (zuwanderungsbedingt) erheblich beschleunigt, auch in den beiden nächsten Dekaden wird die jährliche Wachstumsrate deutlich über jener der EU 27 liegen. Regional hat sich ein markantes West-(Süd-)Ostgefälle im demographischen Wachstum vor 1990 (zuwanderungsbedingt) aufgelöst. Auf Sicht wird die Ostregion den Wachstumspol bilden, während der Süden weiter zurückfällt: Kärnten wird im Prognosezeitraum das einzige Bundesland mit stagnierender Bevölkerungsentwicklung sein.

Die Altersverteilung hat sich in den Bundesländern (mit Ausnahme von Wien) von einer links-schiefen Verteilung mit höheren Besatzzahlen im Kinder- und Jugendalter zu einer solchen mit Spitzen im Haupterwerbsalter gewandelt und wird auf Sicht zu einer rechtsschiefen Verteilung mit Maxima im späten Erwerbs- und frühen Ruhestandsalter ausreifen. Dabei konvergiert sie auf Bundesländerebene zu einem ähnlichen, insgesamt höheren Durchschnittsalter (1961: 36,5 Jahre, 2030: 44,1 Jahre), ein zunächst markantes Ost-(Süd-)West Gefälle löst sich zunehmend auf. Davon abweichend wird Wien tendenziell "jünger", die Alterskohorte der Hochbetagten wächst freilich flächendeckend rasant.

Insgesamt war der Süden und Südosten Österreichs (Burgenland, Kärnten, Steiermark) in den letzten Jahrzehnten durch raschere Alterung und schwache Bevölkerungsdynamik verstärkt vom demographischen Wandel betroffen. Dagegen war die Herausforderung in den übrigen Bundesländern, vor allem aber in Wien und im Westen ungleich geringer, weil sich die Problemdimensionen "Alterung" und "Schrumpfung" hier gegenläufig entwickelten. Bis 2030 wird sich die Situation insofern zuspitzen, als die Entwicklung dieser Dimensionen regional zunehmend gleichgerichtet sein wird. Vor allem Wien und Niederösterreich werden Vorteile vorfinden, dagegen werden die Herausforderungen im Westen zunehmen. Im Süden wird die problematische Situation geringerer Bevölkerungsdynamik und rascherer Alterung fortauern, vor allem in Kärnten wird die Betroffenheit vom demographischen Wandel erheblich sein.

Kleinräumig waren die Unterschiede mit einer Spannweite des Bevölkerungswachstums von mehr als 1,5 Prozentpunkten (PP) pro Jahr schon in der Vergangenheit (wanderungsbedingt) noch ungleich größer. Sie werden bis 2030 noch zunehmen. Bei tendenziell abnehmender Wachstumsdynamik im in der Vergangenheit begünstigten Westen wird sich das demographische Muster noch stärker zugunsten der humankapitalintensiven Regionen (+0,58% p.a.) verschieben, während sachkapitalintensive (+0,18% p.a.) und ländliche Regionen (+0,11% p.a.) weiter zurückfallen. Auch Unterschiede in der Altersstruktur folgen trotz immer noch höherer Fertilität im ländlichen Raum zunehmend einer funktionalen Differenzierung: Auf Sicht wird sich die Alterung in allen NUTS 3-Regionen fortsetzen, aber geographisch im Westen und Süden sowie funktional in sachkapitalintensiven Regionen und im ländlichen Raum ungleich stärker sein.

2.1.3 Dynamik und Struktur des Erwerbspotentials

Die gezeigten demographischen Effekte wirken über eine Reihe von Transmissionsmechanismen auf die Realwirtschaft ein, wobei der Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter eine besondere Bedeutung zukommt: Das Wachstum des Erwerbspotentials wirkt direkt auf das Arbeitskräfteangebot und damit die Produktionskapazität, während seine Altersstruktur die Arbeitsproduktivität beeinflusst. Beide Einflussgrößen werden sich auf Sicht verschlechtern.

So wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ab Mitte dieses Jahrzehnts in allen Bundesländern außer Wien schrumpfen, bis 2030 werden österreichweit 229.000 Personen im Erwerbsalter fehlen. Allerdings bleibt der Rückgang im Vergleich zu den EU 27 oder gar Deutschland und Italien gering, zudem setzt er auf eine sehr dynamische Entwicklung in den letzten 40 Jahren auf. Befürchtungen über eine dramatische Abnahme der Verfügbarkeit von Arbeitskräften sind damit kaum gerechtfertigt, allerdings wird der Problemdruck regional sehr unterschiedlich sein: Während das Erwerbspotential in Vorarlberg und Tirol 2030 noch um mehr als die Hälfte und in Salzburg, Oberösterreich und Niederösterreich um mehr als ein Fünftel höher sein wird als in den frühen 1960er Jahren, steht der Süden und Südosten vor einer weitaus größeren Herausforderung. Hier wird das Erwerbspotential bis 2030 um immerhin –7,5% (Burgenland), –10,0% (Steiermark) bzw. –16,7% (Kärnten) unter dem bisher höchsten Wert liegen.

Zudem wird das Erwerbspotential auch rascher altern. Seit 1961 ist die erwerbsfähige Bevölkerung in allen Bundesländern außer Wien älter geworden, vor allem aber in Vorarlberg (hier aber von günstigem Ausgangsniveau), im Burgenland und in Kärnten. Bis 2030 wird sich dieser Prozess mit Schwerpunkt im Süden und Westen weiter fortsetzen.

Insgesamt war die Situation im Erwerbspotential bisher in Tirol, Salzburg und Vorarlberg vergleichsweise günstig, weil eine hohe Dynamik eine merkliche Alterung kompensierte. Auch in Wien blieb die Betroffenheit gering, weil das Erwerbspotential (bei langfristig schwacher Dynamik) sogar jünger wurde. Ungünstiger war die Lage schon bisher im Burgenland und in den Bundesländern im Süden, weil hier eine raschere Alterung mit einer geringeren Dynamik

einherging. Diese ungünstige Konstellation wird sich im Süden auch auf Sicht fortsetzen: Der Steiermark steht die stärkste Alterung, Kärnten die größte Schrumpfung des Erwerbspotentials bevor. Größer werden die Herausforderungen auf der Arbeitsangebotsseite auch im Westen (v.a. Oberösterreich, Salzburg und Tirol), weil sich die Alterung der erwerbsfähigen Kohorten noch verstärkt und die Dynamik des Erwerbspotentials an Kraft verliert. Begünstigt werden Niederösterreich und vor allem Wien (mit höherer Dynamik und einer "Verjüngung" der erwerbsfähigen Kohorten) sein – ein Vorteil, der in Wien angesichts der hier schwierigen Arbeitsmarktlage freilich erst genutzt werden muss.

Kleinräumig zeigt sich der zunehmend enge Zusammenhang zwischen "Schrumpfung" und "Alterung" deutlich, sodass sich in Hinblick auf das Erwerbspotential "Gewinner" und "Verlierer" der demographischen Entwicklung klar abgrenzen lassen. So war schon in den letzten 15 Jahren rund ein Drittel der NUTS-3-Regionen mit einem rückläufigen Erwerbspotential konfrontiert, vorwiegend ländliche Räume sowie sachkapitalintensive Regionen mit strukturellen Problemen. 2030 wird die erwerbsfähige Bevölkerung in der großen Mehrheit der Regionen schrumpfen, ein nennenswerter (quantitativer) Aufbau an Erwerbspotential ist nur noch für Wien und sein Umland abzusehen. Damit können auf Sicht nur die humankapitalintensiven Zentralräume mit einer weitgehend stabilen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter rechnen. Ähnlich wird auch das Problem eines alternden Humankapitals (nach Vorteilen gegenüber den Zentren noch in den 1960er Jahren) zunehmend ein solches peripherer ländlicher Räume und "alter" Industrieregionen.

In einigen kleinräumigen "Hot-Spots" dieser Regionstypen könnten Schwächen im Erwerbspotential durchaus einen Umfang annehmen, der ernste Konsequenzen in Arbeitsorganisation und Produktionskapazität nach sich zieht. So wird die Zahl der erwerbsfähigen Bevölkerung in der östlichen Obersteiermark 2030 um etwa ein Drittel unter dem Wert zur Mitte der 1990er Jahre liegen, in der westlichen Obersteiermark und Unterkärnten werden mehr als ein Viertel, in Oberkärnten, dem Lungau, dem Waldviertel und Osttirol immerhin noch ein Fünftel des ursprünglichen Erwerbspotentials fehlen. Auch die Altersstruktur der Erwerbsfähigen differenziert sich weiter aus: 2030 wird der Anteil der jüngeren Erwerbsfähigen (15 bis 34 Jahre) in insgesamt 10 Regionen des Burgenlandes (hier Mittel- und Südburgenland –4,1 bzw. –3,9 Prozentpunkte), der Steiermark und des nördlichen Niederösterreichs geringer sein als jener der älteren Kohorten (45+), keine einzige dieser Regionen ist als humankapitalintensiv einzustufen.

2.1.4 Intensität der demographischen Herausforderung

Insgesamt verläuft der demographiebedingte Wandel von Bevölkerung und Erwerbspotential damit regional in stark unterschiedlicher Form und Intensität. Jedenfalls werden Österreichs Regionen nach mehr als 3 Dekaden günstiger demographischer Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und Finanzierung des Sozialstaats aber in eine schwierigere Phase eintreten. Die regionale Dynamik des erwerbsfähigen Segments wird in den nächsten beiden Dekaden ohne Ausnahme geringer sein als jene der Bevölkerung insgesamt, das Verhältnis von Perso-

nen außerhalb des Erwerbsalters zum Erwerbspotential wird von 60,7 je 100 Erwerbsfähigen auf 82,5 (Wien 71,3; Kärnten 93,4) steigen.

Dennoch bedeutet dies nicht "automatisch" einen Wachstumsalus oder Finanzierungsprobleme im Sozialsystem: Der Zusammenhang zwischen Dynamik und Struktur des Erwerbspotential einerseits und Wirtschaftswachstum bzw. Finanzierungsspielräumen andererseits ist keineswegs deterministisch, sondern stark durch Erwerbsverhalten und Arbeitsmarktlage vermittelt. So kann ein geringeres Wirtschaftswachstum bei schrumpfendem Erwerbspotential durch höhere Produktivität und/oder steigende Erwerbsquoten vermieden werden. Auch die "Zusatzbelastung" der das Sozialsystem Finanzierenden durch die Alterung scheint nach unseren Ergebnissen beherrschbar. So könnte das Verhältnis zwischen "Abhängigen" und deren "Erhalten/innen" nach unseren Berechnungen bis 2030 in der Mehrzahl der Bundesländer sogar sinken oder (im Burgenland, in Oberösterreich und Salzburg) zumindest konstant bleiben, wenn die Erwerbsbeteiligung in den nächsten 20 Jahren eine ähnliche (rasante) Entwicklung nimmt wie in der letzten Dekade. Bei einer nur halb so raschen Weiterentwicklung der Erwerbsquoten wäre (mit Ausnahme von Wien) ein moderater Anstieg des Verhältnisses von Abhängigen und Erhalten/innen die Folge, die errechnete Belastung würde jedoch auch in diesem Fall den nationalen Wert der späten 1990er Jahre in keinem Bundesland in relevantem Ausmaß überschreiten.

Insofern werden die dokumentierten Wandlungsprozesse nicht automatisch zu einer schwächeren und/oder problematischen wirtschaftlichen Entwicklung führen. Die demographische Herausforderung ist real, aber in ihrer Größenordnung zumindest auf mittlere Sicht beherrschbar, sofern konsequente und konsistente Maßnahmen zur Abfederung allfälliger negativer ökonomischer Effekte ergriffen werden.

2.2 Teilbericht 2: Auswirkungen auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt

Diese Schlussfolgerungen werden auch durch die in Teilbericht 2 dieser Studie berechneten Szenarien bestätigt, in denen auf Basis vorliegender Prognosen zur regionalen Bevölkerungs- und Erwerbsquotenentwicklung die Auswirkungen des demografischen Wandels auf das Arbeitskräfteangebot und den Arbeitsmarkt untersucht werden. Als erstes Resultat zeigt sich dabei, dass die Zahl der Erwerbspersonen in Österreich im nächsten Jahrzehnt auf Basis des Hauptszenarios der Bevölkerungsprognose eher steigen, als fallen wird, auch im Jahr 2030 wird sie – trotz rückläufiger Entwicklung der erwerbsfähigen Kohorten – nicht unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen. Der Grund hierfür ist, dass der Rückgang in der erwerbsfähigen Bevölkerung durch den erwarteten Anstieg der Erwerbsquote (insbesondere bei Frauen und Älteren) kompensiert wird. Als zweites Resultat zeigt sich aber auch eine deutliche regionale Differenzierung in der für die beiden nächsten Jahrzehnte zu erwarteten Entwicklung der Erwerbspersonen. Auf Ebene der Bundesländer lassen sich dabei vier Gruppen feststellen:

1. In Wien wird die Zahl der Erwerbspersonen deutlich steigen, wobei es hier auch nach 2020 noch zu einem weiteren Anstieg der Erwerbspersonen kommen sollte.

2. In Niederösterreich, Tirol und Vorarlberg wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 noch steigen und danach zurückgehen. Dieser Rückgang wird aber moderat sein, sodass den Arbeitsmärkten dieser Bundesländer auch im Jahr 2030 noch mehr Erwerbspersonen zur Verfügung stehen sollten als noch 2010.
3. In den Bundesländern Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Burgenland wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 ebenfalls weiter steigen. Der danach folgende Rückgang ist hier aber etwas stärker ausgeprägt, sodass die Zahl der Erwerbspersonen in diesen Bundesländern im Jahr 2030 leicht unter oder am Niveau des Jahres 2010 liegen wird.
4. In Kärnten wird es schlussendlich bereits bis 2020 zu einem Rückgang der dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehenden Erwerbspersonen kommen. Im Jahr 2030 dürfte die Zahl der Erwerbspersonen deutlich unter dem gegenwärtigen Niveau liegen.

Auf kleinräumiger Ebene sind noch deutlichere Differenzierungen zu erwarten, die eng mit dem Urbanisierungsgrad zusammenhängen. So wird es in den städtischen Regionen und ihrem Umland (unabhängig davon, ob es sich um Wien, andere Großstädte oder Mittelstädte handelt) bis 2030 zu einer deutlichen Zunahme der Erwerbspersonen kommen. In allen anderen Regionstypen wird die Zahl der Erwerbspersonen bis 2020 hingegen in etwa stagnieren und danach zurückgehen, wobei diese Rückgänge in den touristischen und industrialisierten Randgebieten am größten sein werden.

2.2.1 Verschiebungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebots

Die für die Arbeitsmarktentwicklung in den nächsten 20 Jahren relevanteren demographischen Entwicklungen werden aber weniger in einer Abnahme des Arbeitskräfteangebotes bestehen, als vielmehr in einer Verschiebung ihrer Struktur in Richtung von Älteren, Personen mit Migrationshintergrund und Frauen:

- So dürfte im Jahr 2020 die Zahl der älteren Erwerbspersonen (im Alter von 45 Jahren und mehr) österreichweit um 15% über dem Wert des Jahres 2010 liegen, wobei vor allem in Vorarlberg, Tirol und Niederösterreich ein überdurchschnittliches, in Kärnten und im Burgenland dagegen ein unterdurchschnittliches Wachstum zu erwarten ist. Danach (bis ins Jahr 2030) dürfte allerdings auch die Zahl der älteren Erwerbspersonen in allen Bundesländern (mit Ausnahme Vorarlbergs und Wiens) wieder fallen. Auf Ebene der Bezirke dürfte die Zahl der älteren Erwerbspersonen in den städtischen Regionen (Metropole Wien, Großstädte, Mittelstädte) und ihrem Umland bis 2030 zunehmen, während in allen anderen Regionstypen ab 2020 mit einem Rückgang zu rechnen ist. Insgesamt wäre aber die Zahl der älteren Erwerbspersonen im Jahr 2030, je nach Regionstyp, immer noch zwischen 12,3% (industrialisierte Randgebiete) und 24,6% (Mittelstädte) höher als im Jahr 2010.
- Dramatischer dürften die Rückgänge bei den Jugendlichen ausfallen. Im Jahr 2030 dürften auf Basis vorliegender Prognosen dem österreichischen Arbeitsmarkt um 23,7% weniger Erwerbspersonen in der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen zur Verfügung stehen als

noch im Jahr 2010. Dabei dürfte der Rückgang in Kärnten und Oberösterreich bis zu 30% betragen. Nach Regionstypen dürfte die Zahl der jungen Erwerbspersonen nur in Wien stabil bleiben, im Jahr 2030 sollten hier um 1,8% weniger Erwerbspersonen im Alter von unter 20 Jahren wohnen als noch 2010. In den anderen städtischen Regionen inklusive des Umlandes werden diese Rückgänge hingegen bei rund 20% liegen, in den Rand- und Tourismusgebieten dürften sie 30% bis 35% erreichen. Arbeitskräfteknappheiten könnten daher in der Zukunft am ehesten bei den jungen Arbeitskräften und hier insbesondere bei Lehrlingen in den Rand- und Tourismusgebieten entstehen.

- Daneben würde sich nach diesen Prognosen – aufgrund des sich fortsetzenden Trends zu einer höheren Frauenerwerbstätigkeit – der Frauenanteil an den Erwerbspersonen auf über 46% erhöhen. Der mit Abstand schwächste Anstieg wird hier in Salzburg (+0,7 Prozentpunkte) erwartet. Dahinter folgen Tirol (+2,0 Prozentpunkte) und Oberösterreich (+2,1 Prozentpunkte). In allen anderen Bundesländern wird dieser Anstieg hingegen überdurchschnittlich sein, am höchsten im Burgenland und in Niederösterreich (mit jeweils +2,5 Prozentpunkten).
- Nicht zuletzt sollte sich nach den vorliegenden Prognosen auch der Ausländer/innenanteil an den Erwerbstätigen bis 2030 deutlich erhöhen. Würde ab dem Jahr 2009 keine Netto-Zuwanderung nach Österreich mehr stattfinden, läge die Zahl der Erwerbspersonen (bei gleicher Erwerbsquotenentwicklung) im Jahr 2020 bereits um 2,9% unter dem heutigen Niveau, im Jahr 2030 wären bereits um 11,6% weniger Erwerbspersonen vorhanden als heute. Insbesondere in der Ostregion geht ein Vielfaches (zwischen 17 und 21 Prozentpunkten) der in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose unterstellten Änderung in der Zahl der Erwerbspersonen auf die Zuwanderung zurück. Dementsprechend ist gerade in diesen Bundesländern mit einem deutlichen Anstieg der Zahl der Personen mit Migrationshintergrund zu rechnen. In den übrigen Bundesländern ist der Beitrag der Zuwanderung geringer, auch hier liegt ihr Wachstumsbeitrag zur prognostizierten Zahl der Erwerbspersonen in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose jedoch bei zwischen 5 und 10 Prozentpunkten.
- Würden (bei unveränderter Zuwanderung) die Erwerbsquoten in Österreich – insbesondere jene der Frauen und der Älteren – bis ins Jahr 2030 auf das Niveau Schwedens steigen, so würde die Zahl der Erwerbspersonen sowohl bis ins Jahr 2020 als auch danach noch deutlich zunehmen. Österreichweit läge die Zahl der Erwerbspersonen in diesem Fall im Jahr 2030 um 19,4% über dem Niveau des Jahres 2010, und selbst in Kärnten wäre sie immer noch um 15,3% höher, während sie in Wien sogar um 23,4% höher läge. Insgesamt sind eine Erhöhung der Erwerbsquote und stärkere Zuwanderung damit zumindest mittelfristig eindeutig die wirksamsten Ansatzpunkte, um ein Sinken der Zahl der Erwerbspersonen zu verhindern.

2.2.2 *Auswirkungen der Strukturverschiebungen auf Arbeitslosigkeit und Beschäftigung*

Die Auswirkungen dieser Strukturverschiebungen auf die Arbeitslosigkeit und Beschäftigung könnten (bei annähernd gleichbleibender Zahl der Erwerbspersonen) nach unseren Ergebnissen zu einer Verringerung der Arbeitslosenquote beitragen. Es zeigt sich, dass der Anteil der jungen Arbeitskräfte einen robusten und signifikant positiven Einfluss auf die Arbeitslosenquote hat. Am ehesten wäre bei Fortschreibung der gegenwärtigen Entwicklungen aufgrund der Änderung der demographischen Struktur mit einer leichten Verringerung der Arbeitslosenquote (von 0,1 bis 0,3 Prozentpunkten) zu rechnen.

Insgesamt reagierten die regionalen Arbeitsmärkte Österreichs in der Vergangenheit aber auf eine Änderung der Struktur des Arbeitskräfteangebotes in Richtung der Älteren, Frauen und Ausländer/innen vor allem durch eine (schwache) Steigerung der Beschäftigungsquote, während die Arbeitslosenquote von Änderungen in der Struktur des Arbeitskräfteangebotes, wohl aufgrund endogener Reaktionen der Arbeitsmarktpolitik, kaum berührt wird. Auch der Einfluss auf die Beschäftigungsquote ist quantitativ allerdings nur gering: Eine Erhöhung des Anteils der Jugendlichen und auch der Älteren am Arbeitskräfteangebot um 1% führt nach unseren Ergebnissen bestenfalls zu einer Steigerung der Beschäftigungsquote um 0,1%.

Etwas deutlicher wären hingegen die Auswirkungen der Verschiebung der Struktur der Erwerbspersonen auf die Struktur der Arbeitslosigkeit und die Mobilität zwischen Regionen und Arbeitsplätzen. Die Ergebnisse einer Regressionsanalyse zeigen, dass ein steigender Anteil der jüngeren Arbeitskräfte an den Erwerbstätigen vor allem zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote der Personen im Alter von 15 bis 44 Jahren – also der Jungen und der Personen im Haupterwerbssalter – führt. Ein steigender Anteil der Älteren an den Erwerbspersonen korreliert hingegen signifikant negativ mit der Arbeitslosigkeit der Jüngeren, hat aber ansonsten keinen Einfluss auf die Struktur der Arbeitslosigkeit. Überdies erhöht ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot um 1% die gesamtwirtschaftliche Zugangsrate in die Beschäftigung um 0,3%, und ein Anstieg der Älteren um 1%, erhöht die Abgangsrate aus der Beschäftigung um 0,05%. Ein Anstieg des Anteils der Jüngeren am Arbeitskräfteangebot erhöht zudem die geografische Mobilität (gemessen an den Wegzügen aus einer Region um etwa 0,3% und an den Zuzügen in eine Region um 0,2%). Die sektoralen Auswirkungen der Alterung der Bevölkerung dürften hingegen – zumindest aufgrund der Erfahrungen der Vergangenheit – eher vernachlässigbar sein.

2.2.3 *Veränderungen der Bildungsstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung*

Nicht zuletzt werden die demographischen Entwicklungen der nächsten 20 Jahre – im Zusammenspiel mit dem schon seit mehreren Jahrzehnten bestehenden Trend zu einer stärkeren Bildungsbeteiligung der Bevölkerung – auch erhebliche Auswirkungen auf die Humankapitalbasis der in Österreich wohnhaften Bevölkerung haben, wobei die Tendenz eindeutig in Richtung einer Höherqualifizierung geht. Wenn sich die gegenwärtigen Trends der steigenden Qualifizierungsbeteiligung in den nächsten 20 Jahren fortsetzen, würde sich der Anteil der

Hochschulabsolventen/innen in Österreich im Jahr 2030 auf 26,0% (oder um annähernd 14 Prozentpunkte) erhöhen und jener der AHS/BHS-Absolventen/innen läge mit 17,5% um immerhin 2 Prozentpunkte über dem gegenwärtigen Wert. Dagegen würde in diesem Szenario vor allem der Anteil der Pflichtschul- und Lehrabsolventen/innen an der erwerbsfähigen Bevölkerung zurückgehen. Ersterer läge im Jahr 2030 bei 12,8% (um 9,8 Prozentpunkte niedriger als 2009), letzterer bei 43,1% (um 6,2 Prozentpunkte niedriger als 2009). Auch hier lassen sich einige Unterschiede zwischen den Bundesländern festmachen:

- So käme es in Tirol, Vorarlberg und Kärnten zu einem deutlichen Anstieg des Anteils der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit Universitätsabschluss (Tirol +18,9 Prozentpunkte (PP), Vorarlberg +18,3 PP, Kärnten +22,2 PP). In Tirol und Vorarlberg gehen diese Entwicklungen vor allem zu Lasten des Anteils der Pflichtschulabsolventen/innen, während der Rückgang bei den Lehrabsolventen/innen in beiden Bundesländern mit -6,6 PP (Vorarlberg) und 7,9 PP (Tirol) nur etwas über dem Durchschnitt, und der Anstieg bei den AHS/BHS-Absolventen/innen in Vorarlberg (mit +0,5 PP) sogar deutlich unter dem Bundestrend liegen würde. In Kärnten würde hingegen vor allem der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung mit Lehrabschluss sinken.
- In Oberösterreich und Niederösterreich würde hingegen der Anteil der Personen mit einer abgeschlossenen Lehrausbildung nicht schrumpfen. In Oberösterreich würde dieser Anteil in den nächsten 20 Jahren stagnieren und in Niederösterreich um 2 PP zulegen. Allerdings käme es in diesen Bundesländern zu einem überdurchschnittlichen Rückgang des Anteils der Pflichtschulabsolventen/innen an der erwerbsfähigen Bevölkerung (Niederösterreich -11,8 PP, Oberösterreich -16,5 PP).
- In Salzburg käme es demgegenüber zu deutlich schwächeren Verschiebungen der diversen Bildungsanteile als im übrigen Österreich. Hier wären vor allem der Rückgang bei den Pflichtschulabsolventen/innen (von -6,8 PP) und auch der Anstieg des Akademiker/innenanteils (von +10,9 PP) schwächer als in Österreich.
- In der Steiermark würden hingegen die Strukturverschiebungen im Bildungsanteil in den nächsten 20 Jahren stärker sein als im österreichischen Durchschnitt. Insbesondere würde hier der Anteil der Lehrabsolventen/innen (mit -8,2 Prozentpunkten) deutlich rascher sinken als im übrigen Österreich, während der Anteil der Akademiker/innen (mit +16,4 PP) stärker steigen wird.
- In Wien würde es – aufgrund der anhaltenden Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte – zu einem sehr geringen Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung mit Pflichtschulabschluss (um 2,4 PP), aber – aufgrund der anhaltenden Tertiärisierungstendenzen – zu einem deutlichen Rückgang des Anteils der Lehrabsolventen/innen (um 12,3 PP) kommen. Außerdem ist hier auch ein leichter Rückgang des Anteils der AHS/BHS-Absolventen/innen (um 1,2 PP) zu erwarten. Im Jahr 2030 dürfte Wien somit sowohl den höchsten Anteil an Akademikern/innen als auch den höchsten Anteil an Pflichtschulabsolventen/innen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufweisen.

- Im Burgenland wird es hingegen in den nächsten 20 Jahren zu einem starken Rückgang des Anteils der Pflichtschulabsolventen/innen an der erwerbsfähigen Bevölkerung kommen. Allerdings wird diese Entwicklung – bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre – nicht primär mit einem Anstieg des Akademiker/innenanteils einhergehen (dieser wird mit +9,4 PP unterdurchschnittlich stark steigen), sondern mit einem um 12,3 PP höheren Anteil der AHS/BHS-Absolventen/innen.

Insgesamt wird es bei Fortschreibung der Trends der letzten 10 Jahre bei den Frauen zu einem deutlich rascheren Rückgang des Anteils mit Pflichtschulabschluss kommen als bei den Männern. Frauen werden daher im Jahr 2030 eindeutig besser ausgebildet sein. Gleichzeitig werden die Älteren (über 45-Jährigen) im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2030 deutlich besser qualifiziert sein als heute. Die 45- bis 64-Jährigen des Jahres 2030 werden einen deutlich höheren Anteil der AHS/BHS-Absolventen/innen aufweisen. Der Akademiker/innenanteil wird in dieser Gruppe aber nur um 1,2 PP höher sein als heute, während der Anteil der Lehr- und Pflichtschulabsolventen/innen um 6,8 bzw. 6,2 PP geringer sein wird. Der Anteil der Akademiker/innen wird in den nächsten 20 Jahren daher vor allem aufgrund der nachkommenden jüngeren Kohorten (der 15- bis 29-Jährigen) zunehmen.

2.3 Teilbericht 3: Alterung und regionale Wettbewerbsfähigkeit

Für eine Beurteilung der ökonomischen Wirkungen der Alterung auf die österreichischen Bundesländer ist aber auch zentral, wie sich diese über die Wirkungskanäle eines geänderten Spar- und Konsumverhaltens, Arbeitskräfteangebotes und Produktivitätswirkungen auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Weil sich die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen über den Lebenszyklus ändert und die individuelle Leistungsfähigkeit eng mit Erfahrung, Ausbildung, Gesundheit – und somit Alter – in Verbindung steht, sind alterungsbedingte Änderungen in der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und im Konsumverhalten zu erwarten. Über verschiedenen Wirkungskanäle breiten sich diese auf die Gesamtwirtschaft aus. Ergebnis sind differenzierte regionale Wachstumspotentiale und Einflüsse auf die nationale und regionale Wettbewerbsfähigkeit.

In Teilbericht 3 werden deshalb die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die regionale Produktivitätsentwicklung und auf die regionale Konsumententwicklung untersucht. Basierend auf diesen Ergebnissen werden Szenarien zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und zur Wettbewerbsfähigkeit in den österreichischen Bundesländern erarbeitet.

2.3.1 Auswirkungen der Alterung auf die regionale Produktivität

In einem ersten Schritt wird dabei analysiert, inwieweit sich eine Veränderung der Altersstruktur auf die durchschnittliche Produktivität eines Bundeslandes auswirkt, und welche Alterskohorte am stärksten zum Produktivitätswachstum beiträgt. Dabei zeigt sich in umfassenden ökonometrischen Analysen, dass der demographische Wandel das Produktivitätswachstum signifikant beeinflusst. Nach den Ergebnissen verläuft der Zusammenhang zwischen demographischem Wandel und Produktivitätswachstum in Österreich umgekehrt U-förmig: Der

Beitrag zum Produktivitätswachstum ist im frühen (15- bis 34-Jährige) und späten (55- bis 64-Jährige) Erwerbsalter am geringsten. Die Kohorte der 35- bis 44-Jährigen hat den positivsten Einfluss auf das Produktivitätswachstum, der Einfluss der 45- bis 54-Jährigen ist nur unwesentlich geringer.

Der flache Produktivitätsverlauf im Haupterwerbsalter, sowie die Produktivitätsrückstände im frühen und späten Erwerbsalter werden auch von zahlreichen Erweiterungen bestätigt: Zusätzliche mögliche Wachstumsdeterminanten (Dichtemaße, Bevölkerungswachstum, Industrieanteil) bestätigen den umgekehrt U-förmigen Produktivitätsverlauf mit dem höchsten Beitrag zum Produktivitätswachstum der 35- bis 54-Jährigen und auch Ergebnisse aus einer dynamischen Spezifikation weisen auf einen umgekehrt U-förmigen Verlauf hin, wobei der Produktivitätswachstumsbeitrag über die Kohorten der 35- bis 54-Jährigen ebenfalls sehr flach verläuft. Schlussendlich gilt dieser Zusammenhang auch für die 35 österreichischen NUTS 3-Regionen. Eine mögliche Interpretation dieser Ergebnisse wäre, dass sich positive Erfahrungseffekte in jungen Jahren in einer Produktivitätssteigerung äußern, diese aber im späteren Erwerbsleben durch andere negative Effekte (z.B. auf Gesundheit, Wissen) kompensiert werden.

Basierend auf diesen Ergebnissen wird ein Produktivitätswachstumsszenario bis 2030 gebildet. Danach dürfte es ausschließlich durch die demographische Altersstrukturänderung (d. h. andere Faktoren werden konstant gehalten) in fast allen Bundesländern zu Produktivitätswachstumseinbußen zwischen etwa -1,3 und -0,7 Prozentpunkten kommen. Das einzige Bundesland, welches – aufgrund seiner demographischen Sonderentwicklung – in Bezug auf das Produktivitätswachstum vom demographischen Wandel profitiert, ist Wien.

2.3.2 Auswirkungen auf Sparquote und Konsumstruktur

In einem zweiten Schritt untersucht Teilbericht 3 die Bedeutung des Einflussfaktors ‚Alter‘ auf das Niveau und die Struktur des privaten Konsums. Nach einer Auswertung der Daten von 8.400 österreichischen Haushalten der Konsumerhebung 2004/2005 sind – wie zu erwarten – erhebliche Differenzen im Konsumverhalten eines Haushalts nach dem Alter des Haushaltsvorstands erkennbar. Betrachtet man die Entwicklung der Sparquote über den Lebenszyklus des Haushalts, so ist diese einzig in der Altersgruppe der unter 30-Jährigen mit -3,54% negativ. Danach steigt die Sparquote an, wobei die höchsten Werte – nach einem Abfall zu Beginn des Pensionsalters – im hohen Alter erzielt werden (10,29% bei den 70- bis 79-Jährigen bzw. 23,83% in der Altersgruppe ab 80 Jahren).

Auf dieser Grundlage würde die prognostizierte Alterung der Bevölkerung (unter der Annahme (konstanter Preis- und Einkommensstrukturen sowie stabiler Präferenzen und Konsumneigungen) bis 2050 zu einem Anstieg der Sparquote um 1,21 Prozentpunkte beitragen. Auf regionaler Ebene sind in Hinblick auf die altersspezifischen Sparquoten erhebliche Differenzen erkennbar. In Anbetracht dessen und aufgrund der differenzierten Bevölkerungsprognosen für die einzelnen Bundesländer variiert die geschätzte Entwicklung der Sparquote von

2010 bis 2050 zwischen einer Zunahme von 2,11 Prozentpunkten in Niederösterreich und einer Abnahme von 1,51 Prozentpunkten in Tirol.

Auch die Konsumstruktur der Haushalte unterscheidet sich je nach Alter des Haushaltsvorstandes. Insbesondere steigt der Konsumanteil von Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken, Wohnung, Beheizung, Beleuchtung sowie Gesundheitsleistungen mit dem Alter des Haushaltsvorstandes an. Den stärksten Rückgang mit dem Alter verzeichnet der Bereich der Verkehrsausgaben. Geben unter 30-Jährige und 40- bis 49-Jährige noch über 18% der Konsumausgaben für Güter und Dienstleistungen in diesem Bereich aus, sinkt der Wert bei den über 69-Jährigen auf unter 10%. Die Ausgaben für Bildung sind hingegen in den 40ern jeder Generation am höchsten, hervorgerufen durch Kinder im Schulalter. Für die künftige Entwicklung unter Einbeziehung der demographischen Trends heißt dies, dass die Budgetanteile für Verkehrsausgaben bis 2050 (bei unverändertem kohortenspezifischem Mobilitätsverhalten, siehe dazu aber Teilbericht 4) zu Gunsten von Ausgaben für Wohnung, Beheizung, Beleuchtung, Lebensmittel und alkoholfreie Getränke sowie Gesundheitsprodukte und -dienstleistungen an Bedeutung verlieren. Regional betrachtet reicht der anteilige Rückgang der Verkehrsausgaben dabei von -0,58 Prozentpunkten in Wien bis -1,47 Prozentpunkten im Burgenland. Die größte Zunahme an den Gesamtausgaben verzeichnet die Kategorie Wohnung, Beheizung, Beleuchtung mit einem Plus von 0,53 Prozentpunkten.

2.3.3 Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen

Letztlich wurden auf Basis dieser Ergebnisse Simulationen mit einem multiregionalen Modell für Österreich durchgeführt, welche die makroökonomischen Effekte auf der Ebene der Bundesländer abschätzen. Im ersten dieser Szenarien wurde die Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und der erwerbsfähigen Bevölkerung (wie für 2030 prognostiziert) in das Modell eingespeist und simuliert. Im zweiten und dritten Szenario stand die Veränderung in der Güterzusammensetzung des privaten und des öffentlichen Konsums – als die Nachfrageseite – im Mittelpunkt der Berechnungen. Sie sind nicht als punktgenaue Prognose zu interpretieren sondern verfolgen den Zweck, die Richtung und Größenordnung zu erwartender regionalwirtschaftlicher Veränderungen anzudeuten. Insgesamt zeigen die dabei erzielten Ergebnisse, dass die zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Effekte aus dem Alterungsprozess der Gesellschaft eher gering sind. Regionale Unterschiede sind zwar feststellbar, doch scheint der Alterungsprozess in keinem Bundesland gravierende Veränderungen in der regionalen Wirtschaftsleistung auszulösen. Auch größere Divergenz- oder Konvergenzentwicklungen in der gesamten Raumstruktur sind auf Basis dieser Modellberechnungen nicht zu erkennen.

Die prognostizierte Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität und der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter hat nach unseren Modellrechnungen aufgrund der komplexen makroökonomischen Wirkungsmechanismen, die zum Teil in unterschiedliche Richtungen gehen, praktisch keine Auswirkungen auf das Niveau der Bruttowertschöpfung auf nationaler Ebene. Die Beschäftigung dürfte hingegen leicht ansteigen, wobei dies für alle Bundesländer

mit Ausnahme Wiens gilt. In Wien unterscheidet sich die demographische Entwicklung stark von der in anderen Regionen, dementsprechend wird dort auch ein Anstieg der Produktivität erwartet, während sie in anderen Bundesländern sinken sollte. Dieser Produktivitätsanstieg verhindert Beschäftigungsgewinne.

Die Veränderung der Struktur des privaten Konsums bewirkt hingegen sowohl einen leichten Anstieg der Bruttowertschöpfung als auch der Beschäftigung bei sehr mäßigen regionalen Unterschieden. Die positiven Effekte können vor allem auf eine Verschiebung der Nachfrage zu Gütern mit einer relativ geringen Auslandsimportneigung (Nahrungsmittel, Gesundheit) bzw. weg von Gütern mit einer relativ hohen Importneigung (Treibstoffe, Kraftfahrzeuge, Tabakwaren) zurückgeführt werden.

Die im dritten Szenario unterstellte Verschiebung im öffentlichen Konsum hin zu Gesundheits- und Pflegeleistungen und weg von öffentlichen Verwaltungsleistungen – die aufgrund der damit verbundenen massiven Einschränkungen in der öffentlichen Verwaltung sehr stark hypothetischer Natur ist – senkt sowohl die Bruttowertschöpfung als auch das Beschäftigungsniveau, wobei in dieser Simulation die deutlichsten regionalen Unterschiede auftreten. Sie hängen nicht nur mit den regional unterschiedlichen Wertschöpfungs- bzw. Beschäftigungsanteilen in öffentlicher Verwaltung und Gesundheitswesen zusammen, sondern auch mit sonstigen strukturellen Gegebenheiten auf regionaler Ebene, etwa interregionalen Handelsströmen.

Insgesamt liegen die festgestellten Effekte in den meisten Szenarien bei unter +/-0,5% in der Wertschöpfung und +1,0% in der Beschäftigung. Die einzige Ausnahme bildet das Szenario mit geänderter öffentlicher Konsumstruktur dar. Hier führt der implizit angenommene Rückgang des öffentlichen Konsums zu etwas größeren Wertschöpfungs- und Beschäftigungsverlusten sowie zu regional deutlich unterschiedlichen Ergebnissen.

2.4 Teilbericht 4: Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Verkehrsnachfrage in den Regionen

Erhebliche Implikationen dürfte der demographische Wandel letztlich auf die künftige Personenmobilität und die Verkehrsnachfrage in den österreichischen Regionen ausüben. Sie sind gesellschaftlicher, politischer und technischer Natur und berühren die regionalen Strategien der Verkehrsnachfragesteuerung und der Siedlungsentwicklung. Zusammen mit den sich parallel vollziehenden Verhaltens- und Präferenzänderungen lassen unsere Ergebnisse langfristig spürbare räumlich-verkehrliche Konsequenzen erwarten. Für die österreichischen Regionen ergibt sich daraus ein Handlungsbedarf zur Anpassung der Prioritäten und Maßnahmen in Verkehrspolitik und -planung sowie beim Management und der Finanzierung der Infrastruktur. Die Wirkungen einer tendenziell alternden Gesellschaft und der räumlichen Heterogenität der demographischen Entwicklungspfade sollten daher noch verstärkt Eingang in die planerische und wissenschaftliche Diskussion über tragfähige Zukunftskonzepte im Verkehr finden.

Grundsätzlich sind Personenmobilität und die Wohnstandortwahl der Haushalte überwiegend regionale Phänomene. Obwohl viele Schlüsselerfordernisse für ein zukunftsfähiges Verkehrssystem, das den Anforderungen der Mobilität der künftigen Nachfragegruppen im Verkehr entspricht, weiterhin auf der Bundesebene liegen, sind die Regionen daher aufgefordert, den demographischen Wandel als wichtige Rahmenbedingung noch verstärkt in ihre Verkehrs- und Infrastrukturkonzepte aufzunehmen – umso mehr, als die regionale Bevölkerungsdynamik nicht zuletzt die Einnahmen der Gebietskörperschaften und somit die finanziellen Spielräume zur Umsetzung regionaler Strategien bestimmt.

2.4.1 Regional differenzierte Entwicklungen erfordern ebensolche Konzepte

Rückblickend haben die bisherigen regional differenzierten demographischen Prozesse und der soziale Wandel vor allem die österreichischen Ballungsräume und deren Akteure in der Verkehrs- und Raumplanung vor große Herausforderungen zur Lenkung der Verkehrsnachfrage gestellt. Die wachsende Motorisierung der Haushalte, großräumige Pendelverflechtungen, die weit verbreiteten Wohnstandortpräferenzen für Lagen im suburbanen Raum und der wachsende Freizeitverkehr haben mit dazu beigetragen, dass die Organisation des Alltags für viele Personen mit großem Verkehrsaufwand verbunden ist. In Summe haben diese Entwicklungen in den letzten Jahrzehnten zu einem außerordentlichen Wachstum der Verkehrsleistung im österreichischen Inlandsverkehr geführt. Der "Mehrverkehr" hat sich überwiegend auf dem hochrangigen Straßennetz (Autobahnen und Schnellstraßen) niedergeschlagen, dessen Länge seit 1990 nochmals um mehr als 20% zugenommen hat. Die hohen Erreichbarkeiten im Agglomerationsverkehr (vor allem im motorisierten Individualverkehr, weniger deutlich im öffentlichen Verkehr), die die nach wie vor fortschreitende Trennung der Funktionen Arbeit und Wohnen, aber auch Freizeit/Versorgung und Wohnen begünstigt hat, und die bisher nur zeitlich begrenzten Überlastungserscheinungen in den Netzen, werden die Haushaltsstandortwahl zugunsten des Umlands der Kernstädte auch in den kommenden Jahrzehnten beeinflussen.

Ob eine Stärkung der zentraleren Orte, die potentiell eine Minderung der Verkehrsleistung zur Folge hätte, einsetzt, hängt auch vom politischen Gestaltungswillen der Regionen ab. In wachsenden Regionen kann eine stärkere Konzentration der notwendigen zusätzlichen Siedlungsentwicklung auf gut mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu erschließende Lagen diese, aus Nachhaltigkeitssicht wünschenswerte, Entwicklung beeinflussen. In Regionen mit schwacher oder gar negativer Bevölkerungsdynamik sind differenziertere Strategien notwendig, die die Sicherung von Mindeststandards von Mobilität und Versorgung gewährleisten.

2.4.2 Derzeitige Muster des Verkehrsverhaltens im Lebenszyklus

Der demographische Wandel der kommenden Jahrzehnte ist insbesondere mit dem Prozess der allgemeinen Alterung verbunden. Die Anteile der Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung werden sich deutlich verschieben. Um die verkehrlichen Effekte der regionalen Bevöl-

kerungsdynamik besser zu verstehen, wurde daher eine Analyse der individuellen Verkehrsverhaltensmuster im Lebenszyklus angestellt. Danach variiert die Mobilität im Lebensverlauf vor allem mit dem Beschäftigungsstatus, aber auch mit der individuellen Pkw-Verfügbarkeit, die die Aktionsräume der Verkehrsteilnehmer maßgeblich mitbestimmt. Konkret kann das derzeitige Verkehrsverhalten der älteren Generation auf Basis unserer Ergebnisse folgendermaßen skizziert werden:

- Die Verkehrsteilnahme sinkt ab einem Alter von 75 Jahren deutlich. Trotzdem sind im Mittel ca. 80% dieser Altersgruppe aktiv und beteiligen sich am Verkehrsgeschehen.
- Ältere Menschen legen in der Regel etwas weniger Wege und deutlich kürzere Distanzen zurück als Jüngere, da nach der Pensionierung die verpflichtende Aktivität ‚Arbeit‘ entfällt.
- Die "freie Zeit" wird mit anderen Aktivitäten außer Haus, vor allem Freizeit und Einkaufen, gefüllt oder aber daheim verbracht.
- Studien zeigen seit langem (Mollenkopf et al., 1997), dass ein Großteil der Älteren mobil und aktiv sein möchte (und ist). Ein Rückzug ins Private findet erst dann statt, wenn der Gesundheitszustand das Verlassen der eigenen Wohnung nicht mehr erlaubt.
- Bei der Verkehrsmittelwahl der älteren Generation dominieren die privaten Verkehrsmittel, insbesondere das zu Fußgehen. Die Gründe dafür sind vielfältig: Einerseits ersetzt das zu Fußgehen die Nutzung anderer Verkehrsmittel, wenn bestimmte Mobilitätseinschränkungen bestehen, z.B. Pkw-Fahreinschränkungen durch Sehprobleme oder ähnliches. Zum anderen erfordert das zu Fußgehen weder den Besitz eines Führerscheins, die Verfügbarkeit eines Pkw oder den Besitz eines Fahrscheins für den ÖPNV. Schließlich wird in vielen Fällen das zu Fußgehen als gute Kombination des Weges mit der (Freizeit-/Einkaufs)Aktivität empfunden und als bewusste Strategie zur Erhaltung von Aktivität und Gesundheit gewertet.
- Automobilität fällt im Alter derzeit noch leicht gegenüber den anderen Lebensphasen ab, was auf den in den älteren Generationen noch geringeren Führerscheinbesitz, die geringere Pkw-Verfügbarkeit aufgrund von Einkommensrestriktionen, sowie den Gesundheitszustand zurückzuführen ist. Trotzdem werden schon heute z.B. in Vorarlberg bei den 65- bis 80-Jährigen 40 bis 60% der Wege mit dem Auto als Fahrer oder Mitfahrer zurückgelegt. In der Rückschau zeigt sich, dass ältere Verkehrsteilnehmer – und darunter vor allem die Frauen – verglichen mit den früheren Kohorten wesentlich häufiger die Lenkerberechtigung besitzen und öfter als je zuvor die Möglichkeit haben, ihren eigenen oder den Haushalts-Pkw zu nutzen. Damit tendiert für viele – natürlich mit regionalen Unterschieden – die Verkehrsmittelwahl in Zukunft zum motorisierten Individualverkehr zuungunsten des Umweltverbunds.
- Trotz der Bevorzugung privater Verkehrsmittel sind die Älteren eine wichtige Nachfragegruppe für den öffentlichen Personennahverkehr. Alle (längeren) Wege, die der-

zeit aus den genannten Gründen nicht mit dem eigenen Pkw und als Mitfahrer zurückgelegt werden können, werden in der Regel mit dem ÖPNV getätigt. Neben dem Schüler- und Ausbildungsverkehr und dem Pendlerverkehr in den Ballungsräumen ist der Einkaufs- und Freizeitverkehr der Älteren eine wesentliche Stütze der ÖPNV-Nachfrage.

- Die meisten Wege der Älteren – unabhängig von der Verkehrsmittelwahl – werden außerhalb der Hauptverkehrszeiten absolviert. Aufgrund der jeweiligen Aktivitätsanforderungen besteht generell ein unterschiedliches Zeitprofil der Mobilität gegenüber den jüngeren Altersgruppen.
- Bei einer detaillierten Betrachtung der Mobilität im Alter werden die heterogenen Verhaltensmuster der Gruppe der heutigen Senioren deutlich. Es wäre daher verfehlt, verallgemeinernd von der Mobilität der Älteren zu sprechen. Wie in allen anderen Bevölkerungskohorten bestehen differenzierte Lebensstile und Lebenslagen, die mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen der individuellen Mobilität einhergehen. Alter, Gesundheit und Einkommen sind auch im dritten Lebensdrittel wichtige Determinanten des Verkehrsverhaltens.

2.4.3 *Mobilitätsverhalten und Verkehrsnachfrage in der Zukunft*

Die Lebenssituation der älteren Generationen sollte in der Zukunft verstärkt folgende Charakteristika aufweisen:

- Senioren werden im Durchschnitt besser ausgebildet/gebildet sein als die heutigen Kohorten. Insbesondere ältere Frauen werden im Mittel ein höheres (formales) Bildungsniveau besitzen als im Jahr 2010.
- Die meisten Senioren werden in besseren finanziellen Verhältnissen leben und im Durchschnitt gesünder sein als bisher. Aufgrund der hohen Wohnstandort-Stabilität der Haushalte "verlagert" sich der Wohnort der über 65-Jährigen tendenziell in die Umlandgemeinden und -bezirke und in den ländlichen Raum.
- Die Freizeitgestaltung älterer Menschen wird sich aufgrund der bisherigen Lebenserfahrungen, der besseren Gesundheit, der finanziellen Bedingungen und der verstärkten Nutzung des Automobils diversifizieren und intensivieren.
- Die Lebenslagen und Lebensstile im Alter werden sich insgesamt weiter ausdifferenzieren.

Aus der Analyse des derzeitigen Verkehrsverhaltens der Älteren und der wahrscheinlichen Entwicklung der gruppenspezifischen verkehrlichen Rahmenbedingungen ergibt sich folgendes Szenario der individuellen Mobilität nach dem Austritt aus dem Erwerbsleben:

- Aufgrund des fast durchgehenden Führerscheinerwerbs in jungen Jahren und der hohen Pkw-Verfügbarkeit wird die Automobilität im Seniorenalter eine weit größere Rolle spielen als bisher. Die Pkw-Führerscheinbesitzrate und die Pkw-Verfügbarkeitsquote nähern sich allmählich dem Durchschnitt der erwachsenen Bevölkerung an.

- Das Wegeaufkommen der über 65-Jährigen wird aufgrund der besseren Gesundheit und der anderen Sozialisation von Pensionisten (z.B. breitere Nachfrage nach Freizeitaktivitäten) langsam zunehmen. Dies gilt insbesondere für Ältere mit Führerschein sowie Frauen (auch ohne Führerschein).
- Die täglich zurückgelegte Wegedistanz wird bei Älteren mit Pkw-Verfügbarkeit im Vergleich zu heute drastisch steigen. Die Tagesdistanzen der nicht motorisierten Pensionisten bleiben etwa auf dem derzeitigen Niveau. Insgesamt wächst der Anteil der Älteren an der gesamten Verkehrsleistung.
- Die Verkehrsmittelwahl wird sich aufgrund der breiteren Pkw-Zugänglichkeit der Senioren zugunsten des motorisierten Individualverkehrs verschieben.

Auf Basis dieser Erwartungen wurde eine Projektion für die Gesamtnachfrage im Verkehr erarbeitet, die die zu beobachtende Stabilität einerseits und die Dynamik der Verhaltensmuster im Lebenszyklus andererseits berücksichtigt. Danach muss im überwiegenden Teil der österreichischen Regionen von einer weiteren Zunahme der Verkehrsnachfrage der Bevölkerung ausgegangen werden. Nur in wenigen (demographisch schrumpfenden) Regionen ist ein moderater Rückgang des Gesamtaufkommens im örtlichen und überörtlichen Bereich bis zum Ende des Betrachtungshorizonts (2030) wahrscheinlich. Bei der prognostizierten fortschreitenden Zunahme der Motorisierung (vor allem bestimmter Bevölkerungsgruppen) wird der Pkw-Verkehr nach wie vor treibender Faktor des Wachstums der individuellen Verkehrsnachfrage sein – und dies in allen Teilräumen Österreichs. Aufgrund der Kapazitätsreserven in den bestehenden regionalen Straßennetzen wird ein Infrastrukturausbau trotzdem nur zur Beseitigung von (neuen) Engpässen nötig sein.

Kritischer dürfte sich die Situation bei der künftigen Angebotsgestaltung im ÖPNV entwickeln – zum Teil auch in Regionen bzw. Bezirken, in denen die Bevölkerung in Summe nicht zurückgeht. Aufgrund der in ländlichen Regionen dispersen Siedlungsstruktur und der fortschreitenden Zentralisierung von Standorten öffentlicher und privater Dienstleistungen, aber auch des prognostizierten Rückgangs der Schülerzahlen als Hauptnutzer des ÖPNV, ist die (wirtschaftliche) Tragfähigkeit der herkömmlichen Bedienungsformen gefährdet. Diese Herausforderung kann nur durch regional-angepasste Strategien der Flexibilisierung des Angebots und einer stärkeren Integration der verkehrlichen und räumlichen Planung begegnet werden.

3. Die Empfehlungen: Handlungsfelder einer den demographischen Wandel begleitenden Politik

3.1 Grundlegende Überlegungen

Insgesamt lassen unsere Ergebnisse für Alarmismus wenig Raum¹⁾. Szenarien, in denen der derzeit absehbare demographische Wandel massive wirtschaftliche Einbußen hervorruft, scheinen wenig wahrscheinlich, was freilich nicht heißt, dass dieser Wandel nicht eine große Herausforderung für die Wirtschaftspolitik darstellt. Im Gegenteil wird der in Zukunft erreichbare wirtschaftliche Entwicklungspfad nicht zuletzt dadurch bestimmt sein, inwieweit es gelingt, den alterungsbedingten Wandel wachstumsoptimal zu begleiten und zu moderieren.

In der Folge werden wesentliche Handlungsfelder für eine solche Politik abgegrenzt und wesentliche Maßnahmen benannt. Der Schwerpunkt wird dabei auf Aktivitäten der Bundesländer liegen, zentrale Maßnahmen werden aber auch ohne Rücksicht auf die konkrete Umsetzungskompetenz benannt. Der regionalen Differenzierung des Handlungsrahmens dienen die Ergebnisse eines Indikatorsystems, dessen methodische Grundlagen und Detailergebnisse in Anhang A1 dokumentiert sind. Es soll anhand einer Darstellung zentraler Kenngrößen zu den relevanten Themenbereichen Hinweise zu sinnvollen Schwerpunkten einer den demographischen Wandel begleitenden Politik in den einzelnen Bundesländern liefern.

Grundsätzliche Zielsetzung einer solchen Politik kann es nicht sein, die Alterung direkt zu beeinflussen oder die damit verbundenen Effekte auf das Bevölkerungswachstum zu verhindern²⁾. Sinnvoll scheint vielmehr das Ziel einer "ausgewogenen Humankapitalentwicklung" (Lutz, 2008), also der Sicherung einer Humankapitalbasis, die in quantitativer, aber auch qualitativer Hinsicht (also in Hinblick auf Skills, Teilhabe etc.) für eine die Wohlfahrt und Lebensqualität der Bevölkerung sichernde Produktion ausreicht.

Um diese Zielsetzung zu erreichen, sind – wie so oft – grundsätzlich reaktive und gestaltende Politikansätze denkbar:

- Als "reaktiv" wären in unserem Zusammenhang Politiken zur Anpassung an die sich ändernden demographischen Rahmenbedingungen zu verstehen – also der Versuch, politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Voraussetzungen so zu gestalten, dass der demographische Wandel friktionsarm und ohne Wohlfahrtsverluste bewältigt werden kann.

¹⁾ Zu den grundsätzlichen Gefahren einer solchen – oft interessengeleiteten – Attitüde für die makroökonomische Entwicklung vgl. Tichy (2007).

²⁾ Ersteres verbietet sich schon deshalb, weil die Alterung als Ergebnis ökonomischer, sozialer und medizinischer Fortschritte ja durchaus als positiv zu werten ist. Immerhin ermöglicht sie es den Menschen, ein in der Geschichte beispielloses, langes und angenehmes Leben zu führen. Letzteres würde einen Anstieg der Fertilitätsrate auf das Reproduktionsniveau bedingen, was zumindest kurz- und mittelfristig wenig realistisch erscheint (Lutz *et al.*, 2006). Zudem ist ein derartiges Ziel auch wohlfahrtstheoretisch kaum legitimierbar, weil eine moderate Abnahme der Kohortengrößen bei gleichzeitig intakter Ausbildung der nachwachsenden Generationen auch Vorteile bringen kann, die von höheren Pro-Kopf-Einkommen bis zu Umweltvorteilen reichen (Lutz, 2008).

- "Gestaltend" wären dagegen Politiken, die versuchen, die demographischen Rahmenbedingungen aktiv zu beeinflussen – auf mittlere Frist etwa durch Migrationspolitik bzw. attraktivitätssteigernde Maßnahmen in Abwanderungsregionen, längerfristig aber auch durch den Versuch, die anhaltend niedrige Geburtenrate wieder zu erhöhen.

Interessanterweise stehen beim Themenkreis Bevölkerungsentwicklung und Alterung in der wirtschaftspolitischen Diskussion – ganz anders übrigens als bei der zweiten großen mittelfristigen gesellschaftlichen Herausforderung, dem Klimawandel – vor allem reaktive Ansätze im Vordergrund (Lutz, 2007). Dies mag daran liegen, dass gestaltende Politiken angesichts der demographischen Trägheit erst auf längere Sicht wirken, sodass kurzfristig eher belastende denn entlastende ökonomische Effekte zu erwarten sind. Dennoch scheint es angesichts der Langfristigkeit des Problems geboten, in einem "Policy-Mix" beide Politikansätze zu verfolgen, zumal neuere Forschungen ("Low Fertility Trap Hypothese", Lutz et al., 2006; Testa, 2006) selbst verstärkende Effekte einer niedrigen Fertilität nicht ausschließen³⁾.

Insofern ist ein integrierter Ansatz anzustreben, der gestaltende und reaktive Politikinstrumente kombiniert. Dabei wären im Rahmen von Politiken zur *Beeinflussung* der demographischen Rahmenbedingungen regionale Bedingungen zu schaffen, die

- hinreichend günstige ökonomische und institutionelle Voraussetzungen für die Entscheidung zu Kindern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie garantieren (Familienpolitik, Abschnitt 3.2), und
- für die Aufnahme und Integration von Immigranten/innen entsprechende Voraussetzungen bieten (Migrationspolitik, Abschnitt 3.3).

Im Rahmen einer *Anpassung* an den demographischen Wandel wären zudem regionale Bedingungen zu schaffen, die

- Beschäftigung fördern und ein längeres aktives Erwerbsleben mit hoher Lebensqualität zulassen (Beschäftigungspolitik, Abschnitt 3.4)
- ein produktives und leistungsfähiges Wirtschaften unter geänderten Rahmenbedingungen erlauben (wachstumsorientierte Standortpolitik, Abschnitt 3.5), und
- die für eine alternde Gesellschaft notwendigen Infrastrukturen bereitstellen (Infrastrukturpolitik, Abschnitt 3.6).

In den folgenden Abschnitten werden für diese Handlungsfelder Maßnahmenvorschläge erarbeitet.

3.2 Familienpolitik: Familien unterstützen, Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern

Als explizites Ziel der Familienpolitik findet sich eine Steigerung der Fertilitätsrate zumindest in zentraleuropäischen Ländern (anders als etwa in Frankreich, Pailhé et al., 2008) kaum, was

³⁾ Niedrige Fertilitätsraten beeinflussen danach die gesellschaftlichen Vorstellungen über die "optimale" Familiengröße und damit die individuellen Kinderwünsche, was wiederum weiter sinkende Fertilitätsraten nach sich zieht.

mit der Sichtweise des Kinderwunsches als privater Entscheidung (*Barach et al.*, 2005), wohl aber auch aus der Geschichte zu erklären ist. Ansatzpunkt der Familienpolitik ist daher oft die Lücke zwischen dem Kinderwunsch und seiner Realisierung, die als Ausdruck finanzieller bzw. arbeitsbezogener Barrieren begriffen wird (*Becker*, 2003; *Goldstein et al.*, 2007). Allerdings scheint diese Operationalisierung nicht unproblematisch, weil sich die Einschätzungen zur "optimalen" Familiengröße in der Gesellschaft von jener für die eigene Familie deutlich unterscheiden (*Testa*, 2006) und über den Lebenszyklus substantiell wandeln (*Quesnel-Vallée – Morgan*, 2003; *Gauthie – Philipov*, 2008). Zudem zeigen Länder mit vergleichsweise hohen Fertilitätsraten oft hohe Werte für einen unrealisierten Kinderwunsch, während in Ländern mit niedriger Fertilitätsrate (etwa Österreich) oft kaum Diskrepanzen zwischen Fertilität und geäußertem Kinderwunsch sichtbar sind (*Lutz*, 2007)⁴.

Bertram (2006) stellt als Zielsetzung der Familienpolitik daher die horizontale Gerechtigkeit zwischen verschiedenen Lebensentwürfen in den Vordergrund. Dies bedeutet die Sicherung gleicher Partizipationschancen an gesellschaftlichen Prozessen wie Erwerbsleben, Ausbildung etc. auch bei einer Entscheidung für Kinder, gekoppelt mit einem fairen Ausgleich der ökonomischen Lasten zwischen den Eltern (Gender-Aspekt) sowie den Eltern und Personen ohne Kinder. Zudem sollte die Familienpolitik auch zur vertikalen Gerechtigkeit beitragen, also der Sicherung der Chancengleichheit für Kinder aus Familien mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und sozio-kulturellem Milieu dienen, sowie – worauf die *EU-Kommission* (2009) besonders hinweist – eine Senkung des Armutsrisikos für Haushalte mit Kindern bewirken⁵.

Für Österreichs Familienpolitik lässt sich gemessen an diesen Zielen ohne Zweifel Reformbedarf orten: Obwohl die Ausgaben für Familienleistungen mit weitgehend stabil etwa 3% des BIP⁶) im internationalen Vergleich hoch sind, bleiben Fertilitätsrate (2008: 1,41 bzw. nach UN 1,38; Europa 1,50, Schweden 1,87) und Kinderwunsch (siehe Fußnote 4) klar unter dem EU-Schnitt. Eine gegenüber der Gesamtbevölkerung höhere Armutsgefährdung von Kindern und Jugendlichen (nach Eurostat 15% gegenüber 12%)⁷ sowie eine anhaltende ökonomische Schlechterstellung von Frauen gegenüber Männern (vgl. etwa *Grünberger – Zulehner*, 2009; *Böheim et al.*, 2010) kommt – nicht zuletzt wegen der traditionell großen Bedeutung von Versorgungsleistungen innerhalb der Familie bei nur langsam erodierendem männlichen Familienernährermodell – hinzu.

⁴) Die durchschnittlich als ideal angesehene Familiengröße liegt in Österreich nach Ergebnissen der letzten Eurobarometer-Umfrage (*Testa*, 2006) bei 25 bis 39-jährigen Frauen bei 1,69 und bei 15-24-jährigen Frauen bei 1,59 Kindern. Sie ist damit in beiden reproduzierenden Alterskohorten niedriger als in allen anderen Ländern der EU 15 (Durchschnitt 2,24 Kinder).

⁵) EU-weit liegt das Armutsrisiko in alleinerziehenden Haushalten derzeit bei einem Drittel, gegenüber 16% in der Gesamtbevölkerung (*EU-Kommission*, 2009).

⁶) Bei sinkender Kinderzahl bedeutet diese Quotenkonstanz einen merklichen Anstieg der Förderung pro Kopf im Zeitablauf.

⁷) Regionale Auswertungen dieser Kenngröße innerhalb Österreichs sind angesichts der geringen Stichprobengröße der zugrunde liegenden Erhebung kaum interpretierbar. Die Kenngröße fehlt daher in dem im Anhang angeführten Indikatorset.

Insofern besteht in der Familienpolitik ohne Zweifel flächendeckend erheblicher Handlungsbedarf. Hinweise zu einer regionalen Differenzierung der Herausforderung lassen die Ergebnisse des genannten Indikatorsystems zum Bereich Familienpolitik (vgl. Anhang, Indikatoren zu Ziel A.1) zu. Abgebildet sind hier – wie auch in den entsprechenden Übersichten für die folgenden Politikbereiche – Kenngrößen, die über die Entwicklung der zu optimierenden Zielgröße (hier die Fertilitätsrate) seit 1995 Aufschluss geben sollen, aber auch solche, welche die Entwicklung von relevanten Subzielen sowie der dazu notwendigen Infrastruktur veranschaulichen (hier Kenngrößen zur Vereinbarkeit von Kindern und Beruf bzw. das quantitative und qualitative Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen)⁸.

Danach dürfte der Handlungsbedarf im Bereich Familienpolitik im Burgenland und abgeschwächt Tirol vergleichsweise geringer sein, während die Steiermark und Salzburg, aber auch Vorarlberg und Wien tendenziell einem höheren Problemdruck gegenüber stehen. Zwar ist die Fertilitätsrate (neben dem Burgenland mit dem freilich niedrigsten Niveau) auch in Wien seit 1995 signifikant gestiegen. Allerdings war dies hier mit einer schwachen Entwicklung der Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern verbunden, signifikant in Richtung Zielsetzung entwickelt hat sich diese Quote allein im Burgenland, in Tirol und Vorarlberg. Dagegen zeigen Quantität und Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen in allen Bundesländern in die richtige Richtung, wobei aber anzumerken bleibt, dass die regionalen Unterschiede gerade bei der Betreuungsquote der 0 bis 2-Jährigen (6,5% bzw. 6,7% in der Steiermark und Oberösterreich, 25,5% in Wien) und der Pflichtschul Kinder (4,4% bzw. 5,6% in Tirol und der Steiermark, 29,9% in Wien) erheblich sind und die Betreuungsquote von Kleinkindern auch im österreichischen Durchschnitt kaum den halben Wert des Barcelona - Ziels (33%; *Europäischer Rat*, 2002) erreicht⁹.

Maßnahmenvorschläge zur Verbesserung der Situation können an der spezifischen Verteilung familienbezogener Leistungen in Österreich ansetzen, die durch eine international durchaus unübliche Konzentration auf direkte monetäre Transfers an Eltern (78% der gesamten Leistungen; rund 2,4% des BIP, OECD 1,3%) gegenüber steuerlichen Erleichterungen (7%) und vor allem Realtransfers (rund 11%; 0,5% des BIP, OECD 0,8%) gekennzeichnet ist (*Festl et al.*, 2010). Dies ist insofern wenig effizient, als die Fertilität nach umfangreicher empirischer Evidenz (etwa *Gauthier – Hatzius*, 1997, *Pailhé et al.*, 2008) kaum mit der Höhe von Geldleistungen korreliert, aber deutlich (positiv) durch den Zugang zu unterstützenden Dienstleistungen (vor allem institutionalisierte Betreuung für jüngere Kinder) sowie die Erwerbsbeteiligung von Frauen beeinflusst wird (*EU-Kommission*, 2009). Auch der Kinderwunsch scheint empirisch vor allem durch

⁸) Für eine detaillierte Darstellung der verwendeten Methodik und deren statistische Umsetzung siehe Anhang (Abschnitt A1.1 und A1.2).

⁹) Zu den Betreuungszeiten als weiterer wesentlicher Dimension der Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen liegen Daten nicht in ausreichend langer Zeitreihe vor. Zuletzt (2009/10) lag der Anteil von Kinderbetreuungseinrichtungen mit Öffnungszeiten von 8 oder mehr Stunden in Österreich bei 61,9%, regional schwankte dieser Anteil zwischen 93,5% in Wien bzw. mehr als 60% in Niederösterreich, dem Burgenland und Salzburg einerseits, und Anteilen um oder unter einem Drittel in Vorarlberg und Tirol andererseits. Die durchschnittliche Zahl der Schließtage lag in Österreich bei 30,9, auch dies mit hoher regionaler Varianz (Wien 7,8; Steiermark 58,7) (*Statistik Austria*, 2010).

die Beschäftigungssituation, ihrer für den Fall einer Kinderentscheidung erwarteten Änderung, sowie den bestehenden Möglichkeiten der Kinderbetreuung determiniert (Neyer – Rieck, 2009). Dies korrespondiert mit Ergebnissen aus Systemvergleichen (etwa McDonald, 2006; Bock-Schappelwein et al., 2009; Famira-Mühlberger et al., 2010), die regelmäßig höhere Fertilitätsraten und Frauenerwerbsquoten in Ländern mit kurzen und flexiblen Karenzregelungen und einem universellen Zugang zu qualitativ hochwertiger und erschwinglicher Kinderbetreuung (wie etwa den nordischen Ländern) finden, während Länder mit langen Karenzzeiten und einer Tradition ungebundener und einkommensunabhängiger Transfers (etwa Deutschland und Österreich) zurückliegen.

Umschichtung von Transferleistungen zu Sachleistungen

Wesentlicher Ansatzpunkt zur Effizienzsteigerung in der Familienpolitik wäre damit eine Schwerpunktverlagerung im Maßnahmenmix von ungebundenen Geldleistungen zu Sach- und Dienstleistungen, was angesichts der unterschiedlichen Kompetenzschwerpunkte (Bund: eher Geldleistungen, Land/Gemeinden: eher Sach- und Dienstleistungen) mit einer entsprechenden Umschichtung von Ressourcen zwischen den Gebietskörperschaften einhergehen müsste. Eine solche Lösung würde neben dem eigentlichen Ziel einer Verbesserung der Anreizstrukturen in Richtung einer Entscheidung für Kinder auch mehreren anderen Zielen dienen, die in Zusammenhang mit dem demographischen Wandel von Bedeutung sind:

Zu nennen ist hier zunächst die Armutsbekämpfung: Transfers decken (im günstigen Fall) zwar die direkten kinderbezogenen Verbrauchsausgaben ab, kaum aber die vollen (im Vergleich hohen) Opportunitätskosten aus dem entgangenen Erwerbseinkommen des betreuenden Elternteils (Lutz, 2003). Effiziente Dienstleistungen, die eine Vereinbarkeit von Kindern und Beruf erlauben, können daher die finanzielle Haushaltssituation in Alleinerzieher/innen-Haushalten (über eine mögliche zumindest teilweise Berufstätigkeit) und Paar-Haushalten (über ein zweites vollwertiges Einkommen) wesentlich verbessern (EU-Kommission, 2009).

Wesentliche Vorteile böte eine derartige Vorgehensweise auch für die Sicherung eines hohen Erwerbspotentials und die Gender-Gerechtigkeit: Zwar sollte theoretisch jede Intervention, welche die Kosten der Kindererziehung und -betreuung senkt, positive Wirkungen auf die Kinderentscheidung und die Erwerbstätigkeit von Frauen haben, weil ja auch Geldleistungen für den Zukauf von Kinderbetreuung eingesetzt werden können (Del Boca – Pasqua, 2005). Allerdings wirkt diesem Effekt im Fall ungebundener und einkommensunabhängiger Geldleistungen ein Einkommenseffekt entgegen: Laut ökonomischer Theorie schränken rationale Individuen bei einkommensunabhängigen Transfers ihr Arbeitsangebot ein (Steiner - Wrohlich, 2006), wobei dies in Partnerhaushalten sinnvollerweise der Partner mit dem geringeren Einkommen (also meist Frauen) tun wird. Empirisch ist die Dominanz dieses negativen Effekts auf das Arbeitskräfteangebot von Frauen vielfach belegt¹⁰.

¹⁰⁾ Vgl. auf internationaler Ebene etwa Del Boca et al. (2007), Del Boca – Pasqua (2005), Jaumotte (2003), Schöne (2003), Naz (2004) oder Kornstad-Thorensen (2000). Auch für Österreich ist eine ähnliche Wirkung für die Einführung

Insgesamt sollte diese Umschichtung also eine Verlagerung von informeller Haushaltsproduktion auf den Erwerbsarbeitsmarkt auslösen, was insgesamt wohlfahrtssteigernde Effekte erwarten lässt (Biffi, 2007; Stadelmann – Steffen, 2008). Neben dem (erheblichen)¹¹⁾ Anstieg sozialversicherungsrechtlich abgesicherter Beschäftigung (und damit der Verbesserung des sozio-ökonomischen Status der Betroffenen) wären hier vor allem Effizienzsteigerungen aus Spezialisierung und Arbeitsteilung zu nennen, namentlich aus einer Professionalisierung der und Skaleneffekten in der Kinderbetreuung selbst, aber auch durch den Abbau der massiven Fehlallokation der Ressourcen, die eine lange Kinderbetreuungszeit von Frauen mit (zunehmend) guter, aber nicht einschlägiger Ausbildung rein ökonomisch darstellt.

Erhöhung der Treffsicherheit auf der Transfer- und Steuerseite

Auf der Seite der Geld- und Steuerleistungen könnte der vorgeschlagene Paradigmenwechsel vor allem durch eine Erhöhung der Treffsicherheit vorhandener Instrumente unterstützt werden.

So wäre auf steuerlicher Seite die generelle Förderung von Alleinverdienern im ehelichen Zusammenhang (Alleinverdienerabsetzbetrag) in Frage zu stellen, weil sie massive Anreize zur Nicht-Erwerbstätigkeit setzt. Eine Beschränkung des AVAB auf Familien mit Kindern würde erhebliche Mittel freisetzen, die zu einer Mehrdotierung von Realtransfers bzw. Dienstleistungen verwendet werden könnten (Festl et al., 2010)¹²⁾. Zudem erschiene es sinnvoll, den Kinderfreibetrag wegen seiner Degressionswirkungen und administrativen Kosten in den Kinderabsetzbetrag zu integrieren, weitergehend könnte ein unabhängig von der Einkommenshöhe auszahlender Betreuungsbonus die Degressionswirkungen einer steuerlichen Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten vermeiden.

In der Karenzregelung wäre stärker zu berücksichtigen, dass nach empirischen Erkenntnissen sowohl eine zu kurze, als auch eine lange Karenzphase negativ auf die Erwerbsbeteiligung wirkt: Zu kurze Dauern erhöhen die Wahrscheinlichkeit eines (sofortigen) vollständigen Rückzugs aus dem Arbeitsmarkt bei Schwangerschaft, während (zu) lange Karenzzeiten Berufserfahrungen und –fähigkeiten entwerten und damit Folgerisiken in Form von Problemen der Reintegration sowie einer langfristigen Reduktion der Einkommens- und Karrierechancen verursachen (OECD, 2007)¹³⁾. Sinnvoll wäre daher die Weiterentwicklung bestehender Regelungen zu einem einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld mit kurzer Bezugsdauer (maxi-

des Kinderbetreuungsgeldes als einheitlicher Pauschalleistung unabhängig vom Einkommen dokumentiert (Lutz, 2004, Biffi, 2006).

¹¹⁾ Beschäftigungseffekte ergeben sich durch den erleichterten Zugang von informell Betreuenden zum Arbeitsmarkt einerseits und neuen Beschäftigungsmöglichkeiten im Bereich der sozialen Dienstleistungen andererseits und sind in ihrer Größenordnung nicht unerheblich (Alteneder et al., 2003).

¹²⁾ Eine radikalere Lösung wäre eine gänzliche Umwandlung des AVAB in eine negative Einkommensteuer oder alternativ in eine steuerliche Absetzbarkeit von privatwirtschaftlich organisierten Betreuungsdiensten in Verbindung mit zweckgebundenen Transfers für Haushalte mit niedrigem Einkommen (Biffi, 2006a).

¹³⁾ Belege für die negativen Effekte langer Karenzzeiten auf die Erwerbstätigkeit finden sich in Ronsen – Sundström (2002), Ondrich et al. (2003), Ruhm (1998) oder Jaumotte (2003).

mal 2 Jahre) und Flexibilität in der Inanspruchnahme (z.B. Karenzkontosystem). Dabei wäre ein wesentlicher (und bei Nicht-Inanspruchnahme verfallender) Teil Vätern vorzubehalten, um die Inanspruchnahme der Elternkarenz durch Väter zu unterstützen.

Ausbau qualitativ hochwertiger Kinderbetreuung als Bildungsinvestition

Schlüssel für die Stärkung der Vereinbarkeit von Kindern und Beruf ist freilich der weitere Ausbau einer erschwinglichen, ganztägig verfügbaren und qualitativ hochwertigen außerhäuslichen Kinderbetreuung. Ihr Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeit von Frauen ist vielfach belegt¹⁴⁾, auch für Österreich sind erhebliche Effekte zu erwarten¹⁵⁾. Jüngste Schritte dazu sind zu begrüßen, vor allem im Bereich der Kleinkinder sowie der Nachmittagsbetreuung von Pflichtschulkindern sind jedoch massive Defizite verblieben. So weist Österreich mit zuletzt 14% (Steiermark 6,5%, Wien 25,5%) gemeinsam mit Deutschland die geringste Betreuungsquote bei 0 bis 2-jährigen Kindern unter den EU-Ländern auf, auch die Erwerbsquoten von Müttern mit Kindern in dieser Altersgruppe sind in beiden Ländern die geringsten in der EU. Damit werden die Barcelona-Ziele, die bis 2010 eine Versorgungsquote von 33% bei den unter 3-Jährigen vorsehen (*Europäischer Rat*, 2002), massiv verfehlt. Auch in Öffnungszeiten und Flexibilität der Einrichtungen sind Defizite verblieben, die eine Vereinbarkeit mit einer Erwerbstätigkeit einschränken.¹⁶⁾

Insgesamt sind für den weiteren quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung damit erhebliche Anstrengungen erforderlich. Sie sind vor allem durch die regionale Ebene zu leisten, ihre Dotierung sollte aber auch aus den im Zuge der vorgeschlagenen Schwerpunktverlagerung frei werdenden Mitteln erfolgen. Bei der Umsetzung dieses Ausbaus sollten auch privatwirtschaftliche Anbieter eingebunden werden. Denkbar wäre etwa, das Recht auf einen Kinderbetreuungsplatz über einen Kinderbetreuungscheck (als zweckgebundene Subjektförderung) zu administrieren, welcher für akkreditierte Betreuungseinrichtungen verwendet werden kann¹⁷⁾. Dabei wären für die Anbieter einheitliche und verbindliche Qualitätsstandards (Betreuungsschlüssel, notwendige Qualifikationen etc.) zu setzen, die auch einer räumlichen Ungleichverteilung in der Ausstattung entgegenwirken.

Grundsätzlich wäre ein derartiger Ausbau der Betreuungsinfrastruktur jedenfalls als wesentliche Bildungsinvestition zu werten, wird die Lernfähigkeit doch im frühkindlichen Alter erwor-

¹⁴⁾ Vgl. dazu die in *Bock-Schappelwein et al.* (2003) dokumentierte Literatur.

¹⁵⁾ Nach den Ergebnissen einer Regressionsanalyse zum regionalen Zusammenhang der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit dem Angebot an außerhäuslicher Kinderbetreuung für unter 3-Jährige in den politischen Bezirken Österreichs würde eine Ausweitung des Betreuungsangebots um 10 Prozentpunkte eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen um 1,5 Prozentpunkte nach sich ziehen (*Falk – Leoni*, 2008).

¹⁶⁾ So schließen bei deutlichen regionalen Unterschieden derzeit 64,8% der Krippen, 64,2% der Horte und 87,1% der Kindergärten in Österreich vor 18 Uhr, 38,1% der Tageseinrichtungen haben Öffnungszeiten von unter 8 Stunden. Die durchschnittliche Betriebsunterbrechung in Sommer- und Weihnachtsferien beträgt rund fünf Wochen, was in den meisten Fällen dem vollen Jahresurlaub erwerbstätiger Eltern entspricht (*Statistik Austria*, 2010).

¹⁷⁾ Dies würde starke Anreize für eine Inanspruchnahme schaffen, da die ausgegebenen Gutscheine sonst verfallen. Zudem sind auch qualitätssteigernde Effekte zu erwarten, da potentielle Anbieter den Anreiz hätten, ihre Angebote an die Bedarfslage von Eltern und Kinder anzupassen (*Aiginger et al.*, 2008).

ben. Außerhäusliche Betreuung hätte damit auch die Chance, der ungleich verteilten Kapazität der Eltern zur gezielten Förderung dieser Lernfähigkeit entgegenzuwirken und so einen Beitrag zum Abbau sozialer Vererbung und zur Erhöhung der intergenerativen Mobilität zu leisten.

Innovative Betreuungslösungen im ländlichen Raum

Allerdings wird es gerade in peripheren Räumen trotz verstärkter Ressourcen nicht immer möglich sein, flächendeckend institutionalisierte Betreuungsinfrastrukturen anzubieten. Hier könnte der Aufbau regionaler Versorgungsstrukturen durch lokale, gemeinnützige Organisationen (etwa Tagesmütter-Vereine, soziale Betriebe o.ä.) unterstützt werden, in denen qualifizierte Fachkräfte mit angelernten Personen zusammenarbeiten, und die eine sozialversicherungsrechtlich abgesicherte Beschäftigung in der Kinderbetreuung bieten (Biffel, 2006c). Die regionale Wirtschaftspolitik könnte einen derartigen, weitgehend dezentral durch lokale Akteure organisierten Übergang von informeller Haushalts- zur Erwerbsarbeit durch entsprechende Rahmenbedingungen unterstützen – etwa durch Internet-Börsen oder regionale One-Stop-Shops, welche die (den einzelnen Akteuren fehlende) Transparenz über regionale und lokale Bedarfe bzw. Angebote herstellen und ihr Matching ermöglichen. Zudem müsste die Politik auch hier einheitliche Qualitätsstandards vorgeben und ihre Einhaltung durch Kontrollen sicher stellen.

Jedenfalls wäre eine solche Bereitstellung sozialer Dienstleistungen im Rahmen von gemeinnützigen Vereinen – wie sie sich im Übrigen auch für die Pflege, als zweitem großen Problem-bereich informeller Erziehungsarbeit eignet – eine soziale Innovation, die lokale Potentiale hebt und stabile Arbeitsplätze auf lokaler Ebene schafft. Zudem ermöglicht sie es den von informeller Haushaltsarbeit entlasteten Frauen, ihre Pendeldistanz auszuweiten und damit ihre Einkommenschancen zu verbessern (deren Stabilität im Lebenszyklus wiederum für die Fertilität wichtig ist). All dies könnte letztlich einen merklichen Beitrag zur Verminderung von Abwanderung aus ländlich-peripheren Gebieten leisten und damit der gezeigten Tendenz einer räumlichen Polarisierung durch die demographische Entwicklung entgegenwirken.

Stärkung der "Work-Life-Balance" in Unternehmen und Ausbildungseinrichtungen

Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Kindern und Beruf können freilich nicht mit der Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen mit erwerbsfreundlichen Öffnungszeiten enden. Anspruch einer nachhaltigen Familienpolitik müsste es vielmehr sein, eine entwicklungsoptimale Lebensumwelt für die Kinder zu schaffen (Bertram, 2006). Vereinbarkeit ist damit nicht nur daran zu messen, wie gut Kinderbetreuungseinrichtungen den beruflichen Arbeitszeiterfordernissen angepasst sind, sondern auch daran, inwieweit die Arbeits(zeit)organisation und innerbetriebliche "Kultur" der regionalen Unternehmen stabile Wechselbeziehungen zwischen Kindern und ihren Eltern zulassen bzw. ihrerseits familiäre und kindliche Bedürfnisse berücksichtigen.

Lohnende Aufgabe der regionalen Wirtschaftspolitik wäre es hier, das Bewusstsein für die (auch) betriebswirtschaftlichen Vorteile von Maßnahmen zur Verbesserung der "Work-Life-Balance"¹⁸⁾ in den regionalen Unternehmen zu stärken. Wichtig wäre es hier, zusammen mit den Sozialpartnern auf die Bereitstellung zusätzlicher Vereinbarkeitsoptionen (etwa von Möglichkeiten der Teilzeit- und Telearbeit, des Job-Sharing, von Modellen der Arbeitszeitflexibilisierung, der Freistellung für die Betreuung kranker Kinder o.ä.) durch die regionalen Unternehmen hinzuwirken und deren Nutzung durch Mütter wie Väter anzuregen. Zudem wäre die im Familienpaket 2009 eingeführte Möglichkeit eines steuer- und sozialversicherungsfreien Arbeitgeberzuschusses zu den Kinderbetreuungskosten verstärkt zu bewerben, auch die Förderung von Unternehmenskooperationen zur Errichtung gemeinsamer Betreuungseinrichtungen könnte sinnvoll sein.

Ähnlich lassen schließlich auch einschlägige Maßnahmen in den regionalen Institutionen des (höheren) Ausbildungssystems deutliche Effekte auf die Fertilität erwarten (*Landtag Baden-Württemberg*, 2005). So hat sich in Österreich das Alter von Müttern bei der Geburt des ersten Kindes von (1984) durchschnittlich 24,1 Jahren bis 2009 um 3,6 Jahre erhöht. Dies verkürzt das Zeitfenster, in dem Frauen Kinder bekommen können und ist damit (bei weitgehend stabilem Anteil kinderloser Frauen) wesentliche Determinante für die Verringerung der Zahl der Kinder pro Frau. Wichtige Ursache dafür sind verlängerte Ausbildungszeiten, zumal die meisten Erstgeburten in ganz Europa erst nach Abschluss der Ausbildung stattfinden (*Billari – Philipov*, 2004). Die Modularisierung von Bildungsabschnitten in den kritischen Bildungsstufen (im Wesentlichen die tertiäre Ausbildung) und institutionelle Vorkehrungen zur Vereinbarkeit von Ausbildung und Familie (etwa verbesserte Kinderbetreuungseinrichtungen an den Universitäten) könnten damit positive Effekte hervorbringen, ebenso natürlich wie eine effiziente Studienorganisation und damit kürzere Ausbildungszeiten.

3.3 Migrations- und Integrationspolitik: Externe Ressourcen nutzen, Integrationschancen erhöhen

Ein zentraler Faktor, der in den nächsten beiden Jahrzehnten nach den vorliegenden Bevölkerungsprognosen ein deutliches Sinken der Zahl der Erwerbspersonen in Österreich verhindern kann, ist die Zuwanderung ausländischer Arbeitskräfte. Allerdings stellt hohe Zuwanderung auch eine erhebliche Herausforderung für die Integrationsfähigkeit der aufnehmenden Gesellschaft dar, die in Österreich erst noch bewältigt werden muss. So zeigt eine Fülle von Studien (vgl. *Huber*, 2010 für einen Überblick), dass sowohl Migranten/innen als auch deren Kinder in Österreich sowohl am Arbeitsmarkt als auch in ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und in der Ausbildung gegenüber der einheimischen Bevölkerung benachteiligt sind. Im Ausland geborene Einwohner/innen in Österreich sind in allen Regionen in höherem Ausmaß armutsgefährdet, zeigen – vor allem im Haupterwerbssalter – eine geringere Erwerbs-

¹⁸⁾ Qualitative Studien (etwa *Astor – Steiner*, 2005; *Pecher*, 2008) zeigen, dass betriebliche Maßnahmen zur Erleichterung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben verringerte Fehlzeiten sowie eine höhere Arbeitszufriedenheit und Motivation auslösen können und damit produktivitätssteigernde Effekte generieren.

beteiligung, sind verstärkt durch Arbeitslosigkeit betroffen und arbeiten oftmals in Berufen, die eine geringere Qualifikation erfordern, als sie tatsächlich aufweisen – arbeiten also überqualifiziert. Zudem sind Ausländer/innen schlechter ins Bildungssystem integriert, und auch am Wohnungsmarkt bestehen Anzeichen einer Benachteiligung von Personen mit Migrationshintergrund. Migranten/innen sind also eine mit besonderen Problemlagen behaftete Arbeitsmarktgruppe, deren Bedeutung in den nächsten Jahren deutlich zunehmen wird.

Der Kern der Problematik ist schon für die jüngere Vergangenheit anhand der Ergebnisse unseres Indikatorensystems (Anhang; Indikatoren zu Ziel A.2) sichtbar. Danach hat die Nettozuwanderungsquote aus dem Ausland seit 1995 in allen Bundesländern außer Niederösterreich signifikant zugenommen, vor allem in Wien und (abgeschwächt) den westlichen Bundesländern und Kärnten wirkt dies einem negativen Binnenwanderungssaldo entgegen. Gleichzeitig sind aber auch die Probleme für Ausländer/innen in der Ausbildung (gemessen an deren relativem Anteil in höheren Ausbildungen) und am Arbeitsmarkt (gemessen an der relativen Arbeitslosenquote, hier mit Ausnahme von Salzburg und Tirol) eher größer geworden.

Tatsächlich sind Personen mit Migrationshintergrund in Österreich schon gegenwärtig eine gewichtige Bevölkerungsgruppe. Sie wird in Zukunft noch deutlich anwachsen. Laut Daten der Arbeitskräfteerhebung 2009 liegen die Anteile der wohnhaften Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den meisten Bundesländern derzeit zwischen 15% und 25%, nur im Burgenland ist dieser Anteil mit 14,3% etwas geringer, während er in Wien (mit 44,6%) und Vorarlberg (30,8%) deutlich höher liegt. Geht man von der in der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose unterstellten Zuwanderungsdynamik aus, sind bis 2030 in allen österreichischen Bundesländern Anteile von Personen mit Migrationshintergrund jenseits der 20% zu erwarten.

Übersicht 3.1: Anteil verschiedener Gruppen mit Migrationshintergrund an der wohnhaften Bevölkerung in Österreich nach Bundesländern und Bevölkerungsdichte 2009, in %

	Im Ausland Geboren	Zweite Generation	Migrationshintergrund
Wien	28,0	16,7	44,6
Niederösterreich	9,2	8,4	17,5
Burgenland	7,9	6,4	14,3
Steiermark	8,5	6,6	15,1
Kärnten	9,1	7,1	16,2
Oberösterreich	11,9	9,1	21,0
Salzburg	14,3	10,6	24,9
Tirol	13,9	12,3	26,3
Vorarlberg	16,1	14,7	30,8
Österreich	14,3	10,5	24,8
<i>Bevölkerungsdichte</i>			
Hoch	24,7	15,8	40,6
Mittel	11,5	10,0	21,5
Niedrig	6,6	5,9	12,6

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung 2009, WIFO-Berechnungen.

Zudem tritt Zuwanderung regional konzentriert auf, wobei vor allem die Städte als Zielregionen dominant sind. So liegt der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte (EUROSTAT-Definition) schon derzeit bei über 40%, in den Regionen mit geringer Bevölkerungsdichte ist ihr Anteil dagegen mit 12,6% ungleich niedriger.

Dementsprechend wichtig wird es sein, eine nach verschiedenen Zielgruppen unter den Personen mit Migrationshintergrund differenzierte Integrationsstrategie zu erarbeiten, die auch regional unterschiedlich gestaltet ist, um die je spezifischen Problemlagen auf regionaler Ebene ausreichend zu erfassen. So wird die prognostizierte Zuwanderung aus dem Ausland in Wien (auch nach Berücksichtigung der Abwanderung von Inländer/innen in das Umland) – wie in allen städtischen Regionen – durchaus ausreichen, um ein Absinken der Zahl der Erwerbspersonen zu verhindern. Allerdings werden hier (ebenso wie in allen anderen städtischen Regionen) aufgrund des hohen Anteils von Personen mit Migrationshintergrund Maßnahmen der Integrationspolitik prioritär sein.

In Niederösterreich und der Steiermark werden dagegen positive Impulse aus der Binnenwanderung die schwächere Entwicklung der Zuwanderung kompensieren, sodass hier aufgrund der geringeren Anzahl der Personen mit Migrationshintergrund ein – mit Ausnahme der städtischen Regionen – insgesamt etwas geringerer integrationspolitischer Handlungsbedarf auftreten wird. Dafür werden hier (trotz insgesamt positivem Binnenwanderungssaldo) angesichts räumlich deutlich unterschiedlicher demographischer Entwicklungen Bedarfe nach Politiken zur Eindämmung von Abwanderung aus benachteiligten Teilgebieten entstehen. Ähnliches gilt für Kärnten, wo die rückläufige Bevölkerungsentwicklung durch die Binnenwanderung verstärkt wird, und zum Teil auch für das Burgenland, wo allerdings die nach derzeitigen Prognosen deutlich höhere Zuwanderung aus dem Ausland eine stärkere Thematisierung integrationspolitischer Handlungsoptionen erfordert. In den Bundesländern in Westösterreich sollten der negative Binnenwanderungssaldo und der höhere Anteil an Personen mit Migrationshintergrund letztlich ebenfalls einen erheblichen integrationspolitischen Handlungsbedarf begründen. Auch hier werden zudem stabilisierende Maßnahmen für periphere (inneralpine) Gebiete notwendig sein.

Insgesamt wird integrationspolitischen Bemühungen bei aller räumlichen Differenzierung freilich in allen Bundesländern eine große Bedeutung zukommen, zumal die Benachteiligung einer großen (und wachsenden) Bevölkerungsgruppe in Qualifizierung und Erwerbsarbeit ökonomisch als Verschwendung knapper Ressourcen zu werten ist. Zudem können die besonderen Probleme der ausländischen Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt als Konsequenz einer weit breiteren gesamtgesellschaftlichen Problematik gerade im regionalen und lokalen Kontext gut angesprochen werden, da Integration immer stark an die lokalen Gegebenheiten gebunden ist.

3.3.1 Maßnahmen im Bereich der Migrationspolitik

Wesentliche Ansatzpunkte zu einer friktionsarmen Zuwanderung liegen dabei in der Migrationspolitik selbst.

Fokussierung auf die Zuwanderung Höherqualifizierter

Hier ist festzuhalten, dass ausländische Arbeitskräfte in Österreich – trotz spürbarer Verbesserungen in den letzten Jahren – im internationalen Vergleich immer noch schlecht qualifiziert sind: Nach Daten der OECD war Österreich 2001 das Land mit dem geringsten Anteil an im Ausland Geborenen mit einem tertiären Bildungsabschluss unter allen OECD Ländern. Dies ist insofern von Nachteil, als sowohl aus gesamtwirtschaftlicher als auch aus verteilungspolitischer Sicht eine höher qualifizierte Zuwanderung einer gering qualifizierten vorzuziehen ist, da sie zu höherem Wachstum und vorteilhafteren Verteilungswirkungen führt. Ziel der Migrationspolitik sollte es daher sein, verstärkt hoch qualifizierte Arbeitskräfte nach Österreich zu bringen und ihnen einen ihren Qualifikationen entsprechenden Einsatz zu ermöglichen.

Dabei stehen Österreich und seine Bundesländer im Versuch, verstärkt hoch qualifizierte Arbeitskräfte anzuziehen, im Wettbewerb mit annähernd allen entwickelten Ländern. Die Determinanten der Wahl des Ansiedlungslandes von Hochqualifizierten unterscheiden sich dabei in vielerlei Hinsicht von jenen der Niedrigqualifizierten. Sie werden insgesamt deutlich stärker von Karrieremotiven, dem Wunsch nach Anerkennung ihrer Qualifikationen, den Lebensbedingungen am neuen Wohnort (in Form etwa von Kultur- und Freizeitangeboten) und den Möglichkeiten des Familiennachzugs geprägt, während Verdienstmöglichkeiten eine - im Vergleich zu Niedrigqualifizierten - etwas geringere Rolle spielen. Dementsprechend wichtig ist es, hoch qualifizierten Zuwanderern ihren Qualifikationen entsprechende Arbeitsplätze und ansprechende Lebensbedingungen zu bieten. Damit kommt der Regional- und Standortpolitik in diesem Bereich eine wichtige Rolle zu.¹⁹⁾

Diese Indirekten Steuerungsmöglichkeiten werden in Zukunft auch deswegen an Bedeutung gewinnen, weil nach dem Ende der Übergangsfristen im Bereich der ArbeitnehmerInnenfreizügigkeit gegenüber den neuen EU-Mitgliedstaaten im Mai 2011 der überwiegende Teil der Migration nicht mehr durch Zugangsbeschränkungen reguliert werden können. In den letzten Jahren stammten ca. 70% der Nettozuwanderung nach Österreich aus Ländern der EU 27. Instrumente der direkten Steuerung der Zuwanderung über Aufenthalts- und Arbeitstitel können daher spätestens ab Mitte 2011 auf den größten Teil der Zuwandernden nicht mehr angewandt werden. Dementsprechend wichtig sind auch aus diesem Gesichtspunkt die in Abschnitt 3.5 diskutierten Maßnahmen einer wachstumsorientierten Standortpolitik.

Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage bei der Zuwanderung aus Drittstaaten

Schlussendlich zeigt eine Reihe von Ergebnissen (z.B. *Bock-Schappelwein et al.*, 2008), dass in Zeiten einer moderateren, aber stetigen Zuwanderung die negativen Effekte auf die Arbeits-

¹⁹⁾ Außerdem bestehen auch deutliche Unterschiede zwischen verschiedenen Gruppen von Hochqualifizierten. So werden Studenten/innen vor allem den Studienbedingungen im Ausland besondere Bedeutung zumessen, während Forscher/innen vor allem die Forschungsbedingungen im Auge haben werden, und Fachkräfte vor allem nach den Möglichkeiten eines ihrer Qualifikation entsprechenden Einsatzes suchen. Verstärkte Anstrengungen im Bereich der Zuwanderung Hochqualifizierter erfordern daher eine klare Vorstellung darüber, welche Teilgruppe dieser heterogenen Gruppe prioritär angesprochen werden soll.

losigkeit (auch pro Zuwanderer/in) geringer sind als in Zeiten einer sehr raschen Zuwanderung. Der Grund hierfür liegt darin, dass bei einer langsameren Zuwanderung alternative Anpassungsmechanismen der Volkswirtschaft (z.B. über steigende Investitionen) einen größeren Teil der Anpassungslast übernehmen. Dementsprechend sollte die österreichische Migrationspolitik auch in Zukunft danach trachten, die Zuwanderung aus Drittstaaten arbeitsmarktverträglich zu gestalten, indem bei der Erteilung von Beschäftigungsbewilligungen auf die Lage auf den regionalen Arbeitsmärkten Rücksicht genommen wird.

3.3.2 Maßnahmen im Bereich der Integrationspolitik

Abgesehen von diesen migrationspolitischen Herausforderungen, die durch die Politik der Bundesländer nur indirekt beeinflusst werden können, ergeben sich die Handlungsspielräume der Länder und anderer regionaler Gebietskörperschaften im Bereich der Politik gegenüber Ausländern/innen vor allem in der Sicherstellung einer möglichst nachhaltigen Integration ausländischer Arbeitskräfte in das Erwerbsleben. In diesem Bereich sollte daher eine umfassende und regional differenzierte Integrationspolitik formuliert werden, die sich auf eine verbesserte Integration der zweiten Generation in die Erstausbildung, verstärkte Anstrengungen zur Integration ausländischer Arbeitskräfte in die Aus- und Weiterbildung und eine Verringerung der Benachteiligung ausländischer Staatsangehöriger am Arbeits- und Wohnungsmarkt konzentriert.

Zentraler Ansatzpunkt einer solchen Politik sollte es dabei sein, die Heterogenität der Problemlagen von Personen mit Migrationshintergrund in den österreichischen Regionen, die sich hinsichtlich ethnischer Herkunft, Qualifikationsniveau, Geschlecht, Zuwanderungsgrund deutlich unterscheiden, aufzunehmen und mit gezielten Maßnahmen (z.B. im Rahmen von lokalen und regionalen Projekten) anzusprechen. So werden etwa temporäre Migranten/innen, die sich nur begrenzt in Österreich aufhalten, andere Integrationswünsche und –notwendigkeiten haben als permanente Zuwanderer/innen, und auch bei den zahlreichen deutschen Zuwanderern der letzten Jahre werden – etwa in der sprachlichen Integration – andere Notwendigkeiten entstehen als bei Zuwanderern aus Ländern mit nicht-deutscher Muttersprache.

Differenzierte Strategien zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und dem Einsatz von Migranten/innen unter ihrem Qualifikationsniveau

Im Bereich Arbeitsmarkt und Wirtschaftspolitik zeigen die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung zur Arbeits- und Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten in Österreich (*Statistik Austria, 2009, Huber, 2010*), dass die Problemlagen von verschiedenen Personengruppen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt recht unterschiedlich sind und dementsprechend unterschiedlicher Lösungsansätze bedürfen. Zum einen unterscheiden sich die Ergebnisse zwischen der ersten und der zweiten Generation der Zuwanderer. So sind nicht nur die erste Generation der Zuwanderer, sondern auch ihre in Österreich geborenen Kinder (die so genannte zweite Generation) am Arbeitsmarkt gegenüber einheimischen Arbeitskräften benachteiligt. Insbesondere sind die Arbeitslosenquoten der zweiten Generation in Österreich

höher als jene der ersten Generation (die ihrerseits wieder höher sind als jene der Inländer/innen), und ihre Erwerbs- und Beschäftigungsquoten sind geringer. Dementsprechend sollten in der Formulierung der Arbeitsmarktpolitik nicht nur Ausländer/innen, sondern verstärkt auch Personen mit Migrationshintergrund als Zielgruppe von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen angesprochen und die erheblichen Differenzierungen zwischen erster und zweiter Generation berücksichtigt werden.

Auch sind Migranten/innen am österreichischen Arbeitsmarkt häufiger als Inländer/innen in Berufen beschäftigt, die eine niedrigere Qualifikation erfordern als sie tatsächlich aufweisen. Auch Migranten/innen der zweiten Generation sind hier gegenüber Inländern/innen immer noch benachteiligt. Diese Überqualifikation ist dabei stark auf im Ausland geborene Akademiker/innen und (noch stärker) Maturanten/innen sowie auf Zuwanderer/innen aus den traditionellen Gastarbeiterländern und aus den neuen Mitgliedstaaten konzentriert. Für diese Gruppen sind somit Verbesserungen in der sprachlichen Integration und verstärkte Bemühungen bei der Anerkennung formaler Qualifikationen und von Erfahrungswissen von besonderer Bedeutung.

Des Weiteren ergeben sich erhebliche Unterschiede in der Arbeitsmarktintegration von im Ausland geborenen Männern und Frauen, die ihrerseits wiederum von nationalen Unterschieden überlagert werden. Abgesehen von der Gruppe der türkischstämmigen Frauen, wo diese Unterschiede besonders stark auftreten, zeigen sich auch bei Frauen anderer Nationalitäten größere Unterschiede zwischen Inländerinnen und Migrantinnen als bei Männern.

Überdies wirken auch verschiedene Faktoren, die die Arbeitsmarktintegration beeinflussen, auf Frauen und Männer unterschiedlich. So scheinen Frauen (vor allem hinsichtlich Überqualifikation und Erwerbsbeteiligung) stärker von der formalen Anerkennung ihrer Qualifikationen zu profitieren als Männer, und auch Zuwanderung im Familiennachzug hat für Frauen und Männer andere Auswirkungen auf das Integrationsverhalten. Dementsprechend sollte eine umfassende Integrationsstrategie verstärkt auch Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktintegration von im Ausland geborenen Frauen setzen, wobei hier vor allem die Vermeidung eines Absinkens der Erwerbsquote von ausländischen Frauen ein zentrales Anliegen sein könnte.

Schlussendlich ergeben sich auch auffällige Unterschiede im Integrationsverhalten von Migranten/innen nach dem Grund der Zuwanderung. So sind Asylanten/innen in Hinblick auf Beschäftigungsquoten und Überqualifikation oftmals schlechter gestellt als andere Zuwanderinnen. Eine Erklärung hierfür wäre, dass Asylanten/innen während der Laufzeit des Antragsverfahrens einen eingeschränkten Arbeitsmarktzugang haben und damit einer Dequalifikation unterliegen. Maßnahmen zur Verringerung des Qualifikationsverlusts unter Asylanten/innen könnten damit einen wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Arbeitslosigkeit und Überqualifikation unter Ausländern/innen leisten.

Flankiert werden könnte ein solcher umfassender, aber nach unterschiedlichen Problemlagen unter Migranten/innengruppen differenzierter Ansatz der Arbeitsmarktintegration durch eine Reihe betrieblicher Maßnahmen, die zum einen der Verbreitung von Best-Practice-Maßnah-

men im Bereich der betrieblichen Integration dienen, und zum anderen die Erhöhung des Anteils ausländischer Arbeitskräfte in Führungspositionen in den Mittelpunkt stellen. Ein weiterer Förderansatz könnte zudem die Förderung der Selbständigkeit von MigrantInnen unterstützen.

Verstärkte sprachliche und schulische Integration

Wesentliche Voraussetzung für die Vermittelbarkeit von ausländischen Arbeitskräften sind nicht zuletzt ausreichende Deutschkenntnisse. Obwohl gerade in den letzten Jahren viele Deutsche nach Österreich zugewandert sind, bleibt es wichtig, ausländischen Arbeitskräften mit nicht deutscher Muttersprache bereits frühzeitig ein reichhaltiges und praxisorientiertes Angebot an Deutschkursen anzubieten. Außerdem kann hier gerade durch die Sicherstellung eines muttersprachlichen Unterrichts und sprachliche Frühförderung der Kinder ein zusätzlicher Nutzen erzielt werden. Überdies könnte in diesem Bereich auch eine stärkere Förderung der Kinderbetreuung hilfreich sein, da internationale Erfahrungen zeigen, dass gerade Familien mit Migrationshintergrund ihre Kinder eher in Kindergärten geben, wenn das Angebot mit keinen Kosten verbunden ist.

Überdies sollte im Rahmen eines präventiven Ansatzes versucht werden, gerade Kindern von ausländischen Staatsbürgern/innen bessere Ausbildungsperspektiven zu geben. Die Ergebnisse einiger Studien (*Fritz et al., 2006, 2006a*) zeigen gerade in diesem Bereich besorgniserregende Entwicklungen. Insbesondere ist der Anteil der Kinder der zweiten Generation, die eine Sonderschule besuchen, besonders hoch, und nur vergleichsweise Wenige schaffen den Abschluss einer weiterführenden Schule. Gerade hier ist eine breite Maßnahmenpalette notwendig, die von der interkulturellen Weiterbildung der Lehrpersonen und verbesserten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder nicht-deutscher Muttersprache über die Elternbildung und Qualitätssicherung im Unterricht bis zur Schaffung von verbesserten Informationsdatenbanken reicht.

Einige neuere Studien (z.B. *Bock-Schappelwein et al., 2008*) zeigen zudem Personen, die im Alter zwischen 15 und 19 Jahren zuwandern, als besondere Zielgruppe. Sie erreichen unter allen Ausländern/innen den schlechtesten Bildungserfolg, weil die migrationsbedingte Diskontinuität in der Bildungskarriere oftmals zu einem Abbruch der Schullaufbahn führt. Dementsprechend wichtig wäre es, auch das Schulwesen in eine umfassende Strategie zur höheren Qualifizierung der im Ausland Geborenen einzubeziehen.

In Ergänzung zu diesen Maßnahmen könnte auf prozeduraler Ebene versucht werden, Vertreter/innen von Minderheiten bzw. Betroffenen stärker in die Maßnahmenentwicklung einzubeziehen. Beispiele aus Deutschland (*Petendra, 2005*) zeigen, dass gerade im Bereich der lokalen Entwicklung (z. B. in der Stadtteilsanierung aber auch in der Bildung und Qualifizierung) die frühzeitige Einbindung der Betroffenen zur Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen beiträgt. Zudem kann gerade durch die Vernetzung von regionalen Entwicklungsinitiativen, die Personen mit Migrationshintergrund mit einbeziehen, mit Bildungsangeboten (z.B. Sprachangeboten) eine zusätzliche Motivation der Lernenden erzielt werden.

3.4 Beschäftigungspolitik: Erwerbspotentiale nutzen, Beschäftigungsfähigkeit Älterer erhöhen

Neben der Zuwanderung ist ein Anstieg der Erwerbsquote eine der wesentlichen Voraussetzungen, um einen Rückgang der Zahl der Erwerbspersonen in den nächsten 20 Jahren zu verhindern. Die Ergebnisse in Teilbericht 2 dieser Studie zeigen, dass die Entwicklung der Zahl der Erwerbspersonen deutlich dramatischer verlaufen würde als im Hauptszenario der Bevölkerungsprognose angenommen, wenn es nicht gelingt, die Erwerbsquoten in Österreich zu steigern. In diesem Fall würde die Zahl der Erwerbspersonen in allen Bundesländern mit Ausnahme Wiens im Jahr 2030 deutlich unter dem Niveau des Jahres 2010 liegen, und auch die prozentuellen Rückgänge wären mit zwischen 1,4% (Niederösterreich) und 13,7% (Kärnten) wesentlich größer als im Hauptszenario. Dies hätte auch negative Konsequenzen für die Finanzierungsmöglichkeiten des Sozialstaates.

Umgekehrt würde im Fall, dass die Erwerbsquoten in Österreich – insbesondere jene der Frauen und der Älteren – in den nächsten 20 Jahren auf das Niveau Schwedens angehoben werden können, die Zahl der Erwerbspersonen noch deutlich steigen. Österreichweit läge die Zahl der Erwerbspersonen im Jahr 2030 in diesem Fall um 19,4% über dem Niveau des Jahres 2010 (Kärnten +15,3%; Wien +23,4%). Eine stärkere Steigerung der Zahl der Erwerbspersonen als im Basisszenario angenommen würde also auch zu einer deutlichen Entlastung bei den möglichen Finanzierungsgrenzen des Sozialstaates beitragen.

Zwei Bereiche der Erwerbsquotenentwicklung, in denen Österreich im europäischen Vergleich – trotz deutlicher Verbesserungen in den letzten Jahren – immer noch hinter den Spitzenländern der Europäischen Union liegt, sind dabei die Erwerbsquoten der Älteren und der Frauen. So lag Österreich nach Daten von EUROSTAT im Jahr 2000 mit einer Erwerbsquote der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren von 62,5% noch an 14. Stelle unter den 27 EU-Ländern. Im Jahr 2009 war diese Quote mit 69,5% hingegen die Achthöchste. Gegenüber dem Land mit der höchsten Erwerbsquote der Frauen (Schweden mit 74,5%) besteht aber immer noch ein deutlicher Nachholbedarf. Ähnlich erhöhte sich die Erwerbsquote der 55 bis 64-jährigen in Österreich im letzten Jahrzehnt von 31,4% (2000) auf 42,1% (2009). Unter den 27 EU-Ländern liegt Österreich hier aber immer noch an nur 19. Stelle und deutlich hinter Schweden, das mit 73,9% auch hier die höchste Erwerbsquote aufweist. Dementsprechend sind Politiken zur Steigerung der Erwerbsquote der Frauen und der Älteren in allen österreichischen Bundesländern notwendig, um einen Rückgang in der Zahl der Erwerbspersonen zu verhindern.

Allerdings zeigen sich auch hier regionale Unterschiede in der Betroffenheit (siehe Anhang; Indikatoren zu Ziel B.1). So lagen die Erwerbsquoten von Frauen 2008 in Kärnten (65,5%), Wien (66,7%) und der Steiermark (67,4%) zum Teil deutlich unter dem Durchschnitt, wobei in Wien auch die Entwicklung dieser Quote über den Beobachtungszeitraum nicht signifikant positiv war. Der Handlungsbedarf ist daher hier höher als in den anderen Bundesländern, die entweder durch eine im Bundesdurchschnitt unauffällige Erwerbsbeteiligung der Frauen gekennzeichnet sind (Burgenland, Tirol, Vorarlberg), oder aber über vergleichsweise hohe Frauenerwerbsquoten jenseits der 70% verfügen (Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg).

3.4.1 Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen

Verringerung von beruflicher Segregation und Lohnunterschieden

Abgesehen von den bereits in Abschnitt 3.2 behandelten Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die auch zu einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote beitragen, erscheinen hier Maßnahmen mit dem Ziel, eine Gleichstellung der Geschlechter am Arbeitsmarkt und damit verbunden eine höhere Attraktivität der Erwerbstätigkeit für Frauen zu erreichen, wesentlich. Ein Ansatzpunkt ist dabei die verstärkte Förderung von Frauen in sogenannten "Männerberufen", um auf diese Weise die Segregation am Arbeitsmarkt zu bekämpfen. In vielen österreichischen Bundesländern werden gerade zu diesem Themen bereits Maßnahmen durchgeführt, die vor allem der Information junger Frauen und der Sensibilisierung von Bildungsträgern dienen. Es wäre wünschenswert, diese Initiativen auszubauen und zu ergänzen, beispielsweise könnte die Zusammenarbeit mit den Betrieben zur Durchführung von "Tagen der offenen Tür" und von Praktika verstärkt werden.

Neben der Möglichkeit des Ausbaus solcher Maßnahmen sollte auch verstärkt an die Vernetzung und Koordination verschiedener Aktivitäten in diesem Bereich gedacht werden. Eine Möglichkeit hierzu wäre die Bildung von Kompetenzzentren, wie man sie zum Beispiel in Deutschland zum Thema "Frauen in der Informationsgesellschaft und Technologie" implementiert hat. Aufgabe dieser Kompetenzzentren, die gemeinsam von privaten und öffentlichen Trägern finanziert werden, ist es Beratung, Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Frauen in IKT-Berufen. Überdies sollte in diesem Bereich auch eng mit den Bildungsträgern zusammengearbeitet werden. Die Überprüfung und Ergänzung von bestehenden Materialien zur Unterstützung von Schulwahl und Berufsentscheidung in den Schulen (aber auch in den relevanten Ämtern und Institutionen) könnte einen Teil dieser Kooperationsarbeit darstellen.

Neben der beruflichen Segregation zeigen Studien für ganz Österreich und einzelne Bundesländer auch, dass ein erheblicher Teil der Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen durch Unterschiede in der Entlohnung innerhalb einzelner Qualifikationsgruppen entsteht (*Biffi – Leoni, 2006*). Dies deutet darauf hin, dass Männer und Frauen mit ähnlicher Qualifikation unterschiedliche Löhne erhalten. Um dieser Ungleichbehandlung von Männern und Frauen mit ähnlichen Qualifikationen zu begegnen, könnte auch an zusätzliche Sensibilisierungsmaßnahmen in den Unternehmen gedacht werden. In Belgien hat man hier zum Beispiel versucht, das Instrument der Arbeitsplatzbewertung einzusetzen, um Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen verstärkt auf etwaige diskriminierende Praktiken in der Lohnsetzung hinzuweisen. In Schweden geht man noch weiter, indem Unternehmen dazu verpflichtet werden, einen jährlichen Gleichstellungsbericht zu legen.

Verringerung von Geschlechterunterschieden in der atypischen Beschäftigung

Atypische Beschäftigung ist für Unternehmen ein wichtiges Instrument zur Flexibilisierung und für Arbeitnehmerinnen eine erwünschte Option um Berufs- und Familienleben zu kombinieren. Die Konzentration der atypischen Beschäftigung (und hier insbesondere der Teilzeitarbeit) auf

Frauen trägt allerdings zu einer Segregation am Arbeitsmarkt bei. Atypisch beschäftigte Frauen (und auch Männer) haben oft geringere Weiterbildungs- und Aufstiegschancen und dementsprechend flachere Berufskarrieren (und schlechtere Einkommenschancen). Um die Marginalisierung von atypisch Beschäftigten zu verhindern, ist es notwendig, sie aus dem bisherigen geschlechts- und berufspezifischen Schema zu entkoppeln.

Zwei Strategien sind dafür denkbar: Eine Normalisierung der atypischen Beschäftigung als Phase im Erwerbslebenszyklus von Männern und Frauen, wodurch Unterschiede zwischen verschiedenen Beschäftigungsformen verringert werden sollen, um den Übergang zwischen ihnen zu erleichtern. Hier ist es wichtig, den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen nach einem Wechsel möglichst zu entsprechen, um unfreiwillige atypische Beschäftigung zu verhindern. Eine zweite, parallele Strategie sollte dahingehend arbeiten, das Angebot an atypischer Beschäftigung zu differenzieren und verstärkt Männer und hoch qualifizierte Arbeitskräfte in insbesondere Teilzeit einzubinden. Diese Strategien können nur dann erfolgreich sein, wenn auch Männer Teilzeitstellen nicht mehr als Abweichung von der Norm betrachten. Zudem wäre es wichtig, sicherzustellen, dass rechtliche Regelungen (Gesetze, Kollektivverträge oder Betriebsvereinbarungen) routinemäßig auch dahingehend überprüft werden, ob sie gegenüber atypisch Beschäftigten diskriminieren, und atypisch Beschäftigte in gleichem Ausmaß an betrieblicher Weiterbildung teilnehmen können wie Vollzeitbeschäftigte. Weiterbildungskonzepte sollten dabei dahingehend geprüft werden, ob Beschäftigte mit Familienaufgaben an Weiterbildung teilnehmen können.

Spezieller Fokus der aktiven Arbeitsmarktpolitik auf die Zielgruppe der Frauen

Schlussendlich zeigt eine Reihe von nationalen Evaluierungsergebnissen (*Lutz – Mahringer – Poeschl, 2005*), dass Frauen offensichtlich noch stärker von Qualifizierungsmaßnahmen profitieren als Männer, sodass gerade in diesem Bereich auch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Komponente der Gleichstellungspolitik bilden. Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, dass Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Frauen (abgesehen von höheren Vermittlungsquoten) oftmals auch dem Abwandern von Frauen aus dem Arbeitsmarkt entgegenwirken und somit einen Beitrag zur Steigerung der Erwerbsquote der Frauen leisten.

3.4.2 Maßnahmen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Älteren

Auch hinsichtlich der Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen ergeben sich Unterschiede in den Problemlagen der Bundesländer. Zwar ist die Erwerbsbeteiligung der Älteren in allen Regionen außer Wien im Beobachtungszeitraum auch statistisch signifikant gestiegen, wobei sie in der Südregion mit Werten um 38% zuletzt am niedrigsten, in Salzburg und Tirol mit 47% bzw. 45% am höchsten war. Allerdings liegen auch diese Werte immer noch deutlich unter dem EU-Schnitt und den Vorgaben der Lissabon-Agenda. Auch in der Beschäftigungsfähigkeit der Älteren sind erhebliche Defizite verblieben (Anhang; Indikatoren zu Ziel B.2). So hat der Anteil der Beschäftigten mit hohen Qualifikationen in ganz Österreich in der Vergangenheit (noch)

kaum zugenommen, sodass auch die Arbeitslosigkeit unter den Älteren ein Problem bleibt. Sie liegt zuletzt in der Ostregion und in Kärnten am höchsten, in Kärnten ist hier (ähnlich wie in Salzburg und Tirol) auf Sicht auch keine signifikante Verbesserung festzustellen. Daraus ergeben sich insbesondere für Kärnten, die Steiermark, das Burgenland und Wien deutlich unterdurchschnittliche Beschäftigungsquoten der Älteren, obwohl der mittelfristige Trend auch hier für alle Bundesländer nach oben zeigt.

Grundsätzlich erfordert die Steigerung der Erwerbstätigkeit der Älteren nach den Ergebnissen bisheriger Studien (z.B. *Fritz et al., 2006, Scopetta – Maier – Michalek, 2007*) einen integrierten Politikansatz, in dem insbesondere vier strategischen Felder angesprochen werden:

1. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Unternehmen für dieses Thema – Dies kann dadurch erreicht werden, dass das Ziel einer deutlichen Erhöhung der Beschäftigungsquote der Älteren als Querschnittsmaterie in allen Bereichen der Politik verankert und auch öffentlich kommuniziert wird. Auf der Seite der Unternehmen wären tradierte Vorurteile über Effizienznachteile von Älteren durch die Diffusion neuerer Forschungsergebnisse abzubauen und „Best-Practice“-Beispiele im Bereich „Age-Diversity-Management“ verstärkt zu diffundieren.
2. Der Erhalt der Arbeitsfähigkeit der Älteren – Dies kann vor allem durch eine gesundheitsverträglichere Gestaltung der Arbeitsbedingungen, präventivmedizinische Maßnahmen und eine intensive Beratung der Unternehmen geschehen.
3. Der Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit – womit vor allem die kontinuierliche Weiterbildung der Arbeitskräfte gemeint ist. Zum einen geht es dabei um die Entwicklung von spezialisierten Weiterbildungsangeboten für Ältere, zum anderen um eine umfassende Verankerung von Strategien des lebensbegleitenden Lernens in den Unternehmen.
4. Die Anpassung der Arbeitsbedingungen an die besonderen Bedürfnisse älterer Arbeitnehmer – hierunter fallen die Gestaltung der Arbeitsbedingungen am Arbeitsplatz, aber auch die Möglichkeiten flexibler Arbeitszeitgestaltung und der Ausgestaltung interner Arbeitsmärkte für Ältere.

In vielen Bundesländern bestehen dabei zu verschiedenen Teilbereichen dieser Strategie bereits erprobte und erfolgreiche Instrumente. Außerdem wurden in einer Reihe von Projekten Ansatzpunkte für eine solche integrierte Politik erarbeitet (*Scopetta – Maier – Michalek, 2007, und Mörth – Gusenbauer, 2005* für Beispiele).

Regional zeigen sich hinsichtlich dieser Teilelemente einer Strategie zwar Unterschiede, der Handlungsdruck ist allerdings weitgehend flächendeckend. So sind verstärkte Maßnahmen zum Erhalt der Arbeitsfähigkeit in allen Bundesländern von hoher Priorität, die Zahl der Invaliditätspensionen weist in allen Bundesländern (mit Ausnahme Kärntens) in den letzten Jahren einen steigenden Trend auf, was wohl nur zu einem Teil auf die Anreizwirkungen institutioneller Festlegungen zurückgeht. Zudem zeigt sich vor allem in Hinblick auf den Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit ein weitgehend flächendeckender Handlungsbedarf, weil die Weiterbildungsbeteiligung in den meisten Bundesländern (mit Ausnahme von Wien und dem Burgen-

land) keinen signifikanten Aufwärtstrend zeigt, wenn man in der Analyse für Umstellungen in der Befragung korrigiert. Dies ist umso problematischer, als (wie oben gezeigt) auch die Zahl der älteren Beschäftigten mit höherer Qualifikation in den letzten Jahren nicht signifikant gestiegen ist.

Intensivierung der Prävention von gesundheitsbedingten Kündigungen

Ein Ansatzpunkt zur Steigerung der Arbeitsfähigkeit sind gesundheitspolitische Maßnahmen, um krankheitsbedingten Kündigungen von älteren Arbeitnehmern/innen vorzubeugen. Hierzu könnte zum Beispiel überprüft werden, ob durch eine stärkere Einbindung der Betriebsärzte, eine engere Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsbereich und eine intensivere Beratung der Unternehmen zur Gestaltung der Arbeitsbedingungen Verbesserungen hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit von Älteren erzielbar sind. Das Beispiel Finnland kann hier als "Best-Practice" für substantielle Verbesserungen dienen. Neben Anreizmechanismen für die Unternehmen, etwa einem System des Experience Rating, bieten sich hier vor allem Beratungsdienstleistungen an.

Die Erfahrungen einiger österreichischer Projekte zeigen, dass solche Beratungsleistungen vor allem mit dem Argument der Kostensenkung durch die Verhinderung von Krankenständen an die Unternehmen herangetragen werden können. Allerdings zeigt sich auch, dass die Motivation kleinerer Unternehmen, an solchen Maßnahmen teilzunehmen, besonders gering ist. Da in den meisten österreichischen Bundesländern gerade der kleinbetriebliche Bereich für eine solche Maßnahme am geeignetsten erscheint, sollte daher versucht werden regionale und lokale Akteure eng in die Umsetzung einzubinden, um so einen hohen Informationsstand der für KMUs relevanten Ansprechpartner sicherzustellen, und die Beratungsmaßnahmen besonders KMU-gerecht zu gestalten.

Überdies könnte im Rahmen der traditionellen Arbeitsmarktpolitik auch daran gedacht werden ein "Frühwarnsystem" für gesundheitsbedingte Kündigungen zu etablieren. Da gerade bei gesundheitsbedingten Auflösungen von Dienstverhältnissen intensive Umschulungen und weitreichende Änderungen der Lebensgewohnheiten notwendig sind, könnte ein solches Frühwarnsystem zu einer besseren Beratung der Betroffenen führen.

Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Arbeitsfähigkeit von Älteren

Ein weiterer Ansatzpunkt für eine umfassende Politik zur Integration der Älteren in das Erwerbsleben liegt in der Anpassung von Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen an die Arbeitsfähigkeit von Älteren. Neben arbeitsmarktpolitischen Ansätzen, wie den Aufbau von Arbeitskräfteüberlassungen bieten sich hier auch betriebliche Arbeitszeitmodelle an. So werden zum Beispiel auf www.arbeitundalter.at/ eine Reihe von Fallbeispielen genannt, in denen Firmen durch eine Änderung in der internen Arbeitsorganisation zu einer Steigerung der Arbeitsfähigkeit der Älteren beitragen konnten. Gemeinsam ist diesen Beispielen, dass die Veränderungen in den Betrieben erst nach einer Beratung erfolgten. Dementsprechend wichtig ist es, in diesem Bereich den Unternehmen entsprechende Beratungen anzubieten.

Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit durch Implementierung hochwertiger und konsistenter Weiterbildungssysteme

Zur Sicherung der Beschäftigungsfähigkeit von Älteren ist vor allem ein qualitativ hochwertiges und konsistentes Weiterbildungssystem prioritär. Es bildet einen notwendigen Bestandteil einer Politik, die höhere Erwerbsquoten Älterer und einen hohen Beschäftigungsgrad anstrebt.

Spezifische Angebote für Ältere werden hier etwa zur Re-Integration bei Job-Verlust, aber auch zum Erlernen neuer Basis-Technologien und zur Auffrischung von Fachkompetenzen wesentlich sein. Außerhalb des erwerbsfähigen Alters sind zudem Angebote zur Bewahrung alltagspraktischer Kompetenzen und Orientierungen sowie der körperlichen und geistigen Beweglichkeit wichtig, um möglichst lange eine selbständige Lebensführung und eine Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen zu ermöglichen. Allerdings können sich Weiterbildungsaktivitäten in einer alternden Gesellschaft nicht auf ältere Arbeitnehmer/innen selbst beschränken, zumal der ökonomische Anreiz zur beruflichen Weiterbildung mit zunehmendem Alter sowohl für den/die Beschäftigte/n als auch für das beschäftigende Unternehmen abnimmt²⁰). Notwendig für eine Beschäftigungsfähigkeit bis ins höhere Alter ist es, unter den Bedingungen technologischer Weiterentwicklung und rasanten Strukturwandels in Wirtschafts- und Qualifikationsstruktur vielmehr, kontinuierliche Weiterbildungsphasen über den gesamten Erwerbslebenszyklus zu implementieren.

Bekenntnisse zu einem derartigen "lebensbegleitendes Lernen" sind vielfältig und waren in der Vergangenheit wenig wirksam. Mit der Alterung und dem Abgehen von der Praxis der Frühpensionierungen nimmt der Druck auf eine Umsetzung dieses Konzepts zu, allerdings steigen auch die Chancen dafür an (Skirbekk, 2008): Bei längerer Lebensarbeitszeit ist es für die Unternehmen rational, länger in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter/innen zu investieren, da die abgezinsten Erträge der Weiterbildung höher sind. Ähnliches gilt für die privaten Erträge der Weiterbildung und damit die Weiterbildungsentscheidung des/der Arbeitnehmer/in (Börsch-Supan, 2006). Zudem werden Beschäftigte unter diesen Perspektiven versuchen, professionelle Netzwerke mit größerer Intensität zu betreiben und aufrecht zu erhalten, was auch dadurch erleichtert wird, dass ein größerer Anteil der Alterskohorte aktiv bleibt. Weiterbildung und "Socializing" sind letztlich wiederum für die mentale Gesundheit der Betroffenen wichtig, zumal der Arbeitsplatz gerade bei Männern einen zentralen Ort für soziale Kontakte darstellt (Cohen, 2004; Melchior et al., 2003). Wirtschaftspolitische Initiativen zur Unterstützung der Umsetzung von "lebensbegleitendem Lernen" haben also eine erhebliche Umsetzungschance. Dabei sind zum einen die individuellen Grundlagen für die Fähigkeit zu Lernen und damit zur Weiterbildung zu schaffen, was vor allem durch die Sicherung guter Basisqualifikationen in einem effizienten Ausbildungssystem geleistet werden kann (vgl. Abschnitt 3.5). Zum anderen sind zeitliche, finanzielle und rechtliche Barrieren abzubauen, die kontinuierlichen Weiterbildungsphasen im Wege stehen, und institutionelle Rahmenbedingungen zu schaffen, die ein qualitativvolles Weiterbildungsangebot ermöglichen.

²⁰) Die abgezinsten Erträge einer Weiterbildung nehmen mit der noch verbleibenden Lebensarbeitszeit ab.

Lebensbegleitendes Lernen als Priorität der Wirtschaftspolitik implementieren

Trotz weitgehender Übereinstimmung, dass Lernen über die Jugendphase hinaus in der entstehenden Wissensgesellschaft zunehmend wichtig wird, hat Lernen im Erwachsenenalter noch keine hervorgehobene Bedeutung in politischen wie wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen erlangt. Auch in den Bildungsbudgets ist ein Paradigmenwechsel zum lebensbegleitenden Lernen bisher kaum zu erkennen. Es scheint daher notwendig, (auch) auf der Ebene der Bundesländer konsistente und auf die jeweilige regionale Situation abgestimmte Weiterbildungsstrategien zu entwickeln bzw. bestehende Konzepte zu aktualisieren. Die Umsetzung der darin formulierten Handlungslinien wäre über einen explizit für Weiterbildung bestimmten Ansatz im Landesbudget zu sichern, dessen Höhe für die mittlere Frist festzulegen wäre.

Inhaltlich sollten öffentliche Investitionen in das lebensbegleitende Lernen vor allem auf Bereiche mit Marktversagen und manifesten öffentlichen Interessen konzentriert sein. Dies betrifft zunächst die Sicherung einer weitgehend flächendeckenden allgemeinen, politischen und kulturellen Weiterbildung, vor allem aber auch Mittel für das Nachholen von Basisqualifikationen und Schulabschlüssen, die Eingliederung von Zuwanderern (Sprach- und Integrationsförderung) und die (Re-)Integration von Nicht-Erwerbstätigen (Arbeitslose, Frauen nach Karenz oder Pflege) durch Weiterqualifizierung und Umschulung. In der beruflichen Weiterbildung liegt es prinzipiell in der Verantwortung der Unternehmen, die im betrieblichen Interesse liegende Weiterbildung der Beschäftigten zu finanzieren. Öffentliche Mittel wären hier nur einzusetzen, um latente Weiterbildungsinteressen manifest zu machen, sowie dort, wo sinnvolle Weiterbildung durch finanzielle Restriktionen auf der Ebene der Arbeitnehmer/innen oder Unternehmen (Kleinbetriebe) verhindert wird. Hier haben sich auf der Seite der Arbeitnehmer/innen Weiterbildungsschecks oder Weiterbildungskonten bewährt, die derzeit in allen Bundesländern implementiert sind. Auf Unternehmensebene wäre etwa an die Förderung von Weiterbildungskooperationen zwischen kleinen und mittleren Unternehmen zu denken, um die mit Weiterbildung verbundenen Kosten zu verteilen und auch kleinen Unternehmen den vollen Ertrag aus Weiterbildung zu ermöglichen.

Weiterentwicklung der Bildungskarenz

Weiterbildung ist zeitintensiv. Daher ist die Schaffung von Rahmenbedingungen zentral, die wiederkehrende Weiterbildungsphasen im Verlauf des Erwerbslebens ermöglichen. Wesentliches Instrument dazu ist die Bildungskarenz, die in den letzten Jahren weiter entwickelt wurde. Hier könnte es sinnvoll sein, die Erfahrungen mit generöseren Modellen (etwa in Dänemark und Finnland) zu sichten und für eine Weiterentwicklung des heimischen Systems zu nutzen. Vor allem aber könnte eine Flexibilisierung der Bildungskarenz von Vorteil sein (OECD, 2005; Famira-Mühlberger et al., 2010). So wäre ein Teilzeit-Bildungskarenzmodell denkbar, in dem – der jeweiligen Arbeitszeit-Reduktion entsprechend – ein aliquoter Teil der für die Bildungskarenz vorgesehenen Fördermittel zum Einsatz kommt. Dies hätte vor allem für Geringqualifizierte und Ältere den Vorteil, weiterhin in Beschäftigung zu bleiben, für kleine Arbeitgeber würde es die organisatorischen Probleme einer Vollzeitkarenz verringern. Zudem

würde eine derartige Lösung das Problem oft nicht verfügbarer Vollzeitangebote entschärfen, und Weiterbildung – unter den Rahmenbedingungen einer vergleichsweise niedrigen Entlohnung in der Bildungskarenz – individuell erschwinglicher machen.

Beratungsinfrastrukturen und Lernservicenetze auf regionaler Ebene

Während den Bundesländern in dieser Frage allenfalls eine initiiierende Rolle gegenüber Bund und Sozialpartnern zukommen, sollten sie in der verstärkten Werbung für die Notwendigkeit von Lebenslangem Lernen bei Erwerbstätigen und Betrieben eine zentrale Rolle einnehmen. So wäre es eine zentrale Aufgabe für die Länder, weitgehend flächendeckend Angebote für eine niedrigschwellige und systemweite Lern- bzw. Kompetenzentwicklungsberatung zu etablieren. Sie hätte die Aufgabe, Bürger/innen aller Altersstufen und Bildungsschichten trägerunabhängig und individuell differenziert Informationen über Angebote im (komplexen und schwer überschaubaren) Weiterbildungssystem zu bieten. Für die regionalen Unternehmen wäre dies um ähnlich gelagerte Angebote der Personalentwicklungsberatung zu ergänzen.

In einem zweiten Schritt könnten diese Beratungsinfrastrukturen als Nukleus für die Etablierung regionaler Lernservicenetze bzw. "regionaler Weiterbildungscluster" dienen (Bock-Schappelwein et al., 2009), in denen die regionalen Ausbildungs- und Weiterbildungsstätten mit Unterstützungsstrukturen am Arbeitsmarkt und den regionalen Arbeitgebern zusammengeführt werden. Ihre Aufgabe wäre es, ein eng an den lokalen Qualifikationsbedarfen ausgerichtetes überbetriebliches Weiterbildungsangebot zu etablieren, zu dem die Bildungsinstitutionen vor Ort entlang ihrer je spezifischen komparativen Vorteile beitragen. Die organisatorische und finanzielle Einbindung der regionalen Arbeitgeber und Arbeitsmarktstellen soll dabei die Zielgenauigkeit von Maßnahmen der Weiterbildungspolitik, aber auch der aktiven Arbeitsmarktpolitik erhöhen. Den Bundesländern käme in dieser Entwicklung die Rolle eines Impulsgebers bzw. der Diffusion von Best-Practices zu, ihre Umsetzung hätte freilich etwa im Rahmen der territorialen Beschäftigungspakte auf der kleinräumigen Ebene oder auch über Aus- und Weiterbildungsverbände zu erfolgen.

Modularer Aufbau und Akkreditierung der Weiterbildung

Derartige Lernservicenetze würden damit zumindest auf regionaler Ebene das wohl größte Problem im heimischen Weiterbildungssystem angehen, den Mangel an Kohärenz und Koordination zwischen den Strategien, Programmen und Aktivitäten der vielfältigen an der Weiterbildung beteiligten Akteure. So moniert die OECD (2004, 2005), dass innerhalb der einzelnen Handlungsfelder der Weiterbildungspolitik (Zweiter Bildungsweg, fachspezifische Weiterbildung, Arbeitsmarktprogramme, allgemeine Weiterbildung) in Österreich zwar durchaus kohärente Politiken verfolgt werden, dass zwischen den Feldern aber kaum Überschneidungen bestehen, sodass mögliche Synergien nicht genutzt werden können. Vor diesem Hintergrund kommt der nationalen Strategie zum Lebensbegleitenden Lernen, die bis zum Ende dieses Jahres erarbeitet werden soll, eine nicht unwesentliche Bedeutung zu. Sie könnte um

entsprechende Überlegungen zur stärkeren Zusammenarbeit und Abstimmung der Bundesländer in dieser Frage ergänzt werden.

Ganz wichtig scheint dabei ein gemeinsamer Raster für die Akkreditierung bzw. Zertifizierung von Qualifikationen, die in Weiterbildungseinrichtungen erworben wurden. Dies würde es erlauben, die Angebote der Weiterbildung stärker modular in Form von "Lernbausteinen" aufzubauen, die je nach den spezifischen Anforderungen kombiniert und mit Angeboten im Erstausbildungssystem verknüpft werden können – notwendige Voraussetzung für Herausforderung, einen (Wieder-)Einstieg ins Bildungssystem in jeder Lebensphase zu ermöglichen.

Nicht zuletzt wäre eine Aufnahme auch informell ("on the job") erworbener Qualifikationen in ein solches Akkreditierungs-/Zertifizierungssystem wesentlicher Ansatzpunkt für die Erhöhung der Beschäftigungschancen Älterer, haben diese im Laufe ihres Erwerbslebens doch oft Fähigkeiten und Kompetenzen erworben, die für potentielle Arbeitgeber nicht transparent sind.

Geringqualifizierte als besondere Zielgruppe

Geringqualifizierte sind in der Weiterbildung ohne Zweifel eine besonders wichtige Zielgruppe, weil sie in ihrer Arbeitstätigkeit meist über Jahre auf bestimmte Verfahren, Arbeitsbereiche sowie betriebs- und arbeitsplatztypische Vorgänge festgelegt sind, sodass das Risiko einer Verengung ihrer Qualifikationsbasis über die Zeit hoch ist. Dies reduziert ihre beruflichen Einsatzmöglichkeiten und senkt die Chancen, bei Einführung neuer Technologien und arbeitsorganisatorischer Innovationen eine Dequalifizierung zu vermeiden. Gleichzeitig sind Geringqualifizierte durch Weiterbildungsangebote aber besonders schwer zu erreichen, weil notwendige Basisqualifikationen für das Lernen aus der Erstausbildung ebenso fehlen wie positive Lernerfahrungen in der Vergangenheit.

Vor diesem Hintergrund sind gerade hier zielgruppenspezifische Ansätze zu entwickeln und Modelle der "aufsuchenden" Bildungsarbeit zu erproben. Wesentlicher Ansatzpunkt könnten hier auch organisatorische Maßnahmen auf betrieblicher Ebene sein: Gerade für Geringqualifizierte ist der Betrieb meist der einzige (potentielle) Lernort, wobei Lernen hier vor allem über arbeitsplatzbezogenes, informelles "Lernen durch Arbeiten" erfolgt. Vor diesem Hintergrund wäre die Implementierung lernförderlicher Formen der Arbeitsorganisation (etwa Job-Rotation, Qualitätszirkel, Systeme zur Rückmeldung von Fehlern etc.) wichtig, durch die informelles und non-formales Lernen direkt angeregt werden. Derartige Ansätze sollten daher einen Bestandteil in der Personalentwicklungsberatung in den vorgeschlagenen regionalen Beratungsinfrastrukturen sein.

3.5 Wachstumsorientierte Standortpolitik: Produktivität steigern, Voraussetzungen für Wissensgesellschaft verbessern

Neben Anstrengungen zur Erhöhung der Erwerbsbeteiligung und der Sicherung einer hohen Beschäftigung (Abschnitt 3.4) ist es vor allem eine hohe und steigende Produktivität, die es ermöglicht, den ökonomischen Wohlstand trotz alterungsbedingt rückläufigem Erwerbspoten-

tial aufrecht zu erhalten – Voraussetzung für einen auch künftig hohen individuellen Lebensstandard und die Vermeidung von intergenerationalen Verteilungskonflikten und damit den sozialen Zusammenhalt. Entsprechende Politiken werden vor allem mittel- und langfristig entscheidend sein, wenn die derzeit noch vorhandenen Potentiale in der Erwerbsbeteiligung ausgeschöpft sind (EU-Kommission, 2009). Dennoch sind entsprechende Aktivitäten angesichts potentiell negativer Effizienzeffekte eines alternden Erwerbspotentials schon jetzt sinnvoll. Unsere Ergebnisse lassen auch ohne die Berücksichtigung dynamischer Effekte nur einen schwach negativen Einfluss der Alterung auf die Produktivität in den Bundesländern erwarten (Teilbericht 3). Unter Einbezug solcher Effekte scheinen die Chancen für in Zukunft sogar steigende Produktivitäten durchaus intakt: So kann man davon ausgehen, dass sich die IT-Kompetenz – derzeit wichtiges Produktivitätshemmnis unter den 55-64-Jährigen – deutlich verbessern wird, wenn zukünftige Jahrgänge in diese Altersklasse eintreten²¹⁾. Ähnliches gilt für die verfügbaren Qualifikationen, ist doch der Bevölkerungsanteil mit niedriger Ausbildung (vor allem bei Frauen) in jüngeren Kohorten ungleich geringer (Teilbericht 2), sodass auf Sicht positive Kohorteneffekte wirken sollten (EU-Kommission, 2006). Zudem steigt mit zunehmender Lebenserwartung – sofern mit höherer Lebensarbeitszeit gekoppelt – der individuelle Anreiz zur Weiterbildung sowie der Anreiz zu deren Unterstützung durch die beschäftigenden Unternehmen (OECD, 2005). Letztlich dürfte sich das Age-Management in den Unternehmen mit fortschreitender Alterung notwendig verbessern, woraus positive Produktivitätseffekte bei älteren Kohorten folgen sollten²²⁾.

Ansatzpunkte der öffentlichen Hand zur Unterstützung hoher Produktivitäten und damit eines hohen ökonomischen Wohlstands liegen dabei vor allem in der Innovationspolitik und in der Aus- und Weiterbildungspolitik. Gemessen an den relevanten gesamtwirtschaftlichen Kernvariablen ist die Position Österreichs hier im internationalen Vergleich nicht ungünstig²³⁾, auf regionaler Ebene dürfte die Herausforderung nach den Ergebnissen unseres Indikatorsystems im Süden und in Niederösterreich allerdings etwas größer sein als in Wien und den westlichen Bundesländern (vgl. Anhang; Indikatoren zu Ziel B.3). Zwar sind ökonomisches Entwicklungsniveau, verfügbares Einkommen und Arbeitsproduktivität mittelfristig auch preisbereinigt in allen Bundesländern signifikant gestiegen, ihre Niveaus liegen aber im Burgenland, in Kärnten, der Steiermark und (Ausnahme verfügbares Einkommen, hier Tirol) Niederösterreich signifikant unter dem Bundesschnitt. Zudem hat sich in diesen Bundesländern (sowie in Oberösterreich und Vorarlberg) auch die Investitionsquote im Beobachtungszeitraum nicht signifikant erhöht, in Oberösterreich und der Steiermark verlief deren Entwicklung negativ und signifikant schlechter als im übrigen Österreich.

²¹⁾ 2007 hatten in Österreich nach Daten von Eurostat 49% der 55 bis 64-Jährigen noch nie das Internet benutzt, schon in der Altersgruppe der 45-54-Jährigen waren es nur 27%, unter den 35 bis 44-Jährigen nur 18%.

²²⁾ So ist nach neueren empirischen Erkenntnissen die individuelle Leistungsfähigkeit in komplexen, zunehmend arbeitsteiligen Produktionsprozessen nicht mehr allein ausschlaggebend, vor allem altersgemischte Teams können wegen komplementärer Vorteile der Alterskohorten Effizienzgewinne erzielen (Teilbericht 3).

²³⁾ Zuletzt liegt das BIP/Kopf zu KKP in Österreich um 22% und die Arbeitsproduktivität um 11,4% über dem Durchschnitt der Union, Österreich belegt damit die Ränge 4 bzw. 5 unter den 27 Mitgliedstaaten.

Auch der im internationalen Vergleich deutliche Aufwärtstrend Österreichs in der Innovationsorientierung²⁴⁾ verlief keineswegs gleichförmig: Im Burgenland konnten die Forschungsausgaben, in Kärnten die Patente seit 1995 nicht signifikant gesteigert werden. Eine günstige Entwicklung nahmen hingegen vor allem die Industriebundesländer Oberösterreich und Steiermark, die bei F&E-Ausgaben wie Patenten von hohem Niveau aus noch deutlich zulegen konnten.

3.5.1 Maßnahmen in der Technologie- und Innovationspolitik

Inhaltlich besteht die zukünftige Herausforderung in der Technologie- und Innovationspolitik natürlich in allen Bundesländern in einer Weiterentwicklung der regionalen Innovationssysteme und (angesichts knapper Mittel) in der Optimierung der auf regionaler Ebene flächendeckend implementierten Unterstützungssysteme und ihrer Kohärenz mit dem nationalen Fördersystem. Hierzu liegen umfangreiche Analysen vor (etwa *Peneder et al.*, 2006; *Leo et al.*, 2006; *Hözl et al.*; 2006, *Aiginger et al.*, 2008; *Janger et al.*, 2010), die nicht nochmals referiert werden können. Daher seien hier nur einige innovationspolitische Maßnahmenvorschläge genannt, die direkt mit der demographischen Entwicklung in Zusammenhang stehen:

Räumlicher Ausgleich in der Innovationsorientierung als regionalpolitische Zielsetzung

Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass Initiativen zum Abbau von regionalen Produktivitätsunterschieden, vor dem Hintergrund der derzeit absehbaren räumlichen Ausprägung des demographischen Wandels (Teilbericht 1), noch an Bedeutung gewinnen werden, sollen zunehmende regionale Disparitäten im ökonomischen Entwicklungsniveau in Österreich auch in Zukunft vermieden werden. Dies deshalb, weil für die jüngere Vergangenheit (seit 1995) nach neueren Analysen (*Mayerhofer et al.*, 2008) zwar ein Abbau regionaler Disparitäten gezeigt werden kann, dieser jedoch nicht in einer signifikanten Angleichung der regionalen Produktivitäten seine Ursache hatte. Aufholprozesse von Regionen mit Entwicklungsrückstand gingen vielmehr (bei hier deutlich höherer Beschäftigungsintensität des Wachstums) auf einen verstärkten Arbeitseinsatz in diesen Regionen zurück.

Eine solche Entwicklungsstrategie wird freilich aus demographischen Gründen gerade in ländlichen und (strukturschwachen) sachkapitalintensiven Regionen auf Sicht kaum noch gangbar sein, weil sich Phänomene der Alterung und Schrumpfung des Erwerbspotentials nach den Ergebnissen des Teilberichts 1 gerade auf diese Regionen verstärkt konzentrieren werden. Es scheint damit anzuraten, den Abbau ausgleichender Förderungen der EU-Kohäsionspolitik in Österreich nicht zu Einsparungen auch in den damit verbundenen öffentlichen Kofinanzierungsmitteln zu nutzen. Vielmehr sollten sie wesentlicher Bestandteil einer Regionalpolitik in nationaler bzw. regionaler Verantwortung sein, die ihre Aktivitäten noch stärker auf

²⁴⁾ Die österreichischen F&E-Ausgaben stiegen von (1998) 1,78% auf zuletzt 2,78% des BIP deutlich über den Schnitt der EU 15 (2,0%). Damit haben sich auch die Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt von (1996) 95,7 auf zuletzt 217,0 (EU 27 116,5) deutlich erhöht.

den Abbau von Produktivitätsunterschieden und damit die regionale Wettbewerbsfähigkeit ausrichtet.

Alterung als Thema von missionsorientierten Programmen und Clusterinitiativen

Lohnend könnte es sein, die Thematik der alternden Gesellschaft stärker in missionsorientierten Programmen und Clusterbestrebungen der regionalen Innovations- und Technologieförderung zu verankern. So unterstützen Förderprogramme etwa in Japan, das in Hinblick auf die Alterung über erhebliche Erfahrung verfügt, ganz bewusst Entwicklungen, die an den Bedürfnissen älterer Menschen ansetzen und hierzu neue bzw. verbesserte technische Lösungen und/oder Organisationsformen erarbeiten.

Zu denken ist dabei im technologienahen Bereich etwa an Medizin- und Gerontotechnik, aber auch an die benutzerfreundliche Anpassung von Alltagstechniken, verbesserte Softwarelösungen zur Benutzerführung bei technischen Geräten ("Transgenerational Design") oder die Umgestaltung der Wohnumgebung durch die elektronische Steuerung verschiedener Funktionen ("intelligente Häuser").

Zudem dürften im weniger technologieorientierten Bereich durch die Alterung eine Reihe von neuen Geschäftsfeldern entstehen, etwa in der Bauwirtschaft rund um das Thema "Barrierefreiheit", in der Logistik durch verstärkte Bringdienste, oder im Dienstleistungsbereich über die seniorenrechtliche Gestaltung von Freizeit-, Wellness- und Tourismusleistungen oder haushaltsbezogene Dienstleistungen (Alltagshilfen bei Einkaufen, Gartenpflege etc.). Die regionale Wirtschaftsförderung könnte hier Best-Practices aufzeigen und neue entstehende Optionen für eine Geschäftstätigkeit verstärkt in ihrer Beratungstätigkeit berücksichtigen.

Zielgruppenspezifische Ansätze im Wissenschaftsbereich

Um einem Rückgang der wissenschaftlichen Kapazität und der Innovationskraft durch ein schrumpfendes und alterndes Erwerbspotential vorzubeugen, sollten Bemühungen verstärkt werden, den Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen im Allgemeinen und in technischen Studien und neuen IT-Berufen im Besonderen weiter zu erhöhen. Zu denken wäre an eine Verstärkung von Programmen zur Motivation und Interessensbildung schon in den Schulen, wie sie derzeit von einigen Bundesländern durchgeführt werden. Wesentlich wäre auch die Erarbeitung und Umsetzung von Konzepten zur Vereinbarkeit von Studium und Kindern an den Universitäten bzw. deren Instituten ("familiengerechte Hochschule"). Die Wirtschaftspolitik könnte diese Entwicklung durch eine entsprechende Auditierung unterstützen²⁵), auch wären Ansätze der Subjektförderung denkbar, die Studentinnen mit Kindern etwa bei Promotion oder Habilitation temporär unterstützen.

In Hinblick auf die Sicherung einer hohen Innovationskapazität im (alternden) Wissenschaftler/innenbestandes selbst scheinen zunehmend universitäre Programme notwendig, die

²⁵) Erfahrungen dazu liegen in Deutschland für einige Bundesländer vor (Baier, 2009), in Österreich wäre dies wohl vorwiegend Aufgabe der Bundesebene.

fachlich hochwertige und spezifisch an den Bedürfnissen von Akademikern/innen ab 45 orientierte Weiterbildungsangebote zum Inhalt haben. Denkbar wären hier kürzere "Refreshment-Kurse" oder Summer-Schools, aber auch länger dauernde "mid-career-Studies", die durch entsprechende Bildungskarenzformen flankiert werden könnten.

Stärkerer Fokus auf Ältere in der Gründungsförderung

Letztlich könnte es angesichts der demographischen Entwicklung sinnvoll sein, Ältere verstärkt in gründungsbezogene Initiativen der regionalen Wirtschaftsförderung einzubeziehen. Wie rezente empirische Analysen (Bönte *et al.*, 2007) zeigen, ist die Gründungsbereitschaft nach dem Alter im Hochtechnologie-Bereich durch eine zweigipflige Verteilung mit Maxima im jungen (20 bis 29) und späteren Erwerbssalter (40 bis 49) geprägt. Mit weiter steigender Lebenserwartung und späteren Pensionsalter könnten Gründer im späteren Erwerbssalter noch an Bedeutung gewinnen. Damit scheint es sich für die regionale Wirtschaftspolitik zu lohnen, verstärkt spezifische Angebote für diese Personengruppe zu entwickeln, um einem Absinken der Gründungsaktivität durch die Alterung entgegen zu wirken.

3.5.2 Maßnahmen in der Bildungs- und Qualifizierungspolitik

Noch stärker als innovationspolitische Maßnahmen dürften zumindest mittel- und langfristig Aktivitäten der Bildungs- und Qualifizierungspolitik auf Produktivität und Wirtschaftswachstum wirken, weil die Qualifikationsstruktur des regionalen Humankapitals diese Zielgrößen über mehrere Mechanismen beeinflusst. So sind (hoch)qualifizierte Arbeitskräfte auf Firmenebene Grundlage für eine eigenständige Innovationstätigkeit, aber auch für die effizienzsteigernde Implementierung zugekaufter Innovationen im Unternehmen. Auf systemischer Ebene verengen sich die komparativen Vorteile von Standorten in hoch entwickelten Ländern immer stärker auf technologie- und skill-intensive Aktivitäten, ein Strukturwandel zu höheren Qualifikationen und die Notwendigkeit eines Übergangs zur Wissensgesellschaft sind die Folge²⁶). Damit sind letztlich auch Erwerbsbeteiligung und Beschäftigungsfähigkeit auf individueller Ebene stark mit dem Qualifikationsniveau korreliert, sodass die regionale Qualifikationsstruktur auch den Grad der Ausschöpfung des regionalen Erwerbspotentials bestimmt²⁷).

Vor diesem Hintergrund scheint es in einer alternden Gesellschaft mit geringer Dynamik im Erwerbspotential unabdingbar, Bildung und Qualifizierung als umfassendes Konzept im Lebenszyklus zu verankern – beginnend mit einer verbesserten frühkindlichen Bildung, über ein

²⁶) So hat das Arbeitsvolumen Hochqualifizierter seit Beginn der 1990er Jahre mit +2,9% p.a. rasant zugelegt, während es im mittleren Ausbildungssegment stagnierte (+0,2% p.a.) und bei Geringqualifizierten massiv rückläufig war (-2,1% p.a.; Peneder, 2006). Der Anteil gering qualifizierter Arbeitskräfte hat sich seit 1995 von rund einem Viertel auf zuletzt (2007) 17% reduziert, während die Anteile aller übrigen Ausbildungssegmente (besonders aber der von Arbeitskräften mit Tertiärausbildung von 8,2% auf 12,9%) angestiegen sind.

²⁷) 2008 waren 44,1% der erwerbsfähigen Bevölkerung mit maximal Pflichtschulabschluss inaktiv, aber nur 11,7% der Erwerbsfähigen mit Tertiärer Ausbildung. Für diejenigen, die aktiv am Erwerbsleben teilnahmen, zog höhere Qualifikation zudem ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko nach sich: Die Arbeitslosenquote von Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss lag nach Eurostat gemessen an den 15 bis 64-Jährigen 2008 mit 8,1% viereinhalb mal so hoch wie jene von Personen mit Tertiärsabschluss (1,8%).

hoch qualitatives und alle Gesellschaftsschichten einschließendes Erstausbildungssystem, bis hin zu Bildungsmaßnahmen in späteren Erwerbs- und Lebensphasen (Bock-Schappelwein *et al.*, 2009). Dabei werden Weiterbildung und Lebensbegleitendes Lernen – für sie wurden bereits in Abschnitt 3.4 Handlungsvorschläge erarbeitet – freilich nur dann erfolgreich sein, wenn sie auf eine gute Früh- und Erstausbildung aufsetzen: Nach allen empirischen Erkenntnissen ist die Teilnahme an Bildungsangeboten im Erwachsenenalter durch Bildungsgewohnheiten und -erfahrungen mitbestimmt, die in den frühen Bildungsphasen erworben wurden (Kruse, 2006). Erfahrungen im Erstausbildungssystem sind also für die weitere Bildungsbiographie prägend und bestimmen letztlich auch über die Fähigkeit, Bildungslücken im späteren Lebensalter zu schließen oder Tendenzen der De-Qualifizierung durch neue Technologien mit erfolgreichen Weiterbildungsaktivitäten zu begegnen. Vor dem Hintergrund, dass der Übergang zu höheren Qualifikationen in Österreich nach allen empirischen Ergebnissen eher schleppend verläuft: So verfügen Schüler/innen in Österreich nach den von der OECD (2000, 2003, 2006) durchgeführten PISA-Tests zum Ende ihrer Pflichtschulzeit im internationalen Vergleich nur über mittelmäßige fachspezifische und allgemeine Kompetenzen, und auch quantitativ ist das heimische Schulsystem (ähnlich wie jenes in Deutschland) weniger erfolgreich als etwa jenes der nordeuropäischen Staaten. So hatten 2007 10,2% der Frauen zwischen 18 und 24 Jahren nur eine Ausbildung der Sekundarstufe 1 und waren damit "frühe Schulabgänger" in EU-Definition, kaum weniger als zur Jahrtausendwende (10,7%) und mehr als doppelt so viele wie in den besten 3 EU-Ländern. Bei Männern ist dieser Anteil zwischen 2000 (9,6%) und 2007 (11,6%) sogar gestiegen und überschreitet damit zuletzt das einschlägige Barcelona-Ziel (10%). Auch das vom Europäischen Rat formulierte Ziel eines mittleren Abschlusses (Sekundarstufe 2) für 85% aller Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren wird zuletzt nur bei den Frauen, nicht (mehr) aber bei Männern erreicht.

Auf regionaler Ebene dürfte die Herausforderung dabei in Wien, Niederösterreich, Kärnten und Tirol größer sein als etwa im Burgenland, Salzburg oder Oberösterreich (vgl. Anhang; Indikatoren zu Ziel B.4). Zunächst ist die Ausbildungsquote aus demographischen Gründen in fast allen Bundesländern rückläufig, die "Manövriermasse" für ein Up-Grading der Qualifikationsstruktur über die Ausbildung wird also tendenziell kleiner. In Wien, der Steiermark und Tirol wird auch das Ziel eines (signifikant) steigenden Anteils von Jugendlichen in höherer Ausbildung verfehlt, sodass in Wien und Tirol sowie Kärnten auch der Beschäftigtenanteil mit nur Pflichtschule in der Beobachtungsperiode nicht (signifikant) gesunken ist. Die Bedeutung hoch qualifizierter Beschäftigter hat dagegen seit 1995 in allen Bundesländern signifikant zugenommen, mit Ausnahme von Wien und Salzburg freilich von einem im nationalen Vergleich niedrigen Niveau aus.

Insgesamt ist die Herausforderung im Bereich des Ausbildungs- und Qualifizierungssystems damit erheblich, sodass hier beträchtliche Anstrengungen erforderlich sein werden.

"Demographische Dividende" zu Verbesserungen im System nutzen

Grundsätzlich muss bei rückläufigem Erwerbspotential stärker die Erkenntnis handlungsleitend sein, dass künftig jeder junge Mensch im Wertschöpfungsprozess benötigt wird. Daher sind alle Möglichkeiten zu nutzen, um das Begabungspotential der Kinder und Jugendlichen in vollem Umfang zur Entfaltung zu bringen. Das bedarf früher, individueller und nachhaltiger Förderung und ist entsprechend ressourcenintensiv.

Vor diesem Hintergrund wäre es kurzsichtig, den Bildungsbereich angesichts einer demographischen Entwicklung mit sinkenden Kinder- und SchülerInnenzahlen²⁸⁾ als finanzpolitische Entlastungsmasse zu begreifen. Freiwerdende Ressourcen sollten vielmehr zu großen Teilen zur Intensivierung bzw. Verbesserung der Ausbildung genutzt werden. Dies gilt vor allem auch für die Bundesländer, die für die frühen Ausbildungsstufen und damit für Bereiche zuständig sind, denen für die Weiterentwicklung des Gesamtsystems zentrale Bedeutung zukommt.

Dies bedeutet nicht, dass angesichts begrenzter Spielräume nicht auch im Bildungsbereich kreative Ansätze geboten sind, um eine kostengünstige Leistungserbringung zu ermöglichen²⁹⁾. Grundsatz sollte jedoch sein, dass "intelligentes Sparen" nicht an den mittelfristigen Wachstumsgrundlagen ansetzen sollte, wozu Bildung sowie Forschung und Entwicklung zweifelsfrei gehören (Aiginger et al., 2010).

Soziale und ethnische Durchlässigkeit des Schulsystems erhöhen

Besonderes Problem des heimischen Schulsystems ist die starke Differenzierung schon in frühen Bildungsphasen bei gleichzeitig geringer Durchlässigkeit. Bei genauerer Betrachtung kommen die mäßigen Ergebnisse internationaler Vergleichstests (etwa PISA) nicht durch schlechtere Leistungen der "guten" Schüler/innen, sondern durch besonders schwache Ergebnisse der Probanden am unteren Ende des Leistungsspektrums zustande. Gleichzeitig ist der Zusammenhang zwischen sozialer bzw. ethnischer Herkunft und Schulerfolg eng, und Bildungskarrieren werden in hohem Maße "vererbt". Damit trägt unser Schulsystem gegenwärtig eher zur Verstetigung denn zur Nivellierung von schichtspezifischen Ungleichheiten bei, was umso schwerer wiegt, als der Schulabschluss über Arbeitsmarktchancen und Verdienstmöglichkeiten, aber auch die spätere Weiterbildungsbeteiligung und letztlich die Beschäftigungsfähigkeit im Alter (mit)entscheidet.

Insofern wirken soziale und ethnische Benachteiligungen im Schulsystem nicht nur auf die individuellen Bildungs- und Erwerbskarrieren, sondern bedeuten volkswirtschaftlich (gerade bei rückläufigem Erwerbspotential) eine enorme Vergeudung von Ressourcen. Besonders

²⁸⁾ Die Zahl der Volksschulkinder wird in Österreich bis zum Jahr 2016 um rund 1% zurückgehen, längerfristig aber wieder steigen und 2030 um 5% höher sein als 2008. Stärker werden demographische Rückgänge im Hauptschul- bzw. AHS-Unterstufenalter spürbar sein: Die Kohorte der 10 bis 13-Jährigen wird bis 2020 um 9% schrumpfen und sich dann wieder erholen, 2030 wird sie noch um 5% niedriger sein als derzeit (Hanika et al., 2009).

²⁹⁾ Beispielhaft könnten etwa im Bereich schulischer Ganztagsbetreuung Angebote der offenen Jugendarbeit oder von Vereinen stärker eingebunden werden, auch das freiwillige bürgerschaftliche Engagement von Älteren (etwa in der Lernbetreuung) wäre anzudenken.

hervorzuheben ist dabei die Situation von MigrantInnenkindern, stellt die Beherrschung der deutschen Sprache doch eine entscheidende Voraussetzung für Bildungszugang und beruflichen Erfolg dar. Gerade hier können sich Benachteiligungen damit über mehrere Generationen verfestigen (Kruse, 2006).

Wesentliche Priorität der Bildungspolitik sollte es damit sein, die Rahmenbedingungen für eine stärker individuelle Förderung benachteiligter Kinder und Jugendlicher zu verbessern und die soziale und ethnische Durchlässigkeit des Gesamtsystems über entsprechende institutionelle Reformen zu erhöhen.

Ausbau der frühkindlichen und vorschulischen Bildung

Wesentlicher Ansatzpunkt dazu ist eine Bildungspolitik, die bereits vor dem traditionellen Schuleintrittsalter einsetzt. Wie neuere Studien zeigen, wird die Lernfähigkeit von Kindern vor allem in den ersten Lebensjahren geformt (Esping-Andersen, 2008). Zielsetzung sollte damit eine breit angelegte und qualitativ hochwertige Betreuung von Kleinkindern sein, in der die natürliche Neugierde auf spielerische Weise angeregt wird und soziale Handlungskompetenzen vermittelt werden. Sie könnte positive Wirkungen auf die demographische Entwicklung (Abschnitt 3.2) und die Erwerbsquote der Frauen (Abschnitt 3.3) ausüben, aber auch die kognitive Entwicklung der Kinder fördern und einen positiven Einfluss auf die Verteilung der Bildungschancen (Reduktion der sozialen Vererbung) bzw. die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund haben.

Das derzeit in Österreich implementierte verpflichtende und finanzierte Kindergartenjahr setzt hier vergleichsweise spät an, ist aber als Integrationsinstrument äußerst wertvoll. Es sollte daher Konsolidierungsbestrebungen nicht zum Opfer fallen, sondern im Gegenteil durch eine Weiterqualifizierung des Personals im Bereich Sprachförderung und Sprachstandsdiagnose aufgewertet werden. Generell braucht es ein Konzept für die Aus- und Weiterbildung der eingesetzten ErzieherInnen, das die neuen Anforderungen an die vorschulische Bildung (etwa Sprachförderung, interkulturelle Kompetenzen, aber auch Beratungskompetenz gegenüber den Eltern in Erziehungsfragen) verstärkt aufnimmt und Modellen eines flexibleren Übergangs von Kindergarten zur Schule verstärkt Rechnung trägt.

Stärkere individuelle Förderung in den Schulen

Auch im Schulbereich scheinen Adaptionen nicht zuletzt in den von den Bundesländern verantworteten Bildungsstufen lohnend. So zeigen neuere Studien (Weiß, 1997; Weiß – Preuschoff, 2004), dass kleine Klassen vor allem in den untersten Schulstufen signifikante Leistungssteigerungen verursachen. Daher sollten die Betreuungsintensität und individualisierte Förderformen gerade in den Eingangsklassen der Pflichtschule vorangetrieben werden, wo grundlegende Kenntnisse und Einstellungen gebildet werden.

Generell sind individuelle Förderangebote gerade in der Pflichtschule weiter zu forcieren, um die Zahl der Jugendlichen mit berufsqualifizierendem Abschluss zu erhöhen. Dies gilt vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund, deren Chancen durch gezielte Sprachförderung, den

Einsatz von LehrerInnen mit Migrationshintergrund und individuelle Förderung (Integrationslehrer) deutlich zu verbessern wären.

Gerade in städtischen Problemlagen wären Schulen als zentrale Orte der Integration zu begreifen, die sprachliche und kulturelle Kompetenzen in allen Altersstufen gezielt fördern, die besonderen Potentiale von Migrationskindern (Mehrsprachigkeit, interkulturelle Kompetenz) verstärkt ansprechen, und über Beratungsleistungen für die Eltern sowie interkulturelle und intergenerationelle Lernangebote auch "nach außen" wirken.

Grundlage dafür wäre eine professionelle Qualitätssicherung, vor allem über die Implementierung von Routinen der Selbst- und Fremdevaluierung auf Schulebene, sowie eine verbesserte und professionalisierte Weiterbildung für Lehrer/innen. Hier böte die bevorstehende verstärkte Erneuerung des Lehrkörpers in den nächsten Jahren (vgl. Abschnitt 3.6) die Chance, eine neue Kultur des "lebenslangen Lernens der Lehrenden" zu etablieren und dienstrechtlich stärker zu verankern.

Modularisierung der beruflichen Ausbildung

Das duale Ausbildungssystem steht und fällt mit der Qualität der Pflichtschulausbildung, die dort angezogenen Maßnahmen sind daher auch für eine quantitativ und qualitativ ausreichende Lehrlingsausbildung wichtig. In der Lehrlingsausbildung selbst sind Qualitätsverbesserungen in der Berufsschule anzustreben. So wären Stütz- und Fördermaßnahmen für leistungsschwache Jugendliche zu implementieren, berufsfachliche Qualifikationen wären durch die Vermittlung von sozialen und kommunikativen Basiskompetenzen zu stärken.

Vor allem aber wäre angesichts der Flexibilisierung der Arbeitswelt und tendenziell sinkender Betriebszugehörigkeitsdauern daran zu denken, die Ausbildungsgänge unter Wahrung des Berufsprinzips stärker in modular aufeinander aufbauende und getrennt zertifizierte Lernbausteine zu gliedern, die bei einer Weiterentwicklung der individuellen Berufsperspektive an ein ebenfalls modular aufgebautes Weiterbildungssystem (vgl. Abschnitt 3.3.) anschlussfähig sind. Dies könnte ebenso wie die stärkere Verbindung von Matura und Lehre bzw. generell die stärkere Durchlässigkeit des höheren Bildungssystems für Absolventen der beruflichen Ausbildung auch die Attraktivität der Lehrberufe steigern, was angesichts der weiteren demographischen Entwicklung³⁰⁾ wesentlich sein wird.

Letztlich wird – dies auch eine Aufgabe für die Bundesländer – den Betrieben verstärkt klarzumachen sein, dass heute nicht ausgebildete junge Menschen bei rückläufigem Erwerbspotential in Zukunft als Fachkräfte fehlen werden. Die Bereitstellung betrieblicher Erstausbildungsmöglichkeiten ist also ein dringendes Gebot vorausschauender Personalpolitik, sie könnte – wo notwendig – durch entsprechende Anreize unterstützt werden. Vor allem am städtischen Standort könnte es hier auch sinnvoll sein, Unternehmen im Eigentum von Perso-

³⁰⁾ Die Zahl der Jugendlichen im lehrlingsfähigen Alter (14 bis 17 Jahre) wird österreichweit um 14% bis zum Jahr 2024 sinken und danach wieder deutlich steigen.

nen mit Migrationshintergrund verstärkt anzusprechen, in denen Ausbildungsprozesse oft wenig formalisiert und damit nicht zertifizierbar von Statten gehen (Enzenhofer et al., 2007).

Weiterer Ausbau höchster Qualifikationsangebote

Letztlich sei trotz hier nur beschränkter Einflussmöglichkeiten der Bundesländer darauf hingewiesen, dass der Sicherung ausreichender Ausbildungskapazitäten an Österreichs Universitäten zentrale Bedeutung für Innovationskraft und Produktivität zukommt. Die im internationalen Vergleich starke Konzentration auf mittlere berufliche Qualifikationen ist dem technologischen Wandel, der eindeutig höhere Qualifikationsanforderungen stellt, immer weniger angemessen (Bock-Schappelwein et al., 2009), die Förderung von Fachhochschulen durch die Bundesländer kann diesem Problem nicht allein gerecht werden.

Vor diesem Hintergrund und der im internationalen Vergleich noch immer extrem niedrigen AkademikerInnenquote in Österreich³¹⁾ sind quantitative Zugangsbeschränkungen zum Studium, wie sie derzeit zunehmend implementiert werden, wenig sinnvoll. Vielmehr wären fehlende Ressourcen nachzuführen, wobei in der Finanzierung durchaus auf eine angemessene Beteiligung der Nachfrageseite zurückgegriffen werden sollte: Studiengebühren sind angesichts erheblicher auch privater Erträge eines universitären Studiums ökonomisch durchaus angezeigt, verknüpft mit einem System rückzahlbarer Kredite wäre auch die Verteilungsgerechtigkeit gewährleistet. Positive Nebeneffekte wären bei relevanter Höhe ein verstärkter Anreiz für die Universitäten, in eine qualitätsvolle Lehre zu investieren, sowie eine Reduktion der universitären Ausbildungszeiten, was vor dem Hintergrund der Sicherung eines ausreichenden Erwerbspotentials ebenfalls positiv zu bewerten wäre. Letzterem sollte auch der Übergang zu gestuften Studiengängen (Bologna-Prozess) dienen, verbliebene Umsetzungsprobleme und Nachbesserungen zur Sicherung der Qualität wären hier mit Nachdruck zu verfolgen.

3.6 Infrastrukturpolitik: Altersgerechte Infrastrukturen bereitstellen

Wesentliche Herausforderung aus dem demographischen Wandel (auch) für die Bundesländer ist nicht zuletzt die Bereitstellung altersgerechter Infrastrukturen. Analysen im Bereich der sozialen Infrastruktur (Gesundheitsbereich, Pflege etc.) sowie Überlegungen zur nachhaltigen Finanzierung notwendiger Infrastrukturen waren explizit nicht Ziel unserer Studie. Der Abschnitt konzentriert sich daher auf Maßnahmen zur Sicherung effizienter Raum- und Verkehrsstrukturen unter den Bedingungen einer alternden Gesellschaft.

³¹⁾ Der Anteil der 25 bis 34-Jährigen mit Tertiärausbildung lag in Österreich (2007) mit 19% nur etwas mehr als halb so hoch wie im Durchschnitt der OECD-Länder (34%), was Platz 26 unter 30 OECD-Ländern bedeutete. Damit war auch der Vorsprung der Jüngeren gegenüber der Kohorte der 55 bis 64-Jährigen (14% mit Tertiärausbildung, OECD 20%) vergleichsweise niedrig (OECD, 2009).

3.6.1 Maßnahmen zur Sicherung effizienter und nachhaltiger Raum- und Verkehrsstrukturen

Erhebliche Herausforderungen werden die regional differenzierten Entwicklungen des demographischen Wandels in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur und Siedlungsentwicklung nach sich ziehen. Die Steuerung von demographischen Wachstums- und Schrumpfungsprozessen, die geänderten Ansprüche einer alternden Gesellschaft und nicht zuletzt zu erwartende Finanzierungsbeschränkungen machen die Entwicklung und Umsetzung adäquater regionaler Lösungen und Handlungsansätze für Raum und Verkehr notwendig. Zu den Bereichen, für die bestehende Maßnahmen intensiviert und neue Maßnahmen entwickelt werden müssen, gehören:

- auf übergeordneter Ebene die verstärkte Durchsetzung raumstruktureller Leitbilder, die Sicherung der Versorgungsstrukturen auch in benachteiligten Räumen, sowie und eine stärkere Integration von Siedlungs- und Verkehrsplanung,
- generell die stärkere Berücksichtigung von Überlegungen zur fiskalischen Effizienz in Investitionsvorhaben,
- die Sicherung eines schlagkräftigen öffentlichen Personennahverkehrs (Betriebs- und Finanzierungsformen), und
- eine altersgerechte Ausgestaltung der Infrastrukturen und Verkehrssysteme.

Durchsetzung des raumstrukturellen Leitbilds der "dezentralen Konzentration"

Der demographische Wandel der kommenden Jahrzehnte verstärkt die Notwendigkeit, nachhaltige und ressourcenschonende raumstrukturelle Leitbilder auf Ebene der Bundesländer und der Kommunen auch konkret umzusetzen: Viele Regionen Österreichs – vor allem die Metropolregion Wien, aber auch die Agglomerationen der großen Landeshauptstädte – werden einem stetigen Bevölkerungswachstum gegenüber stehen. Dieses gilt es seitens der Raumordnung zu "kanalisieren", um "langfristige Reserven zu sichern und flächenbezogene Nutzungskonflikte zu minimieren" (Fassmann, 2008, S.42). Andererseits stehen schrumpfende Regionen vor der Herausforderung, verbliebene "zentrale Orte" zu stabilisieren und auf diese Weise notwendige Versorgungsstrukturen zu sichern.

Logischer Ansatz zur Erreichung beider Ziele ist das Prinzip der "dezentralen Konzentration". Es hat in die Raumordnung und -planung vieler Bundesländer bereits Eingang gefunden, ohne freilich in Praxis hinreichend wirkungsmächtig zu werden: Nach wie vor gelingt es nicht hinreichend, die Flächenwidmung auf Siedlungsschwerpunkte und durch den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) gut zu erschließende Standorte zu lenken. Dadurch mögliche Vorteile in der Bündelung des Verkehrs, der effizienten und nachhaltigen Erschließung des Raums durch Ver- und Entsorgungssysteme und generell in der Kosteneffizienz können damit nicht vollständig genutzt werden.

Dies muss als Folge der schwachen regionalen Koordination der Flächenwidmung der Kommunen interpretiert werden. Zudem setzt das aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten zu hinter-

fragende System der Pendlerpauschale Anreize zur Haushaltsstandortwahl in verkehrlich ineffizienten Lagen. Da die weitere demographische Entwicklung – insbesondere der Haushalte – in den wachsenden Regionen den Druck auf Flächeninanspruchnahme und Verkehr weiter erhöhen wird, scheint eine Stärkung der regionalen Planung und Koordinierung seitens der Länder dringend geboten. Darüber hinaus ist eine stärkere regionale Zusammenarbeit zur effizienzorientierten Anpassung von Siedlungsstrukturen und Verkehrssystemen anzustreben. Erfolgreiche Konzepte für eine Standortplanung, die die verkehrlichen Wirkungen von Nutzungen stärker berücksichtigen, liegen auf internationaler Ebene (etwa in den Niederlanden) vor.

Strategiemix zur Sicherung tragfähiger Versorgungsstrukturen in schrumpfenden Räumen

Die "Ausdünnung" bestimmter ländlich-peripherer Räume, aber auch von Randlagen im suburbanen Raum führt langfristig zu einer Reihe von negativen Effekten für Siedlungsentwicklung und Verkehr (Müller – Siedentop, 2004). Zu diesen gehören längere Pendel- und Versorgungswege für die Bevölkerung, Probleme der fiskalischen Effizienz bestimmter Infrastruktureinrichtungen und öffentlicher Dienstleistungen (z. B. ÖPNV) und höhere Gebühren für deren Nutzung. Dies kann in einer Negativspirale die Wanderung in zentralere Orte weiter befördern. Für die regionale und kommunale Ebene ergeben sich daraus eine Reihe von Herausforderungen:

- Soziale Infrastruktur: Aufrechterhaltung wohnortnaher Bildungsangebote und Anpassung der sozialen Einrichtungen (etwa im Bereich der Pflege) an die alternde Bevölkerung
- Technische Infrastruktur: u.a. Sicherung eines Grundangebots an Dienstleistungen des öffentlichen Verkehrs (siehe unten)
- Handel, Dienstleistungen und Verwaltung: Sicherstellung der Nahversorgung mit Waren und Dienstleistungen des täglichen Bedarfs; Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen
- Siedlungs- und Landschaftsbild: Attraktivitätssteigerung der ländlichen Siedlungen durch Maßnahmen der Stadt-/Dorferneuerung
- Kommunikation: Verbesserung der Bildungsangebote und der medizinischen Versorgung durch technologiebasierte mobile Dienste (E-Learning etc.)

Die Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von Waren und Dienstleistungen im ländlichen Raum kann langfristig durch einen Strategiemix der folgenden Maßnahmen gesichert werden:

- Der verstärkten Umsetzung eines Zentrale-Orte-Konzepts auch im ländlichen Raum
- Der Förderung von Maßnahmen zur Kombination von Basis-Einrichtungen der Privatwirtschaft (Läden etc.) mit mobilen Dienstleistungen (Lieferdienste etc.)
- Der Förderung von mobilen haushaltsbezogenen Diensten als separates Angebot (Pflege, Essensdienste etc.) vor allem für mobilitäts-beeinträchtigte oder nicht-mobile Personen

- Eine Förderung der stärkeren Durchdringung des Alltags mit Informations- und Kommunikationstechnologien als Ersatz für physische Mobilität (z. B. Telearbeit)

Dieser Strategiemix sollte zusammen mit bedarfsgerechten Angeboten an öffentlichen Verkehrsdienstleistungen (siehe unten) dazu führen, Abwanderungstendenzen entgegen zu wirken und ländliche (periphere) Gebiete als attraktive Lebensräume für alle Bevölkerungsgruppen zu erhalten.

Verstärkte Integration von Siedlungs- und Verkehrsplanung

Nicht zuletzt erfordert der demographische Wandel auch eine bessere Verschränkung von Siedlungs- und Standortplanung einerseits und der verkehrsträgerübergreifenden Verkehrsplanung andererseits. Sie ist notwendig, um Synergie- und Effizienzpotentiale auszuschöpfen und der Bevölkerung die Vorteile eines integrierten Raum- und Verkehrssystems (kurze Wege, Nahversorgung, Umfeldqualität etc.) zu bieten. Eine Verknüpfung von Raum- und Verkehrsplanung trägt auch der Tatsache beschränkter regionaler Finanzmittel Rechnung, um Verkehrsinfrastrukturen zu erweitern oder zu erneuern und den Betrieb und den Erhalt von Netzen und Diensten zu gewährleisten.

Kern der Integration von Siedlungsentwicklung und Verkehr auf der regionalen und kommunalen Ebene wäre dabei der Bereich der Standortentwicklung für die Funktionen Wohnen und Arbeiten. Künftige Siedlungsentwicklung – auch im suburbanen Raum – sollte sich wenn möglich nur noch auf (ggf. jetzt schon erschlossene) Verkehrsknoten und auf die Achsen des ÖPNV konzentrieren. Darüber hinaus sollten kommunale Raumplanung und regionale Raumordnung bei der Entwicklung neuer Wohnstandorte darauf achten, dass Möglichkeiten einer multimodalen Mobilität gewährleistet sind – nicht zuletzt in Hinblick auf die Lebenszyklusabhängigkeit des individuellen Verkehrsverhaltens und die spezifischen Anforderungen von Senioren an die verkehrliche Erreichbarkeit ihrer Wohnung.

Stärkung von Effizienzgesichtspunkten in Infrastrukturinvestitionen

Grundsätzlich muss gelten, dass bei allen regionalen und kommunalen Investitionsentscheidungen demographische Prozesse, die die Rentabilität der Maßnahme tangieren, verstärkt berücksichtigt werden. Investitionsvorhaben im Verkehr sollten somit (kontinuierlich) bezüglich der langfristigen Erfordernisse der regionalen Bevölkerung und der überregionalen Nachfrage überprüft werden. Daraus ergibt sich auch die Forderung, bestehende Bewertungsverfahren zur Verkehrsinfrastruktur auf deren "Lebenszyklus-Tauglichkeit" zu prüfen.

Im Sinne der nachhaltigen Finanzierbarkeit des Verkehrssystems ist es zudem ratsam, steigende Kapazitätsanforderungen in den Netzen verstärkt durch Verkehrsmanagementmaßnahmen aufzufangen. Im suburbanen Raum, wo die Leistungsfähigkeit des Straßennetzes schon heute ein hohes Niveau erreicht hat, sollten Ausbaumaßnahmen nur noch punktuell und bei tatsächlichen Engpässen Option sein. Neubau-Investitionen in die Netze des regionalen ÖPNV, insbesondere bei schienengebundenen Verkehren, sind darüber hinaus nur dort

sinnvoll, wo eine Verknüpfung mit der Siedlungsentwicklung hergestellt werden kann und tatsächlicher Siedlungsdruck besteht.

In allen Regionen – nicht nur den mit tendenziell sinkender oder stagnierender Verkehrsnachfrage – ist somit der Strategie Vorrang zu geben, den Verkehr effizienter zu gestalten, bevor weitere Ausbaumaßnahmen gesetzt werden. Effizienzsteigerungen im Verkehr sind durch geeignete Maßnahmen der Verkehrsorganisation, -management und -steuerung zu erreichen³²).

Weiters ist für alle Infrastrukturbereiche die intensive Abstimmung von Infrastrukturneubau und -erhaltung unter Beachtung der über die Lebensdauer der Anlagen unterschiedlichen Nutzungsintensitäten zu fordern. Dabei wird es teilweise notwendig sein, die Kompetenzen bei Planung, Bau, Management und Erhaltung von öffentlicher (Verkehrs-) Infrastruktur noch enger als bisher zu koordinieren.

Letztlich kann der demographische Wandel in Kombination mit den langfristigen Konsolidierungsbedarfen der öffentlichen Haushalte auch eine intensivere Nutzung privater Finanzierungs- und Betreibermodelle erfordern. Sie können im Erfolgsfall neben der Finanzkraft auch die Expertise und das gewinnorientierte Leistungsstreben der Privatwirtschaft nutzen, um Effizienzgewinne und Kosteneinsparungen zu realisieren (vgl. *Puwein et al.*, 2004). Ob Public Private Partnership (PPP) auf der regionalen bzw. sogar kommunalen Ebene eine noch wichtigere Rolle bei der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung zugewiesen wird, sollte allerdings von einer eingehenden Bewertung der bisherigen Erfahrungen mit öffentlich-privaten Kooperationen abhängig gemacht werden.

Differenzierte Strategien im öffentlichen Personennahverkehr

Der ÖPNV-Markt steht angesichts von strukturelle Nachfrageänderungen und Finanzierungsdefiziten insgesamt vor großen Herausforderungen: Das zukünftige Angebot ist vor allem in nachfrageschwachen Regionen gefährdet – und dies nicht nur im schienengebundenen Personennahverkehr, dessen Planung und Betrieb noch stärker als bisher in die Verantwortung der Länder übergehen wird³³). Der ÖPNV wird sich vor diesem Hintergrund nicht nur in nachfrageschwachen Räumen verändern (müssen), aber besonders dort.

In den Ballungsräumen werden die Sicherung und der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs auch künftig einer der Pfeiler zur Entwicklung eines nachhaltigen Verkehrssystems sein. Wachsende Bevölkerung, die demographische Haushaltsentwicklung und die nachholende Motorisierung bestimmter Bevölkerungsgruppen (Senioren, Frauen) lassen eine weitere – wenn auch weniger dynamische – Zunahme des Pkw-Verkehrs erwarten. Die weitere Entwicklung und Umsetzung von Strategien der Effizienzsteigerung im Straßenverkehr selbst, aber auch und vor allem zur Vermeidung und Verlagerung des motorisierten Individualver-

³²) Siehe dazu beispielsweise die Aktivitäten der ITS (Intelligent Transport System) Vienna Region <http://verkehr08.its-viennaregion.at>).

³³) Wie 2010 z. B. zwischen dem BMVIT und dem Land Niederösterreich vereinbart.

kehr ist damit dringend geboten. Dazu gehören nachfragesteuernde "Push"- Maßnahmen (z.B. die verstärkte Internalisierung der externen Kosten des Pkw-Verkehrs), aber auch "Pull"- Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des urbanen und regionalen ÖPNV. Schon in den letzten Jahren waren viele Städte und Regionen hier erfolgreich. Zu erwähnen sind neben Wien, das traditionell ein auch im internationalen Vergleich qualitativ hochwertiges ÖPNV-System bietet, der Aufbau und Ausbau der S-Bahn-Systeme in der Steiermark, rund um Innsbruck und im Bundesland Salzburg (die S-Bahn Linz befindet sich in Planung). Solche regional angelegten ÖPNV-Systeme, die mit der Siedlungsentwicklung verknüpft sind, sind vielversprechende Instrumente, um den demographischen Wandel in eine "flächen- und verkehrsparende" Richtung zu steuern.

In den nachfrageschwachen Regionen stellt die Sicherung eines bedarfsgerechten öffentlichen Verkehrs die zentrale Herausforderung dar. Effizienz und Wirtschaftlichkeit der Angebote korrelieren aufgrund der Nachfrage-Kosten-Relation mit der Bevölkerungs- und Siedlungsdichte. Die Angebotsgestaltung des ÖPNV im ländlichen Raum bewegt sich damit im Spannungsfeld geringe Nachfrage, Zersiedelung und geringer Bündelungsfähigkeit von Verkehren, der Konzentration von Einrichtungen auf wenige Standorte und der Abhängigkeit von Schülerverkehren. Der fortschreitende demographische Wandel mit sinkenden Schülerzahlen und die anhaltenden Entleerungstendenzen in bestimmten strukturschwachen Bezirken vergrößert die Notwendigkeit, bisherige Betriebsformen weiter anzupassen bzw. flexible, bedarfsgerechte und innovative Formen zu entwickeln. Das Spektrum von alternativen Betriebsformen und Maßnahmen zur Sicherung bedarfsgerechter öffentlicher Verkehre in nachfrageschwachen Räumen ist groß (vgl. BMVBS/BBSR, 2009) und sollte auch stärker als bisher in den betroffenen österreichischen Regionen umgesetzt werden.

Nutzung von Finanzierungsalternativen im ÖPNV

Die erzielbaren Fahrgeldeinnahmen reichen insbesondere außerhalb der Ballungsräume schon derzeit nicht aus, um den ÖPNV-Betrieb, die Erhaltung, das Management und den Ausbau der Infrastruktur zu gewährleisten. Der gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Nutzen öffentlicher Verkehrssysteme rechtfertigt jedoch eine zusätzliche Mittelausstattung des Nahverkehrs durch die öffentliche Hand. Diese erfolgt derzeit in Form von Fahrpreis-ersatz und -stützungen (z. B. für Schüler- und Lehrlingsfreifahrten) sowie weiteren Subventionen für den ÖPNV (Bestellungen gemeinwirtschaftlicher Verkehre).

In den nächsten Jahren stehen die österreichischen Länder und Kommunen vor der Herausforderung, die anhaltende und sich weiter ausdifferenzierende Nachfrage nach Dienstleistungen des ÖPNV unter gleichzeitig bestenfalls stagnierender finanzieller Unterstützung des Bundes zu gewährleisten. Langfristig wird dies eine Diskussion über eine Neuausrichtung der Gesamtfinanzierung des Systems erfordern. Für die Länder und Gemeinden als Aufgabenträger stellt sich die Frage, welche eigenen Optionen zur ÖPNV-Finanzierung bestehen, sodass die verkehrspolitischen und -planerischen Ziele im Sinne der Gesamteffizienz und Nachhaltigkeit der Mobilität zu erreichen sind.

Hier werden zunächst alle Möglichkeiten auszuschöpfen sein, um die ökonomische (und verkehrliche) Effizienz der bestehenden Dienstleistungen zu erhöhen. Ohne Zweifel werden jedoch künftig auch zusätzliche finanzielle Mittel nötig sein. Sie lassen sich voraussichtlich nur schwer über höhere Tarife erschließen. Auch stößt ein System, bei dem zusätzliche ÖPNV-Mittel über höhere allgemeine Landes- und kommunale Steuern und Abgaben bereitgestellt werden, an die Grenzen der Akzeptanz.

Trotzdem bleiben den Ländern und Kommunen sinnvolle Möglichkeiten den zusätzlichen Mittelbedarf mit ihren verkehrspolitischen Zielen zu verknüpfen. Dazu muss die grundsätzliche Entscheidung getroffen werden, die Finanzierung des ÖPNV verstärkt aus dem (Gesamt-)Verkehrssystem selber zu speisen. Dies bedeutet konkret, Abgaben auf die Nutzung des Pkw dem öffentlichen Verkehr zufließen zu lassen und/oder diejenigen an der Finanzierung des ÖPNV zu beteiligen, die von der Verfügbarkeit eines qualitativ hochwertigen ÖPNV profitieren.

In einer Studie hat das WIFO Szenarien für die Erhebung von so genannten "Mobilitätsabgaben für den Nahverkehr" evaluiert (Meyer – Schönfelder, 2009). Zu den näher untersuchten Abgaben gehörten:

- eine Dienstgeberabgabe für den ÖPNV (ähnlich der so genannten U-Bahn-Steuer in Wien),
- eine "Verkehrserregerabgabe" in Form einer Park- bzw. Zufahrtsgebühr für die NutzerInnen großer Einkaufs- bzw. Freizeiteinrichtungen,
- Maßnahmen der Parkraumbewirtschaftung, d.h. die Erhöhung/Anpassung von Parkgebühren in bestehenden Parkraummanagementkonzepten.

Zusätzlich zu diesen auf Landes- bzw. Kommunalebene zu implementierenden Finanzierungsinstrumenten wurde eine Abschätzung zum Aufkommen einer bundesweiten CO₂-Steuer auf Mineralöl vorgenommen, die mit einer Zweckbindung für den Ausbau des ÖPNV verbunden sein könnte.

Von diesen Mobilitätsabgaben entfaltet laut WIFO-Berechnungen eine MöSt-Erhöhung die umfassendste Lenkungswirkung in Richtung integrierte-nachhaltige Mobilität, vor allem, wenn das zusätzliche Aufkommen für die Finanzierung des ÖPNV zweckgebunden wird. Allerdings handelt es sich hier um eine Bundesabgabe, sodass die Regionen hier nicht autonom handeln können. Demgegenüber liegen die Einführung einer Dienstgeberabgabe oder einer Verkehrserregerabgabe sowie die Erhöhung von Sätzen in der Parkraumbewirtschaftung in der Kompetenz des Landes bzw. der Kommunen. Diese Instrumente ermöglichen ein gezieltes und flexibles Handeln in Hinblick auf die landespolitischen und kommunalen Ziele, beispielsweise bezüglich des Ausbaus des ÖPNV-Netzes.

Prüfung alternativer Trägerschaften im ÖPNV

In organisatorischer Hinsicht könnten gerade in den ländlichen Regionen in der Angebotsbereitstellung im ÖPNV auch alternative, nicht-öffentliche Trägerschaften an Bedeutung gewinnen. Dazu gehören etwa nachbarschaftliche Initiativen zur Sicherung der Mobilitäts-

grundbedürfnisse von nicht-motorisierten Haushalten. Hier bestehen in anderen Ländern schon konkrete Erfahrungen (z.B. in Großbritannien: "Community Transport Association", www.ctauk.org). *Sammer et al.* (2002) schlagen beispielsweise ein auf Vereinsbasis organisiertes "Landmobil" vor, das in Gebieten mit geringer Nachfrage bedarfsorientierte Mobilitätsdienste anbietet. Prinzipiell beruht ein solches System auf einem Rufbus-Prinzip mit kleinen oder Taxi-ähnlichen Fahrzeugen – z.T. könnten sogar Privatfahrzeuge zum Einsatz kommen. Der verstärkte Einsatz solcher Angebote, für die es mittlerweile auch in österreichischen Gemeinden erfolgreiche Beispiele gibt, würde zur Stärkung der Nahversorgung im ländlichen Raum beitragen und gleichzeitig den herkömmlichen ÖPNV über seine Zubringerfunktion stärken.

Die rechtlich-finanzielle Seite solcher Angebote im "para-transit", die sich teils außerhalb des herkömmlichen Rahmens des ÖPNV in Österreich bewegen, benötigt eine weitere Prüfung. Diese würde die Förderung solcher Dienste durch die öffentliche Hand, aber auch Haftungsfragen beinhalten. Ohne Zweifel würden solche Konzepte dem Ziel nachhaltiger Mobilität in strukturschwachen ländlichen Räumen entsprechen.

3.6.2 *Maßnahmen zur alterungsgerechten Ausgestaltung von Infrastrukturen und Mobilitätssystemen*

Grundsätzlich erfordert die Zunahme der Bevölkerung im Seniorenalter auch eine Neujustierung der Prioritätensetzung beim Angebot von öffentlicher Infrastruktur und Mobilitätsdiensten, wobei dies durch die Heterogenität der Gruppe der Älteren erschwert wird: Einerseits sind die Bedürfnisse einer großen Gruppe von aktiven, mobilen, unabhängigen, relativ gesunden und gut ausgebildeten Senioren zu befriedigen, andererseits stellen hochbetagte, weniger mobile und betreuungsbedürftige Menschen spezifische Ansprüche an das Raum- und Verkehrssystem. Jedenfalls werden aber für die Gestaltung des Verkehrssystems und die Ausstattung des öffentlichen Raums die folgenden Bedarfe abzudecken sein:

Strategien der Siedlungsentwicklung, Orts- und Regionalplanung

Für die Gruppe der (älteren) Senioren ist eine gute Ausstattung der näheren Wohnumgebung eine wichtige Voraussetzung zur aktiven Gestaltung ihres Alltags und der Mobilität. Dies stellt besondere Anforderungen an die künftige Gestaltung neuer Wohngebiete sowie die Sicherung von (Versorgungs-)Angeboten in den bestehenden Siedlungen. Wichtigster Bereich ist hier die Sicherung der Nahversorgung in allen Teilraumtypen. Dazu sind Maßnahmen im Bestand der Siedlungen und der Netze zu ergreifen, die auf die Integration von Raumplanung und ÖPNV-Konzepten zielen (siehe auch oben). Darüber hinaus muss planerisch auf die Tatsache reagiert werden, dass Ältere einen großen Teil ihrer Wege zu Fuß oder mit dem Fahrrad zurücklegen. Die Attraktivitätssteigerung und die Erhöhung der Nutzungssicherheit von Fuß- und Radwegenetzen ist damit eine wichtige Maßnahme.

Zudem wird es in Zukunft wichtiger, auf die Wohnpräferenzen und -bedürfnisse der wachsenden Gruppe der Senioren mit adäquaten Angeboten zu reagieren (Senioren- oder interge-

nerationelle Wohngemeinschaften, betreutes Wohnen etc.). Darüber hinaus sollten Beratungsangebote zum potentiellen Umzug zur Verfügung stehen: Oft besteht bei Älteren der Wunsch, in Gebiete oder Wohnungen zu übersiedeln, die den geänderten individuellen Ansprüchen (bezüglich Nahversorgung, Sicherheit, Wohnungsgröße, Angebot an haushaltsbezogenen Dienstleistungen etc.) besser entsprechen, oft fehlt es dazu aber an professioneller Unterstützung. Der Aufbau eines Netzwerks an Wohnberatungsstellen im kommunalen und regionalen Kontext könnte hier Abhilfe schaffen.

Bereich Verkehrsstrategien, Verkehrsplanung und Verkehrssicherheit

In der Verkehrssystemplanung aller räumlichen Ebenen sollte in einer alternden Gesellschaft das Prinzip der "Entschleunigung" des Verkehrsablaufs und eine Vereinfachung der Verkehrsteilnahme Platz greifen. Die Wahrnehmungs- und Reaktionsfähigkeit der Verkehrsteilnehmer sinkt mit fortschreitendem Alter, zudem unterscheiden sich die präferierten Geschwindigkeiten der Senioren/innen von denen der jüngeren Bevölkerung (Beckmann, 2006). Das derzeit in der Verkehrssystemplanung geltende Prinzip, dass die Netze auf hohe Geschwindigkeiten ausgerichtet sein sollten, ist vor dem Hintergrund zu hinterfragen. Konkret wird diese Forderung beispielsweise bei der Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln: Dort müssen langfristig im Betriebsablauf Umstiegs- und Einstiegszeiten den Erfordernissen der Gruppe älterer Fahrgäste angepasst werden. Ein anderes Handlungsfeld sind die geltenden Geschwindigkeitsbegrenzungen auf den Hochleistungsstraßen: Es kann erwartet werden, dass ältere Fahrer einerseits verstärkt einen homogenen Verkehrsfluss mit niedrigeren Geschwindigkeiten bevorzugen, andererseits eine geringere Risikobereitschaft im Verkehr (z.B. beim Überholen) an den Tag legen. Die Regionen sollten ihre administrativen Möglichkeiten im Bereich Verkehrsmanagement nutzen, um auf solche Präferenzen und Bedürfnisse zu reagieren.

Generell sollte das Thema Verkehrssicherheit im Licht der Alterung nochmals an Gewicht gewinnen. Eine (nicht-abschließende) Auswahl an Maßnahmen wären hier

- die Erhöhung der Sicherheit der Radwegenetze, beispielsweise durch die konsequente Trennung vom Pkw-Verkehr,
- die Einführung flächendeckender Tempo-30-Zonen in den Wohngebieten zur Unfallvermeidung,
- der Ausbau und die Schließung zusammenhängender Fußwegenetze,
- eine Intensivierung verkehrstechnischer Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Straßenverkehr (Beleuchtung, Installation von Lichtsignalanlagen bei Straßenquerungen, längere Grün-Phasen, getrennte Fuß-Radwege zur Vermeidung von Nutzungskonflikten), und
- Die Fortführung von Maßnahmen zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum.

Bereich Öffentlicher Personennahverkehr

In Österreich bestehen schon seit langem rechtliche Grundlagen, Initiativen und praktische Umsetzungen zu barrierefreien ÖPNV-Systemen – sowohl im Fernverkehr als auch in den Regionen (BMVIT, 2008; FGM, 2009). Bundesländer und Kommunen haben über ihre Verkehrsverbünde und ihre abhängigen Verkehrsunternehmen die Möglichkeit, Barrierefreiheit an Haltestellen und in den Fahrzeugen umzusetzen. Dies schließt sowohl die Festlegung von Standards bei den geförderten Dienstleistungen des ÖPNV bzw. in den Verträgen mit den Betreibern ein, als auch die (direkte) Investition in die Barrierefreiheit der örtlichen Infrastruktur und des Wagenmaterials. Prinzipiell ist Barrierefreiheit im ÖPNV eine wichtige Voraussetzung zur Nutzung durch ältere und mobilitätseingeschränkte Personen, steigert aber auch die Attraktivität der öffentlichen Verkehrsmittel für alle Fahrgäste und trägt somit zur nachhaltigen Mobilität bei.

Die Maßnahmen zur Umsetzung eines barrierefreien ÖPNV-Systems sind vielfältig und können an dieser Stelle nur umrissen werden. Neben den generellen Anforderungen an die Dienstleistungen des ÖPNV, nämlich Zuverlässigkeit, kurze Wartezeiten bzw. dichter Takt und Komfort, geht es bei der altersgerechten Gestaltung u.a. um

- eine zielgruppenspezifische Tarifgestaltung, auch unter besonderer Berücksichtigung von Zeiten schwacher Nachfrage, in denen die älteren Verkehrsteilnehmer wie gezeigt besonders oft unterwegs sind,
- die Verständlichkeit der Angebote,
- ausreichend bemessene Umsteigezeiten auch für Personen, die nicht die mittlere Gehgeschwindigkeit einhalten können,
- Orientierungshilfen an den Haltestellen, bei Umsteigewegen und in den Fahrzeugen,
- die Barrierefreiheit der Haltestellen und Fahrzeuge, insbesondere niedrige Einstiege, ausreichendes Platzangebot etc.,
- den Komfort an Haltestellen und in den Fahrzeugen (z.B. großes Angebot an Sitzplätzen, Beleuchtung und Witterungsschutz an Haltestellen etc.), sowie
- die Gewährleistung der Sicherheit an Haltestellen und in den Verkehrsmitteln.

Bereich Verkehrsinformation und Mobilitätsberatung

Auch in der Verkehrsinformation und Mobilitätsberatung sind die Länder über ihr Verkehrsmanagement (oft in Zusammenarbeit mit der ASFINAG) und die Verkehrsverbünde tätig. Hier wird es von Bedeutung sein, bei der Verkehrsinformation auch zielgruppengerechte, i.e.S. altersgerechte Alternativen (z.B. Routen, Fahrplanauskünfte, Passagieraufkommen, Verkehrssituationen mit erhöhten Anforderungen für ältere/beeinträchtigte Fahrerinnen) zur Verfügung zu stellen.

Auch die Förderung einer zielgruppenspezifischen Mobilitätsberatung, wie sie vereinzelt in den Bundesländern schon umgesetzt wird (Stadt Linz, Mobilitätszentrale Burgenland etc.),

gehört vor dem Hintergrund einer alternden, aber insgesamt mobileren Gesellschaft zu den Zukunftsaufgaben. Schließlich gäbe es im Bereich einer altersgerechten Pkw-Technik (Assistenzsysteme, Kamerasysteme zur Fahrerleichterung etc.) einen großen Spielraum für Verbesserungen, die allerdings durch die Bundesländer oder die Kommunen nicht unmittelbar beeinflusst werden können. Den Gebietskörperschaften und ihren Mobilitätsberatungsstellen kommt allerdings die wichtige Aufgabe zu, ältere und generell beeinträchtigte Fahrer Beratungsdienstleistungen zum Kauf oder der Miete von geeigneten Fahrzeugen anzubieten, die den physischen Kapazitäten dieser Verkehrsteilnehmer entsprechen.

Literaturhinweise

- Aiginger, K., Böheim, M., Budimir, K., Gruber, N., Pitlik, H., Schratzenstaller, M., Walterskirchen, E., "Optionen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte in Österreich", WIFO-Studie, Wien, 2010.
- Aiginger, K., Falk, R. et al., "Systemevaluierung der österreichischen Forschungsförderung und –finanzierung. Teilberichte", WIFO-Studie, Wien, 2009.
- Aiginger, K., Handler, H., Schratzenstaller, M., Tichy, G., "Ziele und Optionen der Steuerreform. Plädoyer für einen anspruchsvollen Ansatz", WIFO-Studie, Wien, 2008.
- Alteneeder, W., Kalmár, M., Prammer-Waldhör, M., "Beschäftigungseffekte einer umfassenden Kinderbetreuung", Synthesis Forschung, Wien, 2003.
- Astor, M., Steiner, M., "Work-Life-Balance als Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität. Wirkungsmechanismen und volkswirtschaftliche Effekte", Prognos-Studie, Berlin-Basel, 2005.
- Baier, E., "Auswirkungen des demographischen Wandels auf die regionale Politikgestaltung", Fraunhofer ISI Discussion Papers, 21, Karlsruhe, 2009.
- Barach, C., King, R., Yuan, A., "Children as a private and public Goods: Implications of Fertility Trends", in Booth, A., Crouter, A.C. (eds.), *The New Population Problem*, Lawrence Erlbaum Ass., 2005.
- Becker, G.S., "Die Bedeutung der Humanvermögensbildung in der Familie für die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft", in Leipert, Ch. (Hg.), *Demographie und Wohlstand*, Opladen, 2003, 89-102.
- Beckmann, K. J., "Folgen des demographischen Wandels in Nordrhein-Westfalen für die Verkehrsentwicklung", in Danielzyk, R., Kilper, H. (Hrsg.), *Demographischer Wandel in ausgewählten Regionstypen Nordrhein-Westfalens*, Arbeitsmaterial, Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Hannover, 2006, 8, S. 120-146.
- Bertram, H., "Rahmenbedingungen für Familiengründungen verbessern und Investitionen in das Humankapital erhöhen", *Demographiemonitor*, Band II, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2006.
- Biffi, G., "Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung in Österreich", Beitrag zum Workshop der OeNB, 2006.
- Biffi, G. (2006a), "Mehr Jobs und bessere Einkommenschancen für Frauen: Eine gesellschaftspolitische Herausforderung für Österreich", *WISO*, 29(2), 2006, 90-108.
- Biffi, G. (2006c), "WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation. Teilstudie 6: Bevölkerungsentwicklung und Migration", WIFO-Studie, Wien, 2006.
- Biffi, G., "The Employment of Women in the European Union", WIFO Working Papers, 297, Wien, 2007.
- Biffi, G., Leoni, T., Handlungsoptionen für eine Erhöhung der Einkommensgerechtigkeit und Chancengleichheit für Frauen in Oberösterreich, Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung, WIFO, Wien, 2006.
- Billari, F.C., Philipov, D., "Education and the Transition to Motherhood: A Comparative Analysis of Western Europe", *European Demographic Research Papers*, 3, Institut für Demographie der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien, 2004.
- Bock-Schappelwein, J., Eppel, R., Mühlberger, U., "Sozialpolitik als Produktivkraft", WIFO-Studie, Wien, 2009.
- Bock-Schappelwein, J., et al., *Die ökonomischen Wirkungen der Immigration in Österreich 1989-2007*, Study of the commissioned by the Austrian Ministry for Labor and Economic Affairs, WIFO, Wien, 2008.
- Böheim, R., Himpele, K., Mahringer, H., Zulehner, Ch., "Determinants of Wage Differences between Men and Women in Austria", mimeo, Johannes Kepler University Linz, Statistics Austria, WIFO, Wien, 2010.
- Bönte, W., Falck, O., Helbich, S., "Demography and innovative Entrepreneurship", *Cesifo Working Paper*, 2115, München, 2007.
- Börsch-Supan, A., "Handlungsoptionen: Ökonomischen Wohlstand erhalten und mehren", *Demographiemotor*, Band II, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, 2006.
- Bundeskanzleramt: "Die Altersstruktur des Bundespersonals. Implikationen und Vorschau bis 2020", Referat III/3/a – HR-Controlling, Wien, 2007.
- Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (BMVIT) (Hrsg.), *Barrierefreie Mobilität. Themenschwerpunkt: Bundes Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG)*, Wien, 2008.
- Cohen, S., "Social Relationships and Health", *American Psychologist*, 2004, 676-684.

- Del Boca, D., Pasqua, S., "Employment Patterns of Husbands and Wives and Family Income Distribution in Italy (1977-98)", *Review of Income and Wealth*, 2003, 49(2), 221-245.
- Del Boca, D., Pasqua, S., "Labour Supply and Fertility in Europe and the U.S.", in Boeri, T., Del Boca, D., Pissarides, C. (eds.), *Women at Work: An Economic Perspective*, Oxford, 2005, 126-153.
- Del Boca, D., Pasqua, S., Pronzato, C., Wetzels, C., "An empirical Analysis of the Effects of Social Policies on Fertility, Labour Market Participation and hourly Wages of European Women", in Del Boca, D., Wetzels, C. (ed.), *Social Policies, Labour Markets and Motherhood. A comparative Analysis of European Countries*, Cambridge, 2007, 271-303.
- Enzenhofer, E., Kessler, I., Lechner, F., Riesenfelder, A., Reiter, W., Wetzels, P., "Ethnische Ökonomie – Bestand und Chancen für Wien", *Studie der L&R Sozialforschung im Auftrag der Stadt Wien*, MA 27, Wien, 2007.
- Esping-Andersen, G., "Childhood Investments and Skill Formation", *International Taxation and Public Finance*, 15, 2008, 19-44.
- EU-Kommission, "Die Demographische Zukunft Europas – Von der Herausforderung zur Chance", Mitteilung der Kommission, KOM(2006), 571 endgültig, Brüssel, 2006.
- EU-Kommission, "Demography Report 2008: Meeting Social Needs in an Ageing Society", Commission Staff Working Document, DG Employment, Luxembourg, 2009.
- EU-Kommission, "Public Finances in EMU 2010", *European Economy*, 4, DG Economic and Financial Affairs, Brussels, 2010.
- Europäischer Rat, "Presidency Conclusions", Barcelona, 2002, <http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms/Data/docs/pressData/en/ec/71025.pdf>
- Falk, M., Leoni, T., "Regional female Labour Force Participation: An empirical Application with Spatial Effects", WIFO, Wien, 2008.
- Famira-Mühlberger, U. (Koord.), Budimir, K., Eppel, R., Huemer, U., Leoni, T., Mayrhuber, C., "Soziale Sicherungssysteme und Arbeitsmarktpfanz in der EU", WIFO-Studie, Wien, 2010.
- Fassmann, H., "Wichtige Rahmenbedingungen und Trends der räumlichen Entwicklung in Österreich", in Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK) (Hrsg.), 12. Raumordnungsbericht, Analysen und Berichte zur räumlichen Entwicklung Österreichs 2005-2007, Wien, 2008, S. 13-44.
- Festl, E., Lutz, H., Schratzenstaller, M., "Mögliche Ansätze zur Unterstützung von Familien", WIFO-Studie, Wien, 2010.
- Forschungsgesellschaft Mobilität (FGM) (Hrsg.), Leitfaden für barrierefreien Öffentlichen Verkehr, Anforderungen an die betriebliche Organisation, Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung und des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung, Graz, 2009.
- Fritz, O., Huber, P., Huemer, U., Leoni, T., *Arbeitsmarktpolitik in Tirol bis 2010*, WIFO, Wien, 2006.
- Fritz, O., Huber, P., Huemer, U., Leoni, T., (2006a). *Arbeitsmarktpolitik in Oberösterreich*, WIFO, Wien, 2006.
- Gauthier, A.H., Hatzius, J., "Family Benefits and Fertility: An econometric Analysis", *Population Studies*, 51 (3), 1997, 295-306.
- Gauthier A.H., Philipov, D., "Can Policies enhance Fertility in Europe? Vienna Yearbook of Population Research, 2008, 1-16.
- Goldstein, J., Lutz, W., Testa, M.R., "The Emergence of Sub-Replacement Family Size Ideals in Europe", *Population Research and Policy Review*, 2007, 323-346.
- Grünberger, K., Zulehner, Ch., "Geschlechtsspezifische Lohnunterschiede in Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 82(2), 2009, 139-150.
- Hanika, A., Klotz, J., Marik-Lebeck, S., "Zukünftige Bevölkerungsentwicklung Österreichs 2009 bis 2050 (2075). Neue Bevölkerungsprognose für Österreich und die Bundesländer", *Statistische Nachrichten*, 11, 2009, S 963-985.
- Hözl, W., Huber, P., Kaniovski, S., Peneder, M., "WIFO-Weißbuch, Teilstudie 20: Neugründung und Entwicklung von Unternehmen", WIFO-Studie, Wien, 2006.
- Huber, P., *Die Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in Österreich*, WIFO Working Paper, 2010, Nr. 365.

- Janger, J., Böheim, M., Falk, M., Falk, r., Hölzl, W., Peneder, M., Reinstaller, F., Unterlass, F., Kletzan-Slamanig, D., "Forschungs- und Innovationspolitik nach der Krise. WIFO-Positionspapier zur FTI-Strategie 2020", WIFO-Studie, Wien, 2010.
- Jaumotte, F., "Labour Force Participation of Women: Empirical Evidence on the Role of Policy and other Determinants in OECD Countries", OECD Economic Studies, 37, 2003.
- Kornstad, T., Thorensen, T.O., "A discrete Choice Model for Labor Supply and Childcare", Journal of Population Economics, 20, 2007, 781-803.
- Kruse, A., "Handlungsoptionen: Wertschöpfung auf mehr Schultern verteilen und lebenslanges Lernen fördern", Demographiemonitor, Band II, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2006.
- Landtag von Baden-Württemberg, "Bericht und Empfehlungen der Enquetekommission 'Demographischer Wandel – Herausforderungen an die Landespolitik'", Drucksache 13/4000, 2005.
- Lehner, G., "Länderausgaben. Tendenzen in wichtigen Ausgabenbereichen", Schriftenreihe des Instituts für Föderalismus, 104, Braumüller, Wien, 2007.
- Lutz, H., "Wiedereinstieg und Beschäftigung von Frauen mit Kleinkindern: Ein Vergleich der bisherigen Karenzregelung mit der Übergangsregelung zum Kinderbetreuungsgeld", WIFO-Studie, Wien, 2004.
- Lutz, H., „Verdienstentgang von Frauen mit Kindern“, WIFO-Monatsberichte, 10, 2003, 769-780.
- Leo, H., "Falk, R., Friesenbichler, K.S., Hölzl, W., "WIFO-Weißbuch, Teilstudie 8: Forschung und Innovation als Motor des Wachstums", WIFO-Studie, Wien, 2006.
- Lutz, H., Mahringer, H., Pöschl, A., Evaluierung Europäischer Sozialfonds 2000-2006, Ziel 3 Österreich – Aktualisierung der Halbzeitbewertung Schwerpunktanalysen, WIFO, Wien, 2005.
- Lutz, W., Skirbekk, V., Testa, M.R., "The Low-fertility Trap Hypothesis: Forces that may lead to further Postponement and fewer Births in Europe", Vienna Yearbook of Population Research 2006, Wien, 2006, 167-192.
- Lutz, W., "Adaptation versus Mitigation Policies on Demographic Change in Europe", Vienna Yearbook of Population Research, 2007, 19-25.
- Lutz, W., "What should be the Goal of Population Policies? Focus on "Balanced Human Capital Development", Vienna Yearbook of Population Research, 2008, 17-24.
- Mayerhofer, P., Fritz, O., Hierländer, R., Streicher, G., "Quantitative Effekte der EU-Regionalförderung in Österreich", WIFO-Studie, Wien, 2008.
- Melchior, M., Berkman, L.F., Niedhammer, I., Chea, M., Goldberg, M., "Social Relations and self-reported Health: A prospective Analysis of the French Gazel Cohort", Social Science and Medicine, 56, 2003, 1817-1830.
- Meyer, I., Schönfelder, S., Evaluierung möglicher Mobilitätsabgaben für das Land Steiermark, Bericht im Auftrag des VCÖ, WIFO, Wien, 2009 (mimeo).
- Mollenkopf, H., F. Marcellini, I. Ruoppila und M. Tacken (Hrsg.) "Ageing and Outdoor Mobility, A European Study", IOS Press, Amsterdam 2007.
- Mollenkopf, H., Marcellini, F., Ruoppila, I., Flaschenträger, P., Gagliardi, C., Spazzafumo, L., "Outdoor mobility and social relationships of elderly people", Archives of Gerontology and Geriatrics, 1997, 24(3), S. 295-310.
- Mörth, I., Gusenbauer, M., Qualifizierungsmaßnahmen für ältere Arbeitssuchende in Tirol – Endbericht, Studie im Auftrag des AMS Tirol, Johannes Kepler Universität, Linz, 2005.
- Müller, B., Siedentop, S., "Wachstum und Schrumpfung in Deutschland, Trends, Perspektiven und Herausforderungen für die räumliche Planung und Entwicklung", Deutsche Zeitschrift für Kommunalwissenschaften, 2004, 43(1), S. 14-32.
- Naz, G. "The Impact of Cash-Benefit Reform on Parent's Labour Force Participation", Journal of Population Economics, 17, 2004, 369-383.
- Neyer, G., Rieck, D., "Moving towards Gender Equality", in United Nations Economic Commission for Europe (Ed.), How Generations and Gender shape Demographic Change towards Policies based on better Knowledge, UN, New York, 2009, S 139-154.
- OECD, "Messages from PISA 2000", OECD, Paris, 2000.
- OECD, "Learning Mathematics for Life: A Perspective from PISA", OECD, Paris, 2003.
- OECD, "Thematic Review on Adult Learning: Country Note Austria", OECD, Paris, 2004.

- OECD, "Ageing and Employment Policies. Austria", OECD, Paris, 2005.
- OECD, "PISA 2006. Science Competencies for Tomorrow's World", OECD, Paris, 2006.
- OECD, "Babies and Bosses. Reconciling Work and Family Life. A Synthesis of Findings for OECD Countries", Paris, 2007.
- OECD, "Education at a Glance 2009", OECD, Paris, 2009.
- Ondrich, J., Ross, St. L., Yinger, J., 2003. "Now You See It, Now You Don't: Why Do Real Estate Agents Withhold Available Houses from Black Customers." *The Review of Economics and Statistics*, MIT Press, 2003, 85(4), S. 854-873.
- Pailhé, A., Rossier, C., Toulemon, L, "French Family Policy: long Tradition and diversified Measures", *Vienna Yearbook of Population Research*, 2008, 149-164.
- Pecher Consulting GmbH, "Betriebswirtschaftliche Aspekte familienfreundlicher Maßnahmen in österreichischen Unternehmen", Wien, 2008.
- Peneder, M., Falk, M., Hölzl, W., Kaniovski, S., Kratena, K., "WIFO-Weißbuch, Teilstudie 3: Wachstum, Strukturwandel und Produktivität. Disaggregierte Wachstumsbeiträge für Österreich von 1990 bis 2004", WIFO-Studie, Wien, 2006.
- Petendra, B., Sozialräumliche Integration von Zuwanderern, Werkstattbericht, Schader Stiftung, 2005.
- Pitlik, H., Bock-Schappelwein, J., Handler, H., Hölzl, W., Reinstaller, A., Pasterniak, A., "Verwaltungsmodernisierung als Voraussetzung für nachhaltige Effizienzgewinne im öffentlichen Sektor", WIFO-Studie, Wien, 2010.
- Puwein, W., Czerny, M., Handler, H., Kletzan, D., Weingärtler, M., Modelle der "Public Private Partnership" im Lichte der theoretischen Diskussion und der empirischen Erfahrungen, WIFO, Wien, 2004.
- Puwein, W., Preiselastizitäten im Verkehr, Studie des WIFO im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie, Wien, 2009.
- Quesnel-Vallée, A., Morgan, S.P., "Missing the Target? Correspondence of Fertility Intentions and Behavior in the U.S.", *Population Research and Policy Review*, 22(5-6), 2003, 497-525.
- Ronsen, M., Sundström, M., "Family Policy and after-Birth Employment among new Mothers", *European Journal of Population*, 18, 2002, 121-152.
- Ruhm, C.J., "The economic Consequences of Parental Leave Mandates: Lessons from Europe", *Quarterly Journal of Economics*, 113, 1998, 285-317.
- Sammer, G., Meschik, M., Meth, D., Weber, G., Kofler, T., Zeiner, S., "Mobilitäts- und Versorgungserfordernisse im strukturschwachen ländlichen als Folge des Strukturwandels", BOKU Inside, Universität für Bodenkultur, Wien, 2002, 1.
- Sammer, G., Röschel, G., "Mobilität älterer Menschen in der Steiermark", in Schöpfer, G. (Hrsg.), *Seniorenreport Steiermark. Altwerden in der Steiermark: Lust oder Last?*, Arbeitsgemeinschaft für Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Graz, 1999, S. 201-240.
- Schone, P., "Labour Supply Effects of a Cash-for-Care-Subsidy", *Journal of Population Economics*, 17, 2003, 703-727.
- Scopetta, A., Maier, D., Michalek, W., *Active Ageing – Regionale Handlungsoptionen in Österreich*, ZSI-Zentrum für Soziale Innovation, Wien, 2007.
- Skirbekk, V., "Age and Productivity Capacity: Descriptions, Causes and Policy Options", *Ageing Horizons*, 8, 2008, 4-12.
- Stadelmann-Steffen, I., "Women, Labour and Public Policy: Female Labour Market Integration in OECD Countries. A comparative Perspective", *Journal of Social Policy*, 37, 2008, 383-408.
- Statistik Austria, *Tagesheimstatistik 2007/2008*, Wien, 2008
- Statistik Austria, *Tagesheimstatistik 2009/2010*, Wien, 2010..
- Statistik Austria, *Bevölkerungsprognose 2009*. Wien, 2009.
- Steiner, V., Wrohlich, K., "Die Wirkung ausgewählter familienpolitischer Instrumente auf das Arbeitsangebot von Eltern", *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung*, Berlin, 2006.
- Testa, M.R., "Childbearing Preferences and Family Issues in Europe", *Special Eurobarometer*, 253 / Wave 65.1, Office for Official Publications of the European Communities, Luxembourg, 2006.
- Tichy, G., "Demographische Entwicklung in Österreich: Der hochgespielte Generationenkonflikt", in Biehl, K., Templ, N. (Hg.), *Europa altert – na und?*, Sozialpolitik in Diskussion, Arbeiterkammer Wien, 2007, 33-40.

- Weiß, M., "Mehr Ressourcen – mehr Qualität"?, in Böttcher, W., Weishaupt, H., Weiß, M. (Hrsg.), Wege zu einer neuen Bildungsökonomie. Pädagogik und Ökonomie auf der Suche nach Ressourcen und Finanzierungskonzepten, Juventa Verlag, Wertheim, 1997, 161-170.
- Weiß, M., Preuschoff, C., "Kosten- und Effizienzanalysen im Bildungsbereich. Referenzpapier für das Projekt „Bildungssteuerung“, Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung, Frankfurt, 2004.
- Wintermann, O., Petersen, T., Ritter, M., "Demographiemonitor. Methodik: Ziele und Konzeption des Indikatorenkatalogs", Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2006.

Wir danken Herrn Dr. Alexander Hanika von Statistik Austria für die Bereitstellung zusätzlicher Informationen zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose 2010 im Auftrag der ÖROK.

Anhang

A1: Regionale Indikatoren zu den Herausforderungen des demographischen Wandels: Methodische Erläuterungen

A1.1 Zielsetzung und Inhalt

Im folgenden Zahlenwerk sind demographiepolitisch relevante Kenngrößen für die österreichischen Bundesländer zusammengeführt und vergleichend dargestellt. Ziel ist es, regionale Unterschiede in Stand und Entwicklung des demographischen Wandels und der zu seiner Bewältigung notwendigen wirtschaftspolitischen Aktivitäten in kompakter Form sichtbar zu machen. Wie gezeigt, manifestiert sich der demographische Wandel in den einzelnen Bundesländern nicht gleichförmig, die Problemstellungen und Handlungsbedarfe werden daher regional und nach Themenbereichen unterschiedlich sein. Das hier erarbeitete Indikatorset soll diese Unterschiede sichtbar machen. Dies soll dazu beitragen, qualitativ bessere, weil regional differenzierte Handlungsempfehlungen zu entwickeln.

Die Auswahl der Kenngrößen orientiert sich am so genannten Demographiemonitor (*Wintermann – Peterson – Ritter, 2006*), einem Indikatorset mit ähnlicher Fragestellung, das im Rahmen eines groß angelegten Forschungsprogramms der Bertelsmann-Stiftung ("Aktion Demographischer Wandel") für Deutschland entwickelt wurde. Allerdings wurde das dort vorgeschlagene Indikatorset der Datenlage in Österreich entsprechend angepasst und entlang der in Abschnitt 3.1 abgeleiteten Politiklinien und Zielsetzungen erweitert und fokussiert. Insgesamt enthält unser Zahlenwerk damit 34 Indikatoren für Österreich und die 9 Bundesländer, die in Zeitreihe (in der Regel) seit Mitte der 1990er Jahre verfolgt werden können. Übersicht A.1 gibt einen Überblick über die verwendeten Indikatoren und ihre Einordnung in das in Abschnitt 3.1 entwickelte Zielsystem.

Wie zu sehen, werden für jedes (Teil-)Ziel Indikatoren präsentiert, welche die durch den demographischen Wandel verursachten Veränderungen abbilden, aber auch solche, welche die zur Optimierung der Effekte der Alterung zu erreichenden Subziele sowie (wo sinnvoll und verfügbar) die dazu notwendige Infrastruktur veranschaulichen. Dabei ist die Auswahl der Indikatoren von der Verfügbarkeit und Qualität der Datengrundlagen nicht unabhängig, jeder einzelne Indikator ist aber ökonomisch legitimierbar.

Übersicht A.1: Teilziele und Indikatoren

Ziel

Politikfeld A: Beeinflussung der demographischen Rahmenbedingung

Ziel A1: Familien unterstützen; Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern

A1.1:	Gesamtfertilitätsrate	(↑)
A1.2:	Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern	(↑)
A1.3:	Kinderbetreuungsquote der 0- bis 2-jährigen Kinder	(↑)
A1.4:	Kinderbetreuungsquote der 3- bis 5-jährigen Kinder	(↑)
A1.5:	Kinderbetreuungsquote der 6- bis 9-jährigen Kinder	(↑)
A1.6:	Betreuungsschlüssel in Kinderbetreuungseinrichtungen	(↓)
A1.7:	Gruppengröße in Kinderbetreuungseinrichtungen	(↓)

Ziel A2: Externe Ressourcen nutzen; Integrationschancen erhöhen

A2.1:	Binnenwanderungssaldo	(↑)
A2.2:	Außenwanderungssaldo	(↑)
A2.3:	Ausbildungsnachteile von Ausländern/innen	(↓)
A2.4:	Arbeitsmarktnachteile von Ausländern/innen	(↓)

Politikfeld B: Anpassung an die demographischen Rahmenbedingungen

Ziel B1: Beschäftigung fördern; Erwerbspotentiale nutzen

B1.1:	Erwerbspotential	(↑)
B1.2:	Erwerbsbeteiligung insgesamt	(↑)
B1.3:	Erwerbsbeteiligung von Frauen	(↑)
B1.4:	Erwerbsbeteiligung von Älteren	(↑)
B1.5:	Beschäftigungsquote	(↑)
B1.6:	Langzeitarbeitslosenquote	(↓)

Ziel B2: Beschäftigungsfähigkeit Älterer erhöhen

B2.1:	Beschäftigungsquote der Älteren	(↑)
B2.2:	Ältere Beschäftigte mit höherer Qualifikation	(↑)
B2.3:	Weiterbildungsbeteiligung insgesamt	(↑)
B2.4:	Altersarbeitslosigkeit	(↓)
B2.5:	Erwerbsunfähigkeitsquote	(↓)
B2.5:	Gesundheitsvorsorge	(↑)

Ziel B3: Produktivität steigern, Innovationskraft stärken

B3.1:	Ökonomisches Entwicklungsniveau	(↑)
B3.2:	Verfügbares Einkommen	(↑)
B3.3:	Arbeitsproduktivität	(↑)
B3.4:	Investitionsquote	(↑)
B3.5:	F&E-Quote	(↑)
B3.6:	Patentquote	(↑)

Ziel B4: Voraussetzungen für Wissensgesellschaft verbessern

B4.1:	Ausbildungsquote	(↑)
B4.2:	Klassengröße in Volks- und Hauptschulen	(↓)
B4.3:	Höhere Ausbildung	(↑)
B4.4:	Hoch qualifizierte Beschäftigte	(↑)
B4.5:	Niedrig qualifizierte Beschäftigte	(↓)

Q: WIFO-Darstellung; Zielkonforme Entwicklung in Klammern: ↑ = Steigerung, ↓ = Senkung.

So steht die Fertilitätsrate als erste Kenngröße des Indikatorsets zu Politikziel A1 (Familien unterstützen; Vereinbarkeit von Beruf und Familie) für das eigentliche Ziel der hier vorgeschlagenen Politikmaßnahmen, während die übrigen Indikatoren den vorgeschlagenen Prioritäten ent-

sprechend Anhaltspunkte für die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf (Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern) und das quantitative und qualitative Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen (Kinderbetreuungsquoten; Betreuungsschlüssel und Gruppengröße) abbilden. Ähnlich enthält das Indikatorset für Politikziel A2 (Externe Ressourcen nutzen; Integrationschancen erhöhen) Kenngrößen für die Fähigkeit der Bundesländer, externe Humanressourcen aus dem In- und Ausland anzuziehen (Binnen- und Außenwanderung), aber auch solche, welche an regionalen Defiziten in der Integration dieser Arbeitskräfte ansetzen und über geeignete Kenngrößen Benachteiligungen von Ausländern/innen im Qualifizierungssystem und auf den regionalen Arbeitsmärkten vergleichend darstellen.

Das Indikatorset zu Politikziel B1 (Beschäftigung fördern; Erwerbspotentiale nutzen) setzt mit dem Erwerbspotential als angebotsseitiger Grundlage für den Erhalt hoher Beschäftigung ein und präsentiert in der Folge Daten für die regionale Erwerbsbeteiligung insgesamt sowie von Frauen und Älteren als wesentlichen Zielgrößen der Lissabon-Strategie. Sie werden durch Beschäftigungsquote und Langzeitarbeitslosenquote ergänzt, Indikatoren, welche die Fähigkeit der regionalen Arbeitsmärkte darstellen sollen, das gemessene Arbeitsangebot auch zu absorbieren. Das Indikatorset zu Politikziel B2 ergänzt diese Thematik mit regional differenzierten Daten zur Beschäftigungsfähigkeit Älterer. Abgebildet sind die Beschäftigungsquote Älterer als eigentliche Zielgröße, aber auch die Voraussetzungen zu lang andauernder Beschäftigungsfähigkeit in Aus- und Weiterbildung (ältere Beschäftigte mit höherer Qualifikation, Weiterbildungsbeteiligung) sowie Gesundheitsvorsorge.

Das Indikatorset zu Politikziel B3 soll die Fähigkeit der einzelnen Bundesländer messen, hohe Produktivität und Innovationsorientierung auch in Zeiten des Umbaus aufrecht zu erhalten. Zu diesem Zweck werden wesentliche Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit (BIP/Kopf, verfügbares Einkommen, Arbeitsproduktivität) abgebildet, aber auch die Determinanten dieser Wettbewerbsfähigkeit im unternehmerischen Investitions- und Innovationsverhalten. Die regionalen Voraussetzungen für die Wissensgesellschaft werden angesichts ihrer hohen Bedeutung als Determinanten für die dynamische Wettbewerbsfähigkeit in einem eigenen Datenset (Politikziel B4) abgebildet. Hier sind Daten zur quantitativen und qualitativen Schulausbildung selbst (Ausbildungsquote, Höhere Ausbildung; Klassengröße), aber auch zur Qualifikationsstruktur der Beschäftigten in den einzelnen Bundesländern abgebildet³⁴).

Insgesamt dienen diese Indikatoren nicht dazu, ein allgemeines "Ranking" der Bundesländer in Hinblick auf ihre Voraussetzungen zur Bewältigung des demographischen Wandels zu erstellen. Auf eine (auch methodisch fragwürdige) Zusammenführung der einzelnen Indikatoren zu einem "Sammelindikator" wird daher verzichtet. Allerdings stellt das Indikatorsystem doch den Anspruch, regionale Stärken und Schwächen in den einzelnen Themenbereichen in statistisch sauberer Weise offen zu legen und damit Zieldimensionen mit besonderem

³⁴ Für Politikziel B.5 (Altersgerechte Infrastrukturen sichern) konnte aus Datengründen kein eigenständiges Indikatorset erarbeitet werden.

Handlungsbedarf zu identifizieren. Dies soll eine stärkere regionale Differenzierung der Maßnahmvorschläge ermöglichen.

A1.2 Methodik

Zu diesem Zweck wird in den nachfolgenden Tabellen jeder Indikator in Zeitreihe für die Bundesländer und Österreich abgebildet. Zudem wurde jeweils versucht, signifikant ungünstigere Werte im letztverfügbaren Indikatorwert, in der relativen Entwicklung zum Bundesschnitt sowie in der Entwicklung zur Zielvorgabe anhand statistischer Berechnungen zu identifizieren und in der Darstellung durch einen entsprechenden „Warnhinweis (graue Schattierung) zu kennzeichnen. Die Ergebnisse dazu sind jeweils im rechten Panel der Tabellen abgebildet, wobei für die Abgrenzung problematischer Werte folgende Methodik zur Anwendung kam:

1. *Aktuelles Niveau des Indikators*: Als Signal für einen erhöhten Problemdruck wird hier gewertet, wenn der letztverfügbare Indikatorwert im Bundesland signifikant schlechter ausfällt als im österreichischen Durchschnitt. Als Grenze für einen „Warnhinweis“ wurde dabei der Bundeswert plus/ minus der halben mittleren Abweichung der Länderwerte festgelegt³⁵).
2. *Relative Entwicklung zum Bundesschnitt*: Als Signal für einen erhöhten Problemdruck wird hier gewertet, wenn die Veränderung des Indikators über die Zeit im Bundesland statistisch signifikant schlechter ausfällt als im Bundesschnitt. Dazu wurde für jedes Bundesland und die Bundesebene die Trendentwicklung des Indikators mit Hilfe einer linearen Regressionsanalyse bestimmt (Spalte „Trendparameter“)³⁶). Ein „Warnhinweis“ erfolgt, wenn die Trendentwicklung im Bundesland ungünstiger ist, und das errechnete Konfidenzintervall jenes der Rechnung für die Bundesebene nicht überschneidet³⁷.

³⁵ Dies sei anhand des Indikators A1.2 (Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern) kurz beispielhaft illustriert. Die Quote liegt in Österreich (2009) bei 35,4%, bei einer mittleren absoluten Abweichung von 2,39 Prozentpunkten zwischen den Bundesländern, Ziel ist eine möglichst hohe Quote (Übersicht A.1). Der Indikatorwert eines Bundeslandes am aktuellen Rand rechtfertigt damit einen Warnhinweis, wenn er um 1,195 Prozentpunkte unter dem Bundeswert liegt. Die kritische Grenze liegt also bei einer Beschäftigungsquote von 34,2%. Dieser Wert wird von Wien, Oberösterreich und Vorarlberg unterschritten.

³⁶ Die Ermittlung der Veränderung eines Indikators über eine Regressionsanalyse hat gegenüber einer einfachen Berechnung auf Basis von Anfangs- und Endwert (neben der Möglichkeit der Ermittlung der statistischen Inferenz) vor allem den Vorteil einer größeren Robustheit gegenüber Ausreißern am Beginn bzw. am Ende der Zeitreihe. Dies dürfte in unserem Fall angesichts des singulären Ereignisses der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 ein erheblicher Vorteil sein.

³⁷ In unserem Beispiel (Indikator A1.2) erbringt die Trendschätzung für Österreich einen Parameterwert von $-0,0264$, wobei das Konfidenzintervall auf 5%-Niveau zwischen $-0,13$ und $+0,07$ liegt. Schlechter war die Entwicklung im Vergleich in Oberösterreich ($-0,0839$) und in Wien ($-0,6157$). Allerdings liegt die Obergrenze des Konfidenzintervalls nur in Wien ($-0,90$ bis $-0,30$) noch unter der Untergrenze des Konfidenzintervalls in Österreich ($-0,13$), sodass nur hier von einer signifikant schlechteren relativen Entwicklung gesprochen werden kann (Konfidenzintervall Oberösterreich $-0,29$ bis $+0,11$). Ein Warnhinweis scheint in der Spalte b damit nur für Wien auf. Übrigens kann der Wert des Trendparameters auch inhaltlich direkt interpretiert werden: Im Fall Wiens nimmt die betrachtete Beschäftigungsquote pro Jahr um durchschnittlich $0,62$ Prozentpunkte ab.

3. *Entwicklung gegenüber Zielvorgabe (Zielkonforme Entwicklung)*: Schließlich wird als Signal für einen erhöhten Problemdruck gewertet, wenn die Veränderung des Indikators über die Zeit im Bundesland nicht signifikant in Richtung der Zielvorgabe führt. Ein Warnhinweis erfolgt, wenn der in der Regressionsanalyse errechnete Trendparameter im Bundesland das „falsche“ Vorzeichen aufweist oder auf 5%-Niveau nicht signifikant von 0 verschieden ist³⁸.

Warnhinweise nach diesen Kriterien werden in den Indikatorsets jeweils durch eine graue Schattierung dargestellt. Sie sind als Hinweis auf einen im nationalen (!) Vergleich erhöhten Problemdruck zu interpretieren und können daher Indiz für die Notwendigkeit sein, der jeweils gemessenen Dimension im Bundesland verstärkte Aufmerksamkeit zu widmen.

³⁸ In unserem Beispiel (Indikator A1.2) haben zwar die Trendparameterschätzungen für das Burgenland, die Steiermark, Kärnten, Salzburg, Tirol und Vorarlberg das richtige Vorzeichen. Allerdings ist dieser Parameter nach einem t-Test nur im Burgenland, in Tirol und Salzburg mit 5%-Fehlerwahrscheinlichkeit von 0 verschieden, sodass von einer Zielkonformität der Entwicklung mit großer statistischer Sicherheit ausgegangen werden kann. Nur diese Bundesländer erhalten damit in der Rubrik "Ziel" keinen Warnhinweis.

Politikansatz A: Beeinflussung der demographischen Rahmenbedingung

Ziel A1: Familien unterstützen; Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern

Indikator A1.1: Gesamtfertilitätsrate

Durchschnittliche Kinderzahl pro Frau

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	1,33	1,34	1,32	1,42	1,41	1,42	1,38	1,39	1,36	1,39	0,0077	ja
Niederösterreich	1,44	1,37	1,35	1,42	1,40	1,46	1,46	1,46	1,41	1,46	0,0031	nein
Burgenland	1,25	1,20	1,22	1,21	1,24	1,28	1,27	1,25	1,29	1,31	0,0044	ja
Steiermark	1,35	1,30	1,23	1,29	1,29	1,31	1,32	1,31	1,30	1,32	-0,0036	nein
Kärnten	1,42	1,34	1,31	1,30	1,32	1,35	1,37	1,42	1,38	1,40	-0,0003	nein
Oberösterreich	1,52	1,46	1,41	1,47	1,45	1,51	1,49	1,49	1,47	1,51	-0,0008	nein
Salzburg	1,45	1,40	1,35	1,43	1,38	1,42	1,44	1,38	1,40	1,43	-0,0021	nein
Tirol	1,50	1,38	1,33	1,38	1,37	1,42	1,40	1,41	1,37	1,39	-0,0081	nein
Vorarlberg	1,64	1,46	1,51	1,53	1,45	1,56	1,54	1,51	1,47	1,51	-0,0081	nein
Österreich	1,42	1,36	1,33	1,39	1,38	1,42	1,41	1,41	1,38	1,41	0,0002	nein

Q: Statistik Austria, Demographische Indikatoren, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 0,057 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Fertilitätsrate von 1,38.

Indikator A1.2: Beschäftigungsquote von Frauen mit Kindern

Beschäftigungsquote von Frauen mit mindestens einem Kind unter 6 Jahren in %

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Letztwert 2009	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	36,1	39,3	37,9	34,4	33,7	32,0	30,3	30,4	30,3	29,5	31,8	-0,6157	nein
Niederösterreich	36,4	33,6	34,3	33,3	34,4	36,5	36,3	34,2	31,6	34,6	37,5	-0,0186	nein
Burgenland	33,9	35,1	34,6	35,1	35,9	39,2	36,8	35,3	35,0	37,2	40,1	0,3279	ja
Steiermark	32,4	34,9	37,0	33,1	34,2	36,0	33,3	33,6	34,9	36,0	37,8	0,1532	nein
Kärnten	36,9	33,4	32,6	31,4	30,2	33,2	33,4	33,4	34,5	35,2	36,6	0,0254	nein
Oberösterreich	36,2	34,2	32,4	34,5	36,2	34,3	30,8	34,0	34,0	35,8	33,4	-0,0839	nein
Salzburg	32,4	36,3	36,5	37,0	37,0	32,7	34,8	32,9	35,4	38,0	37,7	0,0600	nein
Tirol	29,5	28,7	27,9	31,7	32,9	33,3	32,4	30,0	34,7	34,9	36,7	0,5211	ja
Vorarlberg	25,8	28,2	27,9	31,0	32,8	30,9	30,5	32,0	31,2	31,9	33,5	0,4900	ja
Österreich	34,2	34,4	34,1	33,6	34,3	34,2	32,8	32,7	33,0	34,2	35,4	-0,0264	nein

Q: Statistik Austria, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2009 beträgt 2,39 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Beschäftigungsquote von 34,2%.

Indikator A1.3: Kinderbetreuungsquote der 0- bis 2-jährigen Kinder

Kinder in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung in %

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	16,9	24,3	25,2	23,6	21,4	21,7	22,1	22,3	23,1	25,5	0,3596	ja
Niederösterreich	2,8	4,7	5,1	5,4	4,0	5,9	6,4	6,8	8,7	13,8	0,5844	ja
Burgenland	6,0	8,8	9,7	9,8	10,7	10,7	13,4	14,6	15,3	16,6	0,8279	ja
Steiermark	1,3	2,1	2,7	3,6	3,5	4,1	4,5	5,2	5,6	6,5	0,3899	ja
Kärnten	1,3	1,7	2,0	7,5	10,5	9,5	10,1	10,8	12,7	12,3	1,0690	ja
Oberösterreich	2,4	4,1	4,8	4,8	4,6	4,8	5,3	5,5	6,0	6,7	0,3187	ja
Salzburg	2,3	6,8	7,4	7,3	7,5	7,9	8,5	9,0	9,9	11,3	0,6251	ja
Tirol	1,1	2,4	3,0	2,9	3,1	3,3	10,4	11,4	12,3	14,2	0,9853	ja
Vorarlberg	0,3	3,0	3,3	3,8	8,2	9,5	8,0	9,4	11,6	13,8	1,0813	ja
Österreich	4,6	7,7	8,4	8,7	8,5	9,2	10,2	10,8	11,8	14,0	0,6288	ja

Q: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik, Bevölkerungsregister, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 3,76 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Betreuungsquote von 15,88%.

Indikator A1.4: Kinderbetreuungsquote der 3- bis 5-jährigen Kinder

Kinder in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung in %

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	75,9	79,9	80,3	81,6	82,3	81,7	81,4	80,6	83,1	85,3	0,5908	ja
Niederösterreich	81,4	86,6	87,7	88,6	89,1	88,8	88,7	90,4	91,5	91,4	0,7609	ja
Burgenland	88,3	94,4	96,5	97,5	95,4	95,3	96,4	95,8	96,5	97,3	0,6376	ja
Steiermark	61,9	69,7	71,8	74,7	75,7	76,9	77,6	78,0	79,8	81,6	1,4989	ja
Kärnten	52,3	63,6	65,2	70,2	71,6	68,7	72,8	74,9	78,2	81,0	2,1233	ja
Oberösterreich	71,4	79,0	80,2	81,1	81,8	82,6	83,2	84,2	84,7	85,7	1,1002	ja
Salzburg	67,5	76,8	78,2	80,4	80,2	82,2	82,7	84,0	84,5	85,4	1,4158	ja
Tirol	64,4	73,2	75,1	76,3	77,5	79,1	83,9	84,9	85,7	88,0	1,8321	ja
Vorarlberg	63,5	70,5	73,1	73,9	83,2	84,0	79,7	81,6	81,9	86,4	1,8855	ja
Österreich	70,6	77,6	79,0	80,7	81,8	82,1	82,7	83,5	84,9	86,5	1,1976	ja

Q: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik, Bevölkerungsregister, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 3,40 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Betreuungsquote von 84,8%.

Indikator A1.5: Kinderbetreuungsquote der 6- bis 9-jährigen Kinder

Kinder in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen im Vergleich zur gleichaltrigen Wohnbevölkerung in %

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	24,9	25,0	25,2	25,3	25,1	26,5	27,2	27,8	29,3	29,9	0,3615	ja
Niederösterreich	2,1	5,3	6,0	7,4	8,9	10,5	11,6	12,7	13,1	13,4	0,4688	ja
Burgenland	1,5	2,2	2,2	2,8	3,4	4,6	5,2	5,4	6,5	7,5	0,2400	ja
Steiermark	2,6	3,4	3,4	4,0	4,3	4,6	4,8	5,2	5,5	5,6	1,0138	ja
Kärnten	6,1	8,1	8,7	9,1	10,1	12,0	14,6	16,4	17,8	18,9	0,5738	ja
Oberösterreich	6,3	8,2	8,9	9,0	9,7	10,1	10,7	11,9	12,9	14,1	0,3607	ja
Salzburg	5,5	5,6	5,7	6,2	6,8	7,1	8,0	8,6	9,7	10,2	0,1613	ja
Tirol	2,3	2,2	2,3	2,8	2,6	3,1	3,2	3,5	4,0	4,4	0,5637	ja
Vorarlberg	0,6	1,5	1,5	2,2	3,0	4,1	4,8	6,6	6,6	7,7	0,5910	ja
Österreich	7,0	8,4	8,8	9,4	10,1	11,1	11,9	12,9	13,8	14,5		ja

Q: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik, Bevölkerungsregister, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 6,48 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Betreuungsquote von 11,26%.

Indikator A1.6: Betreuungsschlüssel in Kinderbetreuungseinrichtungen

Kinder je qualifizierter Betreuungsperson in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen insgesamt

	1997/ 98	2000/ 01	2001/ 02	2002/ 03	2003/ 04	2004/ 05	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	Letztwert 2008/09	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	7,7	7,1	7,0	6,9	6,7	6,5	6,4	6,4	6,4	6,2	-0,1325	ja
Niederösterreich	10,1	9,6	9,4	9,1	8,8	8,4	8,5	8,4	8,2	7,4	-0,2230	ja
Burgenland	11,9	9,3	9,0	8,9	8,2	7,7	7,7	7,4	7,2	6,8	-0,4329	ja
Steiermark	8,7	7,7	7,7	6,8	6,7	6,7	6,7	5,9	6,1	6,0	-0,2787	ja
Kärnten	8,3	8,3	8,0	7,5	7,5	7,3	7,4	7,4	7,7	7,7	-0,0934	ja
Oberösterreich	9,1	8,5	8,3	7,8	7,7	7,5	7,4	7,3	7,2	7,0	-0,1934	ja
Salzburg	8,5	7,6	7,5	7,3	7,5	7,4	7,2	7,0	6,8	6,5	-0,1329	ja
Tirol	9,9	9,2	8,9	8,7	8,6	8,5	8,2	8,2	8,2	8,1	-0,1678	ja
Vorarlberg	10,3	9,1	8,9	8,6	8,7	8,4	8,2	8,0	7,9	7,7	-0,2147	ja
Österreich	8,9	8,2	8,1	7,7	7,6	7,4	7,3	7,1	7,1	6,8	-0,1888	ja

Q: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008/09 beträgt 0,61 Kinder, damit liegt die Obergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 7,1 Kindern je Betreuungsperson. Werte seit 1997/98 verfügbar.

Indikator A1.7: Gruppengröße in Kinderbetreuungseinrichtungen

Kinder je Gruppe in institutionellen Kinderbetreuungseinrichtungen insgesamt

	1997/ 98	2000/ 01	2001/ 02	2002/ 03	2003/ 04	2004/ 05	2005/ 06	2006/ 07	2007/ 08	Letztwert 2008/09	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	16,4	16,0	15,9	15,8	15,7	16,0	15,8	15,8	15,9	16,0	-0,0350	ja
Niederösterreich	21,6	20,0	19,5	18,4	17,5	16,7	16,8	16,7	17,3	16,4	-0,4811	ja
Burgenland	20,3	18,4	18,2	18,0	17,4	16,9	17,1	16,7	16,8	16,5	-0,3329	ja
Steiermark	20,6	19,3	19,2	18,7	17,5	17,4	17,4	18,4	18,7	18,9	-0,1983	ja
Kärnten	19,3	18,7	18,3	17,6	17,2	16,0	15,7	16,1	16,6	16,8	-0,3357	ja
Oberösterreich	19,8	18,7	18,2	17,3	16,7	16,3	16,1	16,0	15,7	15,7	-0,4182	ja
Salzburg	19,0	18,2	18,1	18,3	18,1	17,8	17,8	17,7	17,9	17,5	-0,0853	ja
Tirol	19,5	18,7	18,6	18,1	18,0	17,8	18,0	17,9	17,9	17,8	-0,1580	ja
Vorarlberg	21,3	19,7	19,9	19,6	17,2	16,9	17,1	17,7	17,7	18,6	-0,3524	ja
Österreich	19,2	18,2	18,0	17,5	16,9	16,6	16,6	16,7	16,8	16,7	-0,2455	ja

Q: Statistik Austria, Kindertagesheimstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008/09 beträgt 0,93 Kinder, damit liegt die Obergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 17,2 Kindern je Gruppe. Werte seit 1997/98 verfügbar.

Ziel A2: Externe Ressourcen nutzen; Integrationschancen erhöhen

Indikator A2.1: Binnenwanderungssaldo

Nettozuwanderung aus dem Inland je 1.000 EinwohnerInnen

	1996	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	-0,10	-0,62	-5,47	+1,19	-0,97	-2,39	-1,97	-1,28	-1,06	-1,40	-0,106	nein
Niederösterreich	+2,61	+3,43	+6,26	+1,80	+2,99	+3,94	+4,38	+3,55	+3,57	+3,60	0,085	ja
Burgenland	+1,24	+0,11	+4,05	+0,43	+1,09	+2,91	+3,33	+4,04	+4,02	+5,39	0,380	ja
Steiermark	-1,16	-0,69	-0,18	-0,81	-0,07	+0,39	+0,37	+0,14	+0,20	+0,34	0,128	ja
Kärnten	-1,18	-2,00	-1,48	-2,36	-1,74	-1,42	-1,65	-1,41	-1,18	-1,20	-0,002	nein
Oberösterreich	-1,12	-0,79	-0,40	-1,02	-0,94	-1,21	-2,03	-1,78	-1,99	-1,88	-0,114	nein
Salzburg	-0,21	-1,61	-0,94	-1,48	-0,92	-1,83	-1,51	-1,67	-2,00	-1,56	-0,104	nein
Tirol	-0,30	-0,39	-0,15	-0,19	-0,45	+0,13	-0,15	-0,51	-0,78	-1,00	-0,017	nein
Vorarlberg	-0,88	-0,67	-0,15	-0,60	-0,73	-0,62	-1,04	-0,76	-0,67	-1,31	-0,010	nein
Österreich	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Q: Statistik Austria, Wanderungsstatistik, Bevölkerungsstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert (=0) im Jahr 2008 beträgt 1,97 MigrantInnen je 1.000 EinwohnerInnen, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einem Saldo von -0,98 MigrantInnen je 1.000 EinwohnerInnen.

Indikator A2.2: Außenwanderungssaldo

Nettozuwanderung aus dem Ausland je 1.000 EinwohnerInnen

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	-0,09	+5,43	+6,78	+12,3	+11,6	+14,5	+12,4	+5,37	+8,90	+7,89	0,707	ja
Niederösterreich	+3,20	+0,57	+7,25	+2,43	+3,35	+4,01	+3,52	+2,08	+2,48	+2,77	0,207	nein
Burgenland	+3,35	+1,46	+6,16	+1,89	+2,62	+3,95	+3,18	+2,69	+2,97	+4,50	0,215	ja
Steiermark	-0,65	+1,06	+1,49	+2,40	+3,20	+4,02	+3,07	+2,23	+2,94	+2,94	0,285	ja
Kärnten	+0,35	+0,21	-1,09	+0,77	+1,22	+3,44	+1,25	+2,29	+3,81	+2,88	0,285	ja
Oberösterreich	-1,46	+1,41	+2,57	+3,02	+3,54	+4,68	+4,64	+3,05	+3,34	+3,53	0,420	ja
Salzburg	-0,44	+3,04	+1,19	-1,09	+3,85	+4,24	+3,71	+1,82	+2,98	+2,77	0,339	ja
Tirol	+0,49	+3,31	+5,45	+2,72	+3,60	+4,29	+4,90	+2,00	+3,64	+4,21	0,220	ja
Vorarlberg	-3,27	+1,45	+1,48	+1,94	+4,15	+4,30	+3,62	+1,55	+1,71	+2,44	0,397	ja
Österreich	+0,26	+2,16	+4,10	+4,12	+4,91	+6,22	+5,39	+2,92	+4,18	+4,13	0,380	

Q: Statistik Austria, Wanderungsstatistik, Bevölkerungsstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 1,30 MigrantInnen je 1.000 EinwohnerInnen, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einem Außenwanderungssaldo von +3,48 MigrantInnen je 1.000 EinwohnerInnen.

Indikator A2.3: Ausbildungsnachteile von AusländerInnen

Anteil ausländischer SchülerInnen in Sonder-, Volks-, Haupt- und polytechnischen Schulen bezogen auf den Anteil inländischer SchülerInnen in diesen Schultypen (=100)

	1995/ 96	1998/ 99	1999/ 00	2000/ 01	2001/ 02	2002/ 03	2006/ 07	2007/ 08	Letztwert 2008/09	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	138,9	141,6	142,8	131,2	131,9	133,0	139,1	136,5	136,1	-0,2611	nein
Niederösterreich	119,8	124,5	124,2	115,6	116,6	117,9	129,5	131,2	130,7	0,8461	nein
Burgenland	115,3	116,1	117,0	101,4	97,2	97,7	116,6	118,7	120,5	0,0468	nein
Steiermark	126,4	129,7	130,4	103,8	101,6	102,7	134,2	133,9	131,0	0,3582	nein
Kärnten	120,7	125,2	126,5	108,6	108,8	109,9	124,6	124,2	127,4	0,1421	nein
Oberösterreich	122,4	123,9	132,7	114,9	115,7	115,8	142,5	142,3	143,6	1,4570	nein
Salzburg	122,2	125,9	128,5	118,3	116,9	114,5	138,4	136,5	137,1	1,2181	nein
Tirol	121,4	124,6	126,4	106,8	105,8	106,1	139,9	140,8	141,1	1,8354	nein
Vorarlberg	114,7	118,0	120,4	115,3	116,5	115,7	140,7	139,3	139,6	2,1522	nein
Österreich	122,6	125,7	128,3	114,7	114,9	115,4	130,7	130,0	130,5	0,5344	nein

Q: Statistik Austria, Schulstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Schuljahr 2008/09 beträgt 6,6 Prozentpunkte, damit liegt die Obergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 133,8%. Werte für 2003-2005 nicht verfügbar.

Indikator A2.4: Arbeitsmarktnachteile von AusländerInnen

Verhältnis der Arbeitslosenquoten von Aus- und InländerInnen (=100)

	1992	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Letztwert 2009	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	125,8	124,6	150,7	147,6	147,2	149,5	161,4	159,5	156,4	149,3	151,3	3,954	nein
Niederösterreich	101,7	107,0	116,4	126,9	125,0	130,4	134,7	134,3	129,0	122,8	131,0	3,617	nein
Burgenland	78,9	74,1	71,8	69,7	64,4	67,8	74,2	71,6	71,3	69,2	71,6	0,153	nein
Steiermark	156,2	139,7	146,9	158,6	160,6	162,7	172,9	170,8	177,0	172,4	176,7	3,963	nein
Kärnten	148,6	159,7	162,2	167,1	164,1	161,8	162,8	155,3	146,5	142,9	151,7	0,242	nein
Oberösterreich	154,2	194,7	210,8	207,0	200,0	200,0	204,7	187,5	182,4	184,4	200,0	1,653	nein
Salzburg	171,4	181,1	184,6	177,8	173,3	173,9	171,7	159,5	147,4	148,6	159,6	-1,993	ja
Tirol	159,6	144,7	146,9	141,2	132,7	131,5	132,1	128,3	129,4	126,0	136,7	-2,195	ja
Vorarlberg	155,3	111,9	119,5	122,4	122,2	127,6	131,7	131,0	127,8	126,9	138,8	-0,270	nein
Österreich	129,3	131,6	146,6	150,8	147,8	149,3	155,9	153,1	149,2	147,3	152,2	2,773	

Q: Arbeitsmarktservice, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2009 beträgt 23,6 Prozentpunkte, damit liegt die Obergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 164%. Arbeitslosenquoten in nationaler Definition.

Politikansatz B: Anpassung an die demographischen Rahmenbedingungen

Ziel B.1: Beschäftigung fördern; Erwerbspotentiale nutzen

Indikator B1.1: Erwerbspotential

Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung (15-60 Jahre) in %

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	63,7	64,0	63,6	63,4	63,4	63,2	63,3	63,5	63,4	63,3	-0,0778	nein
Niederösterreich	61,5	61,1	60,7	60,5	60,5	60,5	60,6	61,0	61,0	60,9	-0,0804	nein
Burgenland	60,9	60,9	60,6	60,6	60,8	61,0	61,3	61,7	61,6	61,4	0,0384	nein
Steiermark	61,8	61,7	61,5	61,5	61,5	61,6	61,8	62,0	62,0	62,0	-0,0068	nein
Kärnten	61,8	61,6	61,3	61,1	61,1	61,1	61,2	61,4	61,3	61,2	-0,0674	nein
Oberösterreich	61,9	61,8	61,5	61,4	61,6	61,7	61,9	62,2	62,2	62,3	0,0120	nein
Salzburg	64,0	63,7	63,4	63,2	63,1	63,0	63,0	63,1	62,9	62,8	-0,1200	nein
Tirol	63,5	63,3	63,0	62,9	62,9	62,9	63,0	63,2	63,1	63,2	-0,0463	nein
Vorarlberg	63,9	63,4	63,2	62,9	62,9	62,9	63,0	63,0	62,9	62,8	-0,1000	nein
Österreich	62,5	62,3	62,0	61,9	61,9	61,9	62,1	62,3	62,3	62,2	-0,0461	nein

Q: Statistik Austria, Bevölkerungsstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 0,74 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einem Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung von 61,8%.

Indikator B1.2: Erwerbsbeteiligung insgesamt

Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung in %

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	73,0	72,7	72,5	71,7	72,0	70,0	70,2	72,9	73,1	72,3	-0,0485	nein
Niederösterreich	71,8	71,3	70,9	72,4	72,3	72,5	73,0	74,5	75,5	76,5	0,5558	ja
Burgenland	71,1	70,4	69,5	70,5	72,6	71,1	72,5	73,2	75,3	75,5	0,5873	ja
Steiermark	68,8	68,7	69,5	70,2	70,9	69,8	71,9	72,9	73,5	74,2	0,6255	ja
Kärnten	66,9	66,3	66,3	68,5	67,7	68,6	69,9	69,8	71,4	72,3	0,6479	ja
Oberösterreich	72,0	72,4	72,5	73,0	74,2	72,6	73,5	75,0	76,7	77,0	0,5303	ja
Salzburg	73,1	73,3	72,8	73,7	73,3	72,7	75,1	74,5	76,7	76,9	0,4248	ja
Tirol	70,5	69,7	69,4	70,6	71,7	71,7	73,6	74,4	75,4	75,4	0,7152	ja
Vorarlberg	71,0	70,8	72,0	71,2	71,7	73,4	74,8	75,3	76,0	76,1	0,6745	ja
Österreich	71,2	71,0	71,0	71,6	72,0	71,3	72,4	73,7	74,7	75,0	0,4564	

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 1,51 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Erwerbsquote von 74,2%. Werte seit 1999 verfügbar.

Indikator B1.3: Erwerbsbeteiligung von Frauen

Erwerbsquote der 15- bis 64-jährigen Frauen in %

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	64,9	65,2	65,7	66,1	66,0	63,4	64,5	66,9	66,8	66,7	0,1576	nein
Niederösterreich	62,8	62,1	62,6	64,6	64,3	66,3	66,3	67,9	68,7	70,6	0,9091	ja
Burgenland	61,2	61,2	61,4	61,9	64,4	64,0	64,8	66,4	68,3	68,6	0,9067	ja
Steiermark	59,1	59,1	60,0	61,5	62,3	62,2	64,8	66,7	66,1	67,4	1,0121	ja
Kärnten	56,9	56,4	56,6	58,5	58,0	61,5	62,7	62,9	64,6	65,5	1,1055	ja
Oberösterreich	63,2	64,0	63,8	65,1	67,2	65,2	66,0	67,8	69,4	70,4	0,7473	ja
Salzburg	65,1	65,7	65,8	66,7	66,6	65,8	69,1	67,5	70,1	70,7	0,5824	ja
Tirol	59,2	58,4	59,4	61,8	62,7	64,1	66,5	67,0	68,9	68,8	1,2933	ja
Vorarlberg	58,5	60,0	62,1	60,5	61,2	64,5	66,5	67,3	67,9	68,4	1,1618	ja
Österreich	62,0	62,0	62,5	63,7	64,3	64,2	65,6	67,0	67,8	68,6	0,7764	ja

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 1,39 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Erwerbsquote von 67,9%. Werte seit 1999 verfügbar.

Indikator B1.4: Erwerbsbeteiligung von Älteren

Erwerbsquote der 55- bis 64-jährigen Bevölkerung in %

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	35,0	36,1	34,6	33,5	34,9	30,7	33,8	39,3	39,2	41,0	0,5812	nein
Niederösterreich	27,6	31,3	30,8	31,5	30,9	30,7	33,0	34,7	40,3	43,5	1,3933	ja
Burgenland	24,5	26,2	23,3	24,7	29,6	27,8	31,2	34,5	40,6	40,3	1,9194	ja
Steiermark	25,8	26,3	26,1	28,3	30,9	24,2	29,0	34,0	34,9	38,3	1,2582	ja
Kärnten	25,8	23,5	25,8	28,7	29,6	28,1	27,9	30,4	33,7	37,7	1,1976	ja
Oberösterreich	26,4	26,1	26,9	28,5	30,2	27,9	30,9	37,3	41,5	42,9	1,8982	ja
Salzburg	34,2	35,7	34,2	32,3	30,8	35,5	39,3	39,7	44,0	47,0	1,3727	ja
Tirol	30,4	33,3	32,7	33,9	35,7	35,1	38,3	41,0	44,5	44,8	1,5885	ja
Vorarlberg	28,6	30,8	32,4	30,4	33,8	36,3	40,8	42,4	45,2	41,3	1,8109	ja
Österreich	29,1	30,5	30,1	30,8	32,0	29,9	33,0	36,8	39,8	41,9	1,3230	ja

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 2,39 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Erwerbsquote von 40,7%. Werte seit 1999 verfügbar.

Indikator B1.5: Beschäftigungsquote

Beschäftigung der 15- bis 64-Jährigen in % der Bevölkerung derselben Altersgruppe

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	68,8	68,5	68,2	66,5	66,4	63,8	63,8	66,5	67,0	67,4	-0,2564	nein
Niederösterreich	69,4	69,2	68,6	69,9	69,8	69,5	69,9	71,5	72,8	73,9	0,4842	ja
Burgenland	68,6	68,2	66,7	67,5	69,6	67,1	68,1	69,5	72,5	72,8	0,4921	ja
Steiermark	66,6	66,5	66,8	67,5	68,0	67,2	68,9	69,9	70,7	71,6	0,5655	ja
Kärnten	64,6	64,3	64,1	66,6	65,4	65,4	66,5	66,7	68,6	69,8	0,5430	ja
Oberösterreich	69,5	70,1	70,4	70,7	71,7	69,9	70,5	72,6	74,1	75,0	0,5218	ja
Salzburg	71,1	71,5	71,4	71,7	71,7	70,0	72,7	72,2	74,4	74,9	0,3624	ja
Tirol	68,7	68,0	67,8	69,2	69,9	69,3	71,0	72,1	73,3	73,5	0,6461	ja
Vorarlberg	68,5	69,1	70,3	69,4	68,8	70,3	70,8	72,0	73,3	73,1	0,5152	ja
Österreich	68,5	68,5	68,4	68,7	68,9	67,8	68,6	70,2	71,4	72,1	0,3655	ja

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 2,01 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Beschäftigungsquote von 71,1%. Werte seit 1999 verfügbar.

Indikator B1.6: Langzeitarbeitslosenquote

Langzeitarbeitslose (12 Monate oder länger) in % der Erwerbspersonen (15+)

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	0,77	1,09	0,51	2,61	2,82	3,37	2,71	2,98	2,86	2,04	0,2244	nein
Niederösterreich	0,31	0,50	0,20	0,92	0,83	1,28	1,17	1,07	1,05	1,02	0,0957	nein
Burgenland	0,20	0,48	0,28	0,82	1,18	1,92	1,74	1,39	0,96	1,10	0,1243	nein
Steiermark	0,33	0,36	0,23	0,91	1,12	0,78	0,93	0,99	0,79	0,66	0,0576	nein
Kärnten	0,25	0,46	0,21	0,62	0,49	1,05	0,89	0,91	0,66	0,61	0,0576	nein
Oberösterreich	0,23	0,29	0,20	0,65	0,58	0,57	0,97	0,70	0,60	0,50	0,0488	nein
Salzburg	0,15	0,33	0,06	0,32	0,35	0,57	0,57	0,55	0,76	0,24	0,0439	nein
Tirol	0,22	0,27	0,15	0,20	0,23	0,32	0,47	0,42	0,36	0,27	0,0202	nein
Vorarlberg	0,32	0,35	0,17	0,31	0,74	0,81	1,13	1,18	0,86	0,69	0,0878	nein
Österreich	0,37	0,53	0,26	1,06	1,13	1,36	1,30	1,30	1,18	0,93	0,0954	nein

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 0,44 Prozentpunkte, damit liegt die Obergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Arbeitslosenquote von 1,15%. Werte seit 1999 verfügbar.

Ziel B.2: Beschäftigungsfähigkeit Älterer erhöhen

Indikator B2.1: Beschäftigungsquote der Älteren

Beschäftigung der 55- bis 64-Jährigen in % der Bevölkerung derselben Altersgruppe

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	32,5	32,7	31,5	29,7	31,9	28,0	31,7	36,3	36,6	39,4	0,7000	ja
Niederösterreich	25,5	29,7	29,2	29,8	28,8	29,6	31,8	33,7	39,3	42,9	1,5339	ja
Burgenland	23,7	24,7	21,9	23,7	28,2	26,8	29,5	33,5	40,0	39,1	1,9376	ja
Steiermark	24,9	25,3	24,8	27,0	29,0	23,9	28,2	33,2	34,2	37,5	1,3103	ja
Kärnten	25,0	22,4	24,9	27,9	28,9	27,0	27,3	29,9	32,9	36,9	1,2236	ja
Oberösterreich	25,5	25,2	26,4	27,8	29,3	27,3	30,2	36,2	40,6	42,4	1,9036	ja
Salzburg	33,6	35,2	33,9	31,6	30,2	34,9	38,5	39,1	43,1	46,3	1,3394	ja
Tirol	30,0	32,2	31,9	33,0	35,0	34,5	37,5	40,8	44,2	44,4	1,6430	ja
Vorarlberg	27,3	29,7	31,7	29,9	32,4	35,5	39,4	41,1	44,1	40,5	1,8073	ja
Österreich	27,7	28,9	28,7	29,1	30,3	28,8	31,8	35,5	38,6	41,0	1,3830	ja

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 2,62 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Beschäftigungsquote von 39,7%. Werte seit 1999 verfügbar.

Indikator B2.2: Ältere Beschäftigte mit höherer Qualifikation

Anteil der Beschäftigten im Alter von 55 Jahren und mehr mit Abschluss ISCED 3-6 an allen Beschäftigten dieser Altersgruppe in %

	2004	2005	2006	2007	2008	Letztwert 2009	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	83,3	81,8	86,0	82,7	81,9	84,1	0,0425	nein
Niederösterreich	79,3	79,8	75,5	72,2	76,0	74,5	-1,1028	nein
Burgenland	72,4	76,9	72,4	68,7	70,4	74,3	-0,3848	nein
Steiermark	76,7	78,9	69,3	70,0	73,5	77,6	-0,3143	nein
Kärnten	82,4	84,3	84,1	81,4	84,1	88,0	0,7057	nein
Oberösterreich	74,1	67,4	67,4	68,4	68,7	64,7	-1,1950	nein
Salzburg	76,2	72,6	79,6	75,0	78,4	79,8	0,8896	nein
Tirol	73,5	71,3	70,2	71,7	68,6	68,7	-0,8855	nein
Vorarlberg	69,5	65,6	71,3	68,1	63,4	71,4	-0,0142	nein
Österreich	77,7	76,3	75,5	73,7	75,0	75,8	-0,4430	nein

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2009 beträgt 5,75 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einem Anteil höher qualifizierter Älterer von 72,9%. Werte vor 2004 nicht verfügbar.

Indikator B2.3: Weiterbildungsbeteiligung insgesamt

Beteiligung von Erwachsenen (25-64 Jahre) an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen in %

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	2,2	5,2	2,3	2,2	8,8	12,6	14,6	15,5	15,1	16,2	0,9446	ja
Niederösterreich	2,0	4,1	1,9	1,8	8,7	11,3	12,8	12,0	11,7	12,3	0,3400	nein
Burgenland	1,9	2,4	1,4	1,1	5,9	8,6	9,3	9,8	10,8	10,5	0,5933	ja
Steiermark	2,1	3,3	1,5	1,4	7,3	11,6	12,2	12,7	12,5	11,7	0,4644	nein
Kärnten	2,3	2,8	1,9	1,4	7,2	10,1	11,5	11,6	12,3	11,8	0,5743	nein
Oberösterreich	2,6	4,3	2,2	2,1	9,8	11,4	13,2	12,7	12,4	13,1	0,3478	nein
Salzburg	2,2	4,1	2,0	1,7	9,4	12,3	12,5	13,5	12,5	13,2	0,3774	nein
Tirol	2,5	3,8	2,2	2,1	8,6	11,3	12,2	12,8	12,6	12,8	0,4937	nein
Vorarlberg	3,1	5,4	2,9	2,6	10,0	12,2	13,0	13,7	13,0	13,1	0,3382	nein
Österreich	2,3	4,2	2,0	1,9	8,6	11,6	12,9	13,1	12,8	13,2	0,5254	nein

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 1,12 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Weiterbildungsbeteiligung von 12,6%. Werte seit 1999 verfügbar. Umstellung der Frage 2003 in Regression über Dummy-Variable berücksichtigt.

Indikator B2.4: Altersarbeitslosigkeit

Arbeitslosenquote der 55- bis 65-Jährigen in %

	1998	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Letztwert 2009	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	13,8	13,8	13,3	14,8	15,4	14,0	11,8	10,9	9,8	9,7	9,9	-0,4962	ja
Niederösterreich	15,3	14,7	14,1	14,7	14,6	13,3	12,5	10,7	9,4	9,0	10,1	-0,6339	ja
Burgenland	13,3	13,3	13,7	14,8	14,9	13,9	13,3	12,0	11,0	10,9	11,1	-0,2969	ja
Steiermark	10,7	10,8	10,4	10,8	10,6	9,4	9,2	8,2	7,7	7,3	8,3	-0,3661	ja
Kärnten	8,9	8,0	9,4	10,2	10,1	9,2	9,4	9,3	8,9	9,0	10,2	0,0619	nein
Oberösterreich	7,3	6,4	5,8	6,2	5,4	4,6	4,9	4,6	4,1	3,9	5,4	-0,2895	ja
Salzburg	5,3	5,2	5,3	6,0	5,8	5,5	5,3	4,8	4,7	4,8	5,9	-0,0283	nein
Tirol	6,4	5,4	5,6	6,3	6,1	5,9	6,7	6,4	6,3	6,1	6,8	0,0392	nein
Vorarlberg	9,4	8,6	7,6	8,2	8,5	8,7	8,9	7,9	7,0	7,2	8,7	-0,1378	ja
Österreich	11,3	11,0	10,6	11,4	11,4	10,4	9,6	8,7	7,8	7,7	8,5	-0,3832	ja

Q: Arbeitsmarktservice, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2009 beträgt 1,69 Prozentpunkte, damit liegt die Obergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Arbeitslosenquote der 55- bis 65-Jährigen von 9,3%. Werte seit 1998 verfügbar.

Indikator B2.5: Erwerbsunfähigkeitsquote

Invaliditätspensionen je 1.000 EinwohnerInnen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	Letztwert 2009	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	26,7	26,4	26,6	26,5	26,4	28,4	29,7	31,0	32,2	33,1	33,7	0,8240	nein
Niederösterreich	32,0	31,8	32,2	33,3	33,0	34,1	35,0	35,8	36,6	37,6	38,4	0,6825	nein
Burgenland	48,1	47,8	48,2	48,7	49,5	52,3	53,8	54,4	54,9	56,3	56,7	1,0263	nein
Steiermark	63,2	63,1	63,6	63,7	64,1	66,3	61,1	62,4	64,2	66,1	67,8	0,2815	nein
Kärnten	119,2	119,0	119,0	119,8	121,8	127,9	69,9	71,4	72,9	74,1	75,9	-6,2082	ja
Oberösterreich	25,3	25,5	25,8	26,0	26,1	27,2	57,4	58,4	59,3	59,9	60,5	4,6351	nein
Salzburg	49,4	48,8	49,0	49,3	49,8	51,0	51,4	51,8	52,4	52,7	53,2	0,4672	nein
Tirol	42,9	43,0	43,6	44,1	44,3	46,7	48,1	49,3	50,6	51,6	52,9	1,0864	nein
Vorarlberg	39,7	39,5	40,1	40,3	40,9	42,0	43,1	44,2	44,6	45,7	46,8	0,7586	nein
Österreich	43,5	43,3	43,6	44,0	44,1	46,0	47,1	48,1	49,2	50,2	51,1	0,8468	nein

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, Bevölkerungsstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2009 beträgt 10,56 Pensionen je 1.000 EinwohnerInnen, damit liegt die Obergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 56,4 Invaliditätspensionen je 1.000 EinwohnerInnen. Werte seit 1999 verfügbar.

Indikator B2.6: Gesundheitsvorsorge

Vorsorgeuntersuchungen je 1.000 EinwohnerInnen

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	52,1	68,1	74,3	80,4	86,2	91,0	86,3	95,6	.	111,3	4,6435	ja
Niederösterreich	34,4	40,2	46,0	47,7	51,5	51,6	48,4	50,0	.	52,0	1,7280	ja
Burgenland	102,2	127,9	134,9	141,6	146,8	152,7	145,1	143,8	.	173,1	4,9370	ja
Steiermark	89,0	98,6	107,3	111,7	116,0	113,7	108,0	105,4	.	107,1	1,6745	ja
Kärnten	137,0	151,5	157,5	161,7	166,0	171,6	172,3	157,1	.	169,2	4,6435	ja
Oberösterreich	75,0	81,4	87,9	89,8	94,4	98,2	92,1	92,0	.	99,3	1,9603	ja
Salzburg	92,6	100,6	104,1	109,5	111,7	114,1	105,8	108,8	.	115,3	1,6227	ja
Tirol	152,4	185,5	191,6	203,1	209,7	213,2	209,6	217,2	.	231,5	6,1028	ja
Vorarlberg	204,2	205,0	212,8	211,0	217,7	233,5	228,9	203,7	.	221,7	1,8333	ja
Österreich	83,3	95,3	101,8	106,0	110,7	113,7	108,9	109,3	.	118,5	2,8769	ja

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, Bevölkerungsstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 47,67 Untersuchungen je 1.000 EinwohnerInnen, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 94,7 Untersuchungen je 1.000 EinwohnerInnen. Werte für 2007 nicht verfügbar.

Ziel B.3: Produktivität steigern, Innovationskraft stärken

Indikator B3.1: Ökonomisches Entwicklungsniveau

Bruttowertschöpfung je Einwohner, deflationiert mit nationalem BIP-Deflator; in Euro

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Letztwert 2007	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	29.351	32.885	33.061	33.535	33.201	33.078	33.420	34.158	34.897	420,1	ja
Niederösterreich	16.242	18.974	18.710	18.834	19.070	19.782	19.882	20.580	21.381	388,6	ja
Burgenland	12.750	14.952	15.212	15.918	16.081	16.620	16.641	16.911	17.386	398,4	ja
Steiermark	17.080	19.686	19.899	19.785	20.137	20.742	21.275	21.988	22.681	431,9	ja
Kärnten	16.953	19.083	19.351	19.628	19.708	20.404	20.857	21.717	22.372	423,9	ja
Oberösterreich	18.979	22.262	22.331	22.608	22.801	23.299	24.129	24.801	25.634	513,2	ja
Salzburg	23.120	26.229	25.961	26.139	26.405	27.231	27.636	28.717	29.997	497,2	ja
Tirol	20.450	23.663	23.910	24.256	24.487	24.882	25.826	26.710	27.515	564,4	ja
Vorarlberg	20.758	24.051	24.343	24.778	24.602	25.160	25.663	26.597	27.405	520,1	ja
Österreich	20.289	23.290	23.370	23.640	23.762	24.238	24.718	25.477	26.271	461,9	ja

Q: Statistik Austria, Regionale Gesamtrechnung, VGR, Bevölkerungsstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2007 beträgt 4.070,3 Euro, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 24.236 Euro. Werte nach 2007 nicht verfügbar.

Indikator B3.2: Verfügbares Einkommen

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und PoE¹⁾ je EinwohnerInnen deflationiert mit nationalem Konsumdeflator; in 1.000 Euro

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Letztwert 2007	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	18,4	18,9	18,6	18,5	18,5	18,7	18,7	19,0	19,0	0,0533	ja
Niederösterreich	16,1	17,2	17,3	17,3	17,6	17,9	18,3	18,8	19,1	0,2612	ja
Burgenland	14,5	15,4	15,6	15,9	16,3	17,0	17,3	17,8	18,0	0,3264	ja
Steiermark	15,0	16,0	16,0	16,2	16,4	16,6	17,1	17,5	17,9	0,2459	ja
Kärnten	14,8	15,6	15,7	15,9	16,2	16,5	17,0	17,4	17,7	0,2641	ja
Oberösterreich	15,6	16,5	16,4	16,5	16,8	17,3	17,7	18,2	18,5	0,2554	ja
Salzburg	16,1	16,9	16,8	17,0	17,3	17,6	18,1	18,6	18,9	0,2462	ja
Tirol	15,2	16,1	16,2	16,6	17,0	17,3	17,6	17,9	18,2	0,2969	ja
Vorarlberg	15,9	17,3	17,0	17,2	17,5	17,8	18,3	18,8	18,9	0,2877	ja
Österreich	16,1	17,0	16,9	17,0	17,3	17,6	17,9	18,3	18,6	0,2244	ja

Q: Statistik Austria, Regionale Gesamtrechnung, VGR, Bevölkerungsstatistik, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ PoE: Private Organisationen ohne Erwerbszweck. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2007 beträgt 465,2 Euro, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 18.350 Euro. Werte nach 2007 nicht verfügbar.

Indikator B3.3: Arbeitsproduktivität

Bruttowertschöpfung je Arbeitsstunde, deflationiert mit nationalem BIP-Deflator; in Euro

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Letztwert 2007	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	33,7	35,3	35,5	36,7	36,6	36,9	37,8	38,6	38,8	0,4461	ja
Niederösterreich	23,2	26,1	26,0	26,4	26,7	27,7	27,9	29,0	30,2	0,5534	ja
Burgenland	19,5	21,9	22,2	23,3	23,3	24,2	24,8	24,8	25,5	0,5027	ja
Steiermark	22,6	24,4	24,5	24,5	24,8	25,4	26,1	27,0	27,6	0,3905	ja
Kärnten	23,1	24,6	24,8	25,4	25,5	26,2	26,6	27,3	28,1	0,4007	ja
Oberösterreich	25,1	28,2	27,9	28,2	28,3	28,6	29,7	30,5	31,1	0,4535	ja
Salzburg	26,8	29,2	28,8	29,0	29,1	30,0	30,2	30,9	31,9	0,3572	ja
Tirol	25,1	28,2	28,4	28,9	29,1	29,3	30,0	30,9	31,4	0,5100	ja
Vorarlberg	27,6	31,1	31,2	32,4	32,4	32,9	33,5	34,5	35,1	0,6182	ja
Österreich	26,2	28,6	28,7	29,2	29,3	29,9	30,5	31,4	32,1	0,4654	ja

Q: Statistik Austria, Regionale Gesamtrechnung, VGR, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2007 beträgt 3,15 Euro, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 30,5 Euro je Arbeitsstunde. Werte nach 2007 nicht verfügbar.

Indikator B3.4: Investitionsquote

Bruttoanlageinvestitionen je Erwerbstätigen, deflationiert mit nationalem Investitions-Deflator

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Letztwert 2007	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	13.565	15.673	13.372	14.433	15.494	15.417	15.424	15.535	15.396	195,2	ja
Niederösterreich	12.738	12.379	12.101	10.969	12.236	12.537	12.564	12.402	13.347	8,0	nein
Burgenland	11.094	12.343	13.813	11.968	11.869	13.230	12.435	13.054	12.872	81,3	nein
Steiermark	10.615	12.089	12.457	11.142	10.760	10.996	10.149	10.302	10.267	-113,3	nein
Kärnten	11.196	12.604	14.721	11.799	11.651	12.002	12.184	12.527	13.491	71,2	nein
Oberösterreich	11.999	12.455	12.295	11.837	12.247	11.787	11.377	11.555	11.914	-77,7	nein
Salzburg	12.876	13.382	13.892	12.985	13.475	14.624	14.900	15.495	15.361	218,7	ja
Tirol	13.416	15.494	14.332	14.284	15.012	13.749	15.412	15.321	15.551	121,8	ja
Vorarlberg	13.098	13.165	14.822	12.903	12.959	13.344	14.046	13.786	14.469	66,2	nein
Österreich	12.439	13.491	13.129	12.524	13.075	13.105	13.099	13.219	13.499	46,8	ja

Q: Statistik Austria, Regionale Gesamtrechnung, VGR, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2007 beträgt 1.376,2 Euro je Erwerbstätigem, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 12.811 Euro je Erwerbstätigem. Werte nach 2007 nicht verfügbar.

Indikator B3.5: F&E-Quote

Innerbetriebliche F&E-Ausgaben in % des BIP

	1998	2002	2004	2006	Letztwert 2007	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	3,13	3,32	3,47	3,53	3,62	0,0536	ja
Niederösterreich	0,67	0,85	0,90	1,16	1,22	0,0613	ja
Burgenland	0,19	0,65	0,54	0,60	0,62	0,0426	nein
Steiermark	2,51	3,37	3,26	3,49	3,77	0,1236	ja
Kärnten	1,10	1,83	2,31	2,66	2,68	0,1845	ja
Oberösterreich	1,27	1,68	1,87	2,28	2,33	0,1216	ja
Salzburg	0,67	0,88	1,00	1,10	1,07	0,0481	ja
Tirol	1,62	1,81	2,16	2,46	2,40	0,0986	ja
Vorarlberg	0,90	1,33	1,31	1,32	1,39	0,0488	ja
Österreich	1,78	2,14	2,26	2,47	2,54	0,0874	ja

Q: Eurostat, Erhebung über Forschung und experimentelle Entwicklung, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2007 beträgt 0,96 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Forschungsquote von 2,06%. Bundesländerwerte nur in den Erhebungsjahren verfügbar.

Indikator B3.6: Patentquote

Patentanmeldungen beim EPA je Mio. EinwohnerInnen

	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	Letztwert 2006	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	76,9	118,1	144,8	167,2	185,2	191,2	183,4	139,5	9,2672	ja
Niederösterreich	71,4	115,2	113,5	117,9	126,0	136,4	150,2	114,3	5,1574	ja
Burgenland	25,8	71,4	52,3	44,7	77,0	77,0	60,7	66,9	3,7453	ja
Steiermark	82,2	148,9	144,7	157,8	173,7	168,2	157,0	145,2	7,4704	ja
Kärnten	62,1	105,2	81,7	142,0	100,6	93,3	123,1	82,0	2,8465	nein
Oberösterreich	117,6	184,4	185,1	192,0	178,4	209,4	213,1	187,6	7,2892	ja
Salzburg	62,4	145,4	137,6	121,9	160,8	155,2	157,8	147,2	7,3698	ja
Tirol	85,9	126,8	161,7	145,5	141,5	156,1	159,2	103,7	5,7712	ja
Vorarlberg	172,5	421,1	377,0	321,6	339,6	414,6	474,7	349,0	17,4871	ja
Österreich	85,3	147,4	149,8	157,3	164,0	174,7	179,6	145,1	7,2399	ja

Q: Eurostat, Patentstatistik, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2006 beträgt 52 Patente je Mio. EinwohnerInnen, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Patentquote von 119 Patenten je Mio. EinwohnerInnen. Werte nach 2006 nicht verfügbar.

Ziel B.4: Voraussetzungen für die Wissensgesellschaft verbessern

Indikator B4.1: Ausbildungsquote

Personen in Ausbildung in allen Bereichen (ISCED 0-6) in % der Gesamtbevölkerung

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	24,5	-	-	-	23,5	-	-	-	24,4	24,5	0,019	nein
Niederösterreich	17,9	-	-	-	17,6	-	-	-	17,1	17,2	-0,088	nein
Burgenland	17,2	-	-	-	16,8	-	-	-	16,3	16,2	-0,113	nein
Steiermark	21,5	-	-	-	20,3	-	-	-	19,9	19,7	-0,190	nein
Kärnten	19,0	-	-	-	18,9	-	-	-	18,4	18,6	-0,060	nein
Oberösterreich	20,6	-	-	-	20,3	-	-	-	19,9	19,9	-0,082	nein
Salzburg	22,2	-	-	-	21,7	-	-	-	21,6	21,8	-0,050	nein
Tirol	23,4	-	-	-	22,5	-	-	-	22,1	22	-0,152	nein
Vorarlberg	19,6	-	-	-	19,8	-	-	-	19,6	19,6	-0,005	nein
Österreich	20,9	21,0	21,0	20,4	20,4	20,5	20,5	20,4	20,2	20,4	-0,064	nein

Q: EUROSTAT, Bildung, regionale Indikatoren, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 2,03 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei einer Quote von 19,4%. Bundesländerwerte nur für die bezeichneten Jahre verfügbar.

Indikator B4.2: Klassengröße in Volks- und Hauptschulen

Durchschnittliche Zahl der SchülerInnen je Klasse

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	23,0	23,1	23,6	24,0	-	24,0	23,4	23,9	23,3	22,8	0,003	nein
Niederösterreich	20,6	20,6	20,8	20,8	-	20,9	20,5	20,9	20,1	19,8	-0,063	nein
Burgenland	19,1	19,2	19,4	19,5	-	19,7	18,9	19,4	18,8	18,6	-0,056	nein
Steiermark	20,4	20,5	20,5	20,7	-	20,7	20,1	20,4	19,8	19,4	-0,092	ja
Kärnten	19,2	19,1	19,3	19,1	-	19,3	19,2	19,3	18,8	18,5	-0,051	nein
Oberösterreich	21,4	21,4	21,5	21,5	-	21,4	20,9	21,0	20,3	19,8	-0,155	ja
Salzburg	21,5	21,4	21,3	21,5	-	21,4	21,4	21,6	20,7	20,3	-0,088	nein
Tirol	20,7	20,7	20,8	20,7	-	20,8	20,5	20,4	19,8	19,4	-0,126	ja
Vorarlberg	20,7	20,7	20,6	20,7	-	20,7	20,4	20,5	20,1	19,9	-0,072	ja
Österreich	20,9	21,0	21,1	21,2	-	21,2	20,8	21,1	20,4	20,0	-0,079	nein

Q: Statistik Austria, Schulstatistik, Bildung in Zahlen, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 0,86 SchülerInnen, damit liegt die Obergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 20,4 SchülerInnen je Klasse. Werte 2003 nicht verfügbar.

Indikator B4.3: Höhere Ausbildung

Personen in Ausbildung in ISCED 3-4 in % der Bevölkerung im Alter von 15-24 Jahren

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	46,9	-	-	45,9	44,6	45,1	44,7	44,2	44,8	44,9	-0,237	nein
Niederösterreich	41,0	-	-	40,7	40,4	41,0	41,3	41,7	41,4	41,8	0,117	ja
Burgenland	41,6	-	-	41,3	41,9	44,3	44,1	45,9	45,5	45,9	0,603	ja
Steiermark	43,8	-	-	43,4	43,2	44,3	45,2	47,2	44,7	44,5	0,229	nein
Kärnten	45,2	-	-	45,5	45,9	46,4	47,7	49,1	48,9	49,4	0,551	ja
Oberösterreich	44,4	-	-	44,9	44,5	45,9	46,2	47,5	46,5	47,6	0,385	ja
Salzburg	48,4	-	-	47,9	47,4	47,7	49,5	50,4	50,1	50,8	0,345	ja
Tirol	45,1	-	-	44,6	44,3	45,7	47,1	47,8	45,9	45,9	0,225	nein
Vorarlberg	40,5	-	-	40,4	40,7	41,8	42,7	43,4	42,8	44,1	0,440	ja
Österreich	44,2	44,5	44,4	43,9	43,6	44,5	45	45,8	45,1	45,5	0,194	ja

Q: EUROSTAT, Bildung, Haupttabellen, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 2,09 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 44,5%. Werte nur für 1999 sowie seit 2002 verfügbar.

Indikator B4.4: Hoch qualifizierte Beschäftigte

Anteil der Beschäftigten mit Tertiärausbildung (ISCED 5-6) an allen Beschäftigten in %

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	20,0	20,7	21,5	22,2	22,0	25,6	24,8	24,7	23,9	24,4	0,541	ja
Niederösterreich	14,2	14,4	14,3	14,5	12,8	17,9	17,0	15,7	15,2	16,0	0,250	nein
Burgenland	11,4	12,0	12,3	12,6	13,3	13,1	13,3	15,6	14,3	15,6	0,432	ja
Steiermark	12,9	12,6	14,5	15,1	14,9	16,8	17,1	16,6	16,8	15,7	0,440	ja
Kärnten	12,7	12,9	14,1	15,7	15,3	18,1	17,1	16,7	16,8	16,8	0,506	ja
Oberösterreich	13,5	13,8	14,1	15,2	14,5	15,7	15,7	15,6	16,0	16,2	0,301	ja
Salzburg	16,3	15,6	15,9	15,4	16,5	18,9	18,5	17,8	17,6	18,0	0,305	ja
Tirol	11,7	12,8	14,2	16,5	15,7	16,7	15,4	14,9	16,1	16,8	0,423	ja
Vorarlberg	12,7	15,0	15,6	15,5	15,8	16,5	15,7	16,1	16,5	16,0	0,266	ja
Österreich	14,8	15,1	15,9	16,5	16,0	18,7	18,1	17,8	17,7	17,9	0,378	ja

Q: EUROSTAT, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 2,08 Prozentpunkte, damit liegt die Untergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 16,8%. Werte seit 1999 verfügbar.

Indikator B4.5: Niedrig qualifizierte Beschäftigte

Anteil der Beschäftigten mit höchstens Pflichtschule (ISCED 0-2) an allen Beschäftigten in %

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	Letztwert 2008	Trend- parameter	Zielkonforme Entwicklung
Wien	20,0	19,3	19,9	20,1	20,8	17,8	18,2	18,4	20,4	18,3	-0,144	nein
Niederösterreich	21,5	20,5	18,8	17,6	17,0	15,9	16,8	17,2	18,3	17,2	-0,399	ja
Burgenland	24,7	24,4	22,7	20,4	21,0	18,4	18,6	19,1	19,3	18,1	-0,733	ja
Steiermark	19,7	19,6	17,4	18,3	17,5	15,7	16,1	16,8	17,2	16,6	-0,342	ja
Kärnten	17,3	16,1	13,6	12,3	13,3	13,9	13,5	13,4	14,1	13,8	-0,260	nein
Oberösterreich	24,4	24,0	23,0	22,8	22,0	19,9	20,0	21,4	22,3	21,4	-0,352	ja
Salzburg	19,3	20,4	19,7	18,8	18,5	17,3	16,1	17,4	17,9	16,6	-0,380	ja
Tirol	23,3	21,8	21,8	19,8	18,7	18,5	19,0	22,0	22,5	21,1	-0,098	nein
Vorarlberg	27,1	26,7	25,7	26,4	25,5	22,8	23,5	23,8	22,6	22,8	-0,538	ja
Österreich	21,5	21,0	19,9	19,5	19,2	17,5	17,8	18,7	19,5	18,4	-0,308	ja

Q: EUROSTAT, Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen. – Die mittlere Abweichung der regionalen Werte vom Bundeswert im Jahr 2008 beträgt 2,22 Prozentpunkte, damit liegt die Obergrenze für den Bereich ohne Warnhinweis bei 19,5%. Werte seit 1999 verfügbar.